

Das Steirische Jugendbeschäftigungsprogramm – JOB 2000 ist mit 40,4 Millionen Schilling veranschlagt. Ziel dieses Programmes ist es, bis Ende des kommenden Jahres jungen Menschen Arbeit oder Ausbildung zur Arbeit und damit auch Sinnstiftung für ihren weiteren Lebensgang zu geben.

Für Menschen, die durch Maßnahmen in der Wirtschaft unter die Räder gekommen sind, hatten wir bis Ende des Vorjahres den ANHAF. Hier ist es durch eine interne Umschichtung der Frau Landesrätin Rieder sogar noch gelungen, für ein paar Fälle, die in den Abgabefälligkeitstermin des ANHAF nicht hineingefallen sind beziehungsweise diesen nicht eingehalten haben, mit 1,5 Millionen Schilling nachzudotieren.

Für Maßnahmen zur Lehr- oder Ausbildungsförderung für sozial am Arbeitsmarkt Benachteiligte hat Landesrätin Rieder 6,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Das Frauenhaus Graz hat – wie es im Budget 1999 bereits zugesagt wurde – 3,5 Millionen Schilling, das sind 700.000 Schilling mehr. Der Vertrag dazu, der auch versprochen wurde, wird gerade fertiggestellt.

Zum Kollegen Schinnerl, für mich ist es nicht unverständlich, warum das Frauenhaus Obersteiermark noch nicht im Budget 2000 ist. Es ist auch eine Einrichtung, die wir selbstverständlich mittragen. Aber eines kann man bitte nicht haben: Man kann nicht alles nur vom Land verlangen! Wir haben nichts zu verschenken, und vorerst sollen die Mitzahler sagen, was sie mittragen werden, und dann kann ich mir nicht vorstellen, daß auch nur irgend etwas diesem Frauenhaus in der Obersteiermark entgegensteht. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Rahmen der Sozialforschung und -planung sowie der Information sind 5 Millionen Schilling vorgesehen.

Im Bereich Jugendwohlfahrt möchte ich noch etwas sagen: Das weite Feld der Jugendwohlfahrt steht vor dem Faktum, daß zwar durch die geringer werdende Anzahl der Jugendlichen an sich die Fälle in der Jugendwohlfahrt stagnieren, daß aber die Schwere der Fälle zunimmt.

Einer der wichtigsten Dienste der Jugendwohlfahrt ist die Mütterberatung. Dieser Dienst ist ein wesentlicher vorbeugender Dienst, und er wird auch im nächsten Jahr dementsprechend mit rund 3 Millionen Schilling zu Buche stehen.

Die Förderung der Familien beziehungsweise der familienähnlichen Verbände ist dem Land fast 3 Millionen Schilling wert. Sozialpädagogische Familienbetreuung, mobile Frühförderung oder Erholungsaktionen für Kinder und Jugendliche seien nur einige andere Stichworte.

Ein Wort noch, weil es mir so wichtig ist, zum Schlupfhaus, das die Kollegin Zitz bereits erwähnt hat. Wir wissen, wie das Schlupfhaus zustande gekommen ist, hat die Frau Landesrätin Rieder im ersten Jahr sofort 142.000 Schilling zur Verfügung gestellt und hat es seither jedes Jahr mit rund 600.000 unterstützt. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich möchte sagen, wie auch die Frau Kollegin Zitz, bei der vor zwei Wochen stattgefundenen österreichweiten Tagung in Graz wurde diese Einrichtung mehr als nur bestätigt. Wir müssen unter anderem bedenken, daß zum Beispiel jugendliche Menschen, die

diese Unterkunftsmöglichkeit annehmen müssen, oft die Schwelle, in eine Ordination zu gehen – (Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: „Ich bitte die Frau Abgeordnete, zum Ende zu kommen. Ihre Ausführungen sind sehr interessant, aber sie dauern schon 17 Minuten!“) Jawohl, Herr Präsident.

Wir brauchen hier ein niederschwelliges Projekt beziehungsweise Angebot auch in dem Bereich. Diese jungen Menschen, die in so ein Haus gehen, die haben einfach eine Hemmung, zum Arzt zu gehen, sind aber doppelt gefährdet, wie viele andere.

Liebe Frau Landesrätin, aber auch Herr Landesrat Dörflinger, ich fordere euch jetzt schon auf – es wird viel Geld kosten –, aber bitte, seid wieder bereit, es einzubringen.

Meine Damen und Herren, ich habe über eine gewaltige Steigerung des Sozialbudgets berichtet.

Gesetze, mit denen unsere sozialen Standards so gehoben werden, daß einige Bundesländer schon Projekte von uns kopieren. Selbstverständlich lernen auch wir noch immer von den anderen Bundesländern. Denn ich habe eines gelernt: Menschen können vieles entbehren, nur den Menschen nicht!

Meine Damen und Herren, unser gemeinsames Engagement für die finanziell Schwächeren in unserer Heimat ist für uns Sozialdemokraten immer ein besonderes Anliegen und eine selbstverständliche Verpflichtung. Mit Landesrätin Dr. Anna Rieder haben wir eine engagierte Mitkämpferin für die sozialen Anliegen gefunden. Ich danke ihr und all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre erfolgreiche Arbeit und Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.08 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort, sie hat 15 Minuten Zeit. Ich bitte Sie, trotz der vorhergehenden Zeitüberschreitung die Zeit einzuhalten.

Abg. Keshmiri (14.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Gross ist schon eingegangen auf die Tatsache, daß es 500 Millionen Schilling mehr im Budget gibt für das Jahr 2000. Das ist auch durch die Medien gegangen. Ich war auch erfreut darüber. Aber genau, wie Sie das jetzt gesagt haben, 97 Prozent davon sind Pflichtleistungen. (Abg. Gross: „Haben wir gemeinsam beschlossen!“) Und das sind eben genau die Pflichtleistungen, die das Land beziehungsweise auch der Bund zahlen müssen, weil Sie in der Vergangenheit im sozialpolitischen und auch im arbeits- und beschäftigungspolitischen Bereich Versäumnisse haben und wo Sie jetzt zusätzlich finanzieren müssen und keinen Spielraum für tatsächliche Reformen und auch für tatsächliche Projekte haben. Zum Beispiel, es ist schon angesprochen worden, das Frauenhaus. Es sind zum Beispiel von diesen 500 Millionen Schilling keine 1,5 Millionen Schilling da, um für das Frauenhaus in der Obersteiermark aktiv zu werden. Zu anderen Initiativen, die wir in den vergangenen Jahren eingebracht haben, komme ich später noch. So gesehen muß ich zu dem Schluß kommen, daß es offensichtlich in diesem Lande wenig Lösungskompetenz gibt und auch einen Reformstau, der offen-

sichtlich nicht mehr aufzuholen ist. Die gravierenden Probleme sind, so wie wir es hier betrachten, noch lange nicht gelöst. Im Gegenteil – das wurde auch schon angesprochen –, es gibt genug Geld für Personal für die Fachabteilung für das Sozialwesen, es gibt hier 40 Dienstposten. Mag sein, daß das mittlerweile wichtig oder notwendig geworden ist, aber dann ist nicht einzusehen, daß Studien ausgelagert werden in andere Bundesländer – 2,3 Millionen Schilling für den Sozialbericht, der auch wichtig ist. Aber wenn es schon 40 Dienstposten in der Fachabteilung für Sozialwesen gibt, dann sollte es auch möglich sein, Studien intern machen zu können.

Ich möchte jetzt auf vier Punkte eingehen. Ich fange auch mit dem Behindertenplan an. Ich bin froh, daß es ihn jetzt letztendlich gibt. Die Module „Arbeiten und Wohnen“ sind ein wichtiger Bereich im Behindertenbereich, aber mir fehlt eine Zielsetzung ganz konkret in bezug auf die rollierende Planung. Mir fehlt eine Zielvorgabe, eine Zielvorstellung. Was will ich ganz konkret mit dieser rollierenden Planung erreichen? Diese rollierende Planung sollte es ermöglichen, Pilotprojekte in den Regionen draußen mitzugestalten, zu initiieren. Aber hier wird in keinster Weise in diesem Behindertenplan darauf eingegangen. Es war bis jetzt auch noch nicht möglich, im „Pflegegeld einbehaltbereich“ eine Novelle durchzuführen. Es ist vor einiger Zeit eine Mininovelle gemacht worden. Es war bis jetzt nicht möglich eine Leistungsabrechnung zu erzielen, das heißt für die tatsächliche Leistung, die ich als behinderter Mensch beanspruche, sollte ich auch nur das Pflegegeld dementsprechend bezahlen oder rückersetzen. Das war in diesem Land bis jetzt nicht möglich, und vor allem, es gibt auch noch wesentlich höhere Rückersätze im Pfelegeld einbehaltungsbereich als in anderen Bundesländern. Also da sind wir auch im Hintertreffen, und auch in diesem Bereich haben wir in der Steiermark noch einiges aufzuholen.

Im Zuge der Sozialhilfeverhandlungen oder im Zuge der Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz haben wir immer wieder eingebracht, daß es einen Rechtsanspruch auf soziale Dienste geben sollte. Ich spreche jetzt ganz konkret den Familienentlastungsdienst an, der ist auch im Behindertenbereich als Projekt angeführt, obwohl es dieses Projekt schon einige Jahre gibt. Es war bis jetzt nicht möglich auf Grund dieser Erfahrungen in den Familienentlastungsprojekten, dieses Projekt rechtlich im Behindertenbereich abzusichern, damit es den Familien endlich möglich ist, hier einen Rechtsanspruch zu erzielen und dadurch in der Familienarbeit entlastet zu werden.

Wir haben nächste Woche die Sozialhilfeverbände auf der Tagesordnung. Leider wird das ein Negativbericht werden. Wir haben einen Antrag auf Abschaffung der Sozialhilfeverbände eingebracht, weil wir der Meinung sind, daß die Doppelgleisigkeit, wie sie jetzt zur Zeit da ist, mit den Sozial- und Gesundheitsprengeln nicht sinnvoll ist und nur eine zusätzliche Aufblähung der Verwaltung und Bürokratie bedeutet. Ich war sehr überrascht darüber, daß dieser Antrag der Regierung nicht zur Stellungnahme zugewiesen worden ist. Sonst geht nämlich jeder Antrag, und sei er noch so klein und sei er noch so unwichtig, zur Landesregierung zur Stellungnahme. Ich hätte nämlich

gerne gewußt, wie sie dazu steht, wenn hier steht „die Sozialhilfeverbände sollen abgeschafft werden“. (Abg. Gennaro: „Das Leben hat immer Änderungen. Das läuft nicht so ab, wie Sie sich das vorstellen!“) So ist es, genau. Und deswegen bin ich auch da, um diese Änderungen zu unterstützen und diese Prioritäten zu forcieren.

Ich meine, es ist nicht sinnvoll, Sozialhilfeverbände parallel laufen zu lassen, zumal wir der Meinung sind, daß das unter diesem Gesichtspunkt erfolgt, daß man hier auf die Machtkonzentration in den Sozialhilfeverbänden in keinster Weise verzichten möchte. Wir haben im Zuge der Sozialhilfeverhandlungen vereinbart, daß es Verhandlungen geben wird diesbezüglich im Jahre 2001, aber die Sozial- und Gesundheitsprengel sind installiert, und es sollte möglich sein, nicht so lange zu warten und vielleicht ein bißchen früher auf die hier angesprochene Macht und auf die parteipolitischen Interessen zu verzichten, im Sinne der Interessen der behinderten und hilfsbedürftigen Menschen.

Ich komme jetzt zu zwei Entschließungsanträgen, die ich hier noch einbringen möchte. Und zwar bezieht sich der erste auch auf das Frauenhaus in der Obersteiermark und auf die Einrichtung einer Frauenberatungsstelle. Wir haben im Zuge der Ausschußverhandlungen vor einer Woche darüber gesprochen. Frau Landesrätin Rieder hat gemeint, sie wäre bereit, das Frauenhaus in der Obersteiermark zu finanzieren, wenn die Sozialhilfeverbände mitzahlen würden. Ich meine aber, es wäre nicht sinnvoll, das unter dieser Alternative anzubieten, weil ich der Meinung bin, wenn es einen Sozialhilfeverband gibt, der nein sagt, es hier dann zu einer weniger möglichen Durchsetzung des Frauenhauses in der Obersteiermark kommen könnte. Deswegen lese ich jetzt den Entschließungsantrag vor.

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Zuge der Finanzierung eines Frauenhauses in der Obersteiermark an die obersteirischen Sozialhilfeverbände heranzutreten, sich an den Kosten zu beteiligen und sicherzustellen, daß das Projekt auch in dem Fall, daß es einem Sozialhilfeverband unmöglich ist, sich kostenmäßig zu beteiligen, realisiert wird, und zweitens schnellstmöglich eine frauenspezifische Beratungsstelle in der Obersteiermark einzurichten.

Zu dem zweiten Punkt möchte ich noch sagen, wir haben vor zirka eineinhalb oder zwei Jahren einen Antrag eingebracht auf Installation einer Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark. Der wurde damals einstimmig beschlossen, bis heute gibt es diese Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark noch nicht, und deswegen haben wir diesen Entschließungsantrag noch einmal eingebracht, und ich bitte um Zustimmung.

Der zweite Entschließungsantrag bezieht sich auf das Projekt „Flying Nannies“, es wurde im Zuge der Kindergartendebatte auch schon angesprochen. Nachdem es nicht sicher ist, daß das Kindergartenförderungsgesetz auch die dementsprechenden finanziellen Mittel bekommt und unserer Meinung nach es aber sinnvoll wäre, die „Flying Nannies“ so bald und so rasch wie möglich zu installieren und zu finanzieren, sind wir der Meinung, daß es bis zu einer allfälligen Absicherung durch das Kindergartenförderungsgesetz

als beschäftigungs- und frauenpolitische Maßnahme deklariert und durch das Arbeitsförderungsgesetz abgesichert werden sollte.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß erstens das Projekt „Flying Nannies“ bis zu einer allfälligen finanziellen Absicherung im Kinderbetreuungsförderungsgesetz, als primär beschäftigungspolitische Maßnahme und um eine schnelle Realisierung sicherzustellen, aus den Mitteln des Arbeitsförderungsgesetzes finanziert wird und zweitens die Basisfinanzierung für längerfristige Frauenprojekte für drei Jahre gesichert wird und erst nach einer anschließenden Evaluierung entschieden wird, ob eine weitere mehrjährige Förderung gewährt wird. Ich ersuche um Annahme. Danke! (14.18 Uhr.)

Präsident: Danke.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Hartinger. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Hartinger (14.18 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrat, liebe Frau Kollegin Gross!

Menschen können vieles entbehren, aber nur den Menschen nicht – völlig richtig!

Mütter können auch vieles entbehren, aber ihre Kinder nicht!

Und Kinder können auch vieles entbehren, aber ihre Mütter nicht!

Und wenn Sie, liebe Frau Kollegin Gross, von der Vereinsamung der Mütter reden, so verstehe ich das nicht, weil die Vereinsamung der Mütter, woher kommt die eigentlich? Sie kommt aus meiner Sicht von eurer Ideologie und von eurer Politik, weil ihr die Frauen dazu treibt, daß sie arbeiten gehen müssen und die Frauen weg von der Familie, weg von ihren Kindern kommen (Beifall bei der FPÖ.), damit die Frauen und ihre Kinder in eure Abhängigkeit kommen, in eure Gewerkschaften und was weiß ich, damit sie dort eure Ideologie kennenlernen. Das ist der Grund.

Ich habe noch nie gehört, daß eine Mutter vereinsamt, wenn sie bei ihren Kindern bleibt. (Beifall bei der FPÖ.)

Was ist dann mit den Tagesmüttern? Vereinsamen die auch alle? So einen Nonsens habe ich wirklich noch nie gehört. (Abg. Gross: „Sie können das nicht auseinanderhalten!“) Ich bin selber Mutter zweier Kinder. Das ist wirklich nicht zum Aushalten, diese Äußerung. Das ist ein Skandal! (Abg. Gennaro: „Wer ist denn bei deinen Kindern, während du weg bist? Du kannst es dir leisten, daß jemand drauf schaut!“) Meine Kinder sind schon größer. Als sie ganz klein waren, war ich auch zu Hause, lieber Herr Kollege Gennaro. (Abg. Gross: „Sie haben auch noch zwei Jahre Karenzzeit gehabt, was wir jetzt nicht mehr haben!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Ich möchte aber noch zu einem ganz anderen Thema Stellung nehmen, zum Behindertenthema. Unsere Gesellschaft verdrängt leider Krankheiten, Älterwerden, Sterben und Behinderung allzu oft. Wir, und damit meine ich wir alle, haben die Pflicht, gerade die von der Gesellschaft abgedrängten Menschen zu unterstützen.

Versetzen Sie sich in die Lage von Eltern, die ein behindertes Kind haben. Die Schulpflicht ist aus, und dann fragen sich die Eltern, was nun? Von 1997 auf 1998 drängen um ein Drittel Behinderte mehr auf den Arbeitsplatz. Über Antrag in den jeweiligen Bezirkshauptmannschaften wird das Kind in ein Arbeitsplatztherapiezentrum gewiesen, das für die Bezirkshauptmannschaft einfach das billigste ist. Es wird nicht nach den Bedürfnissen gefragt, und es gibt kein Aufnahmeassessment. Es wird einfach bürokratisch zugewiesen. Weiters gibt es Arbeitsvermittlungstellen für Behinderte, aber hier fühlt sich die jeweilige Vermittlungsstelle gerade für diese Art der Behinderung wieder nicht zuständig. Und Wohnplatz gibt es auch nur dann, wenn eine Beschäftigung vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, das Fazit ist, daß die Eltern im Kreis rennen und das behinderte Kind auf der Strecke bleibt.

Und wenn Sie den Volksanwaltschaftsbericht schon gelesen haben, hier wird berichtet, daß die Antragsteller sich von einer zur anderen Stelle durchbetteln müssen.

Ich glaube, Frau Landesrat, das ist nicht notwendig. (Landesrat Dr. Rieder: „Das stimmt nicht!“) Ja, das steht im Volksanwaltschaftsbericht.

Bei der Diskussion des Behindertenplanes 1996 haben wir Freiheitliche gefordert, daß ein Bedürfnisprofil im Rahmen eines Fachexpertengremiums erstellt wird, das dann gemeinsam mit den Eltern eine optimale Versorgung und Förderung auswählt. Diese optimale Steuerung erfordert aber auf der einen Seite eine genaue Abklärung der Diagnose und der Förderungswürdigkeit und auf der anderen Seite dementsprechend auch von den Stellen eine genaue Festlegung der Qualitätskriterien.

Sie, Frau Landesrat, haben damals an eine Diagnosestraße gedacht, wo eben verschiedene Fachexperten den Status für den Behinderten festlegen.

Dies alles ist aber de facto nicht passiert, obwohl wir am 2. Juli 1996 mehrheitlich dazu einen Landtagsbeschluß gefaßt haben.

Ich darf Sie alle auffordern, sorgen wir uns doch gemeinsam für jene Menschen, die sich selbst nicht helfen können, in der Hoffnung, sich nicht sorgen zu müssen, einmal selbst betroffen zu sein. (Beifall bei der FPÖ. – 14.22 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (14.22 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde mich auf den Bereich der Altenheimpflege und deren Qualität und auch auf den Teilbereich behinderte Menschen beschränken und möchte folgendes dazu sagen.

Wir haben vor rund zweieinhalb Jahren hier beim Budgetlandtag noch heftigst über Pro und Kontra diskutiert, über die Auswirkungen des neuen Sozialhilfegesetzes, die neuen Strukturen der ISGS. Und heute können wir ansatzweise schon die positiven Auswirkungen erkennen. Denn mit diesem Sozialhilfegesetz oder mit der Einrichtung der ISGS wurde den Gemein-

den die Aufgabe übertragen, im Pflegebereich, für ältere und pflegebedürftige Menschen selbst die Verantwortung zu übernehmen beziehungsweise mit aufzunehmen.

Wir alle wissen aber, und das hat sich seit zweieinhalb Jahren nicht verändert, daß der Anteil der älteren pflegebedürftigen Menschen von heute 21 Prozent im Jahr 2010 auf rund 30 Prozent ansteigen wird. Und damit steigt auch die Nachfrage von Pflegeplätzen in unseren Bezirken, mit Ausnahme von Radkersburg.

In Ziffern ausgedrückt heißt das, daß die Steiermark gegenwärtig über 175 Altenpflegeheime besitzt, über 7700 Heimplätze, davon 2500 Wohnplätze und rund 5200 Pflegeplätze, verfügt. Das heißt aber auch, daß derzeit ein großer Boom an der privaten Errichtung von Pflegeheimplätzen zu verzeichnen ist. Ich nenne hier Graz-Umgebung oder zum Beispiel den Bezirk Feldbach, wo derzeit fünf neue Pflegeheime errichtet werden.

Das wiederum wird aus meiner Sicht dazu führen, daß es in ein paar Jahren zu einem Verdrängungswettbewerb kommen wird und für kleinere stationäre Einrichtungen mit fünf bis zehn Betten oder kleinere Pflegeheime mit 20, 30 oder 40 Betten, diese Heime dann auf Grund ihrer ökonomischen Struktur die Häuser nicht mehr führen werden können. Denn die Pflegeheimsätze steigen auch kontinuierlich in die Höhe. Ich denke hier an die Geriatrie in Graz, die für einen Pflegeplatz rund 48.000 Schilling verlangt. Wie lange und wer kann diese Kosten noch bezahlen ohne Zuzahlung durch die öffentliche Hand? Die Frage ist dann nur, ob das jetzt das Land oder teilweise der Sozialhilfverband übernimmt.

Trotz dieser Kosten ist es uns immer noch nicht gelungen, hinsichtlich der Ausstattung der steirischen Pflege- und Altenheime, auch durch das fehlende Betreuungspersonal, an Qualität zu gewinnen. Also sind wir hier im Aufwärtsschwung, haben es aber noch nicht geschafft. Denn von der Satt- und Sauberpflege wollen wir wegkommen, und von einem Mindestmaß einer aktivierenden Pflege sind wir auch noch weit entfernt. Uns fehlen Physio- und Ergotherapeutinnen in den Heimen und in Prozenten ausgedrückt heißt das, daß rund 10 Prozent dieser genannten Gruppe – Physio- und Ergotherapeutinnen – 7600 Heimbewohnern gegenüberstehen.

Ein weiterer Punkt zur Qualitätssicherung ist die Kurzzeitpflege, und die muß auch weiter ausgebaut werden.

Dem gegenüber stehen aber die Kosten, und die explodieren vor allem im Personalbereich. Rund 83 Prozent für diese Heime betragen die Personalkosten. Auf Grund dieser steigenden Kosten und auch des steigenden Konkurrenzdruckes wird es zu großen Spannungen in der Pflege im Pflegebereich kommen. Somit könnte das auch dazu führen, daß eine Personalfuktuuation eintritt und wiederum die Qualität der Pflege darunter leiden könnte.

Derzeit scheint eine massive Aufstockung der Pflegebetten steiermarkweit im Gange zu sein. Aus meiner Sicht wird über den Bedarf hinaus produziert. Auf Grund dieser Überproduktion wird es innerhalb kürzester Zeit zu einem Verdrängungswettbewerb führen, da einerseits große Heime kostengünstiger zu

führen sind, im Bereich der Overheadkosten, und kleinere damit vom Markt verdrängt werden, und andererseits durch den Ausbau der ambulanten Dienste die pflegebedürftigen Menschen im Umfeld – Gott sei Dank sage ich – noch bleiben können.

Unser Hauptaugenmerk wird in Zukunft darauf liegen, daß wir uns auf die Schwerstpflegebedürftigen und uns auf die Kurzzeitpflege konzentrieren. Wir müssen aber auch die Qualität im Pflegebereich im Auge behalten.

Noch zwei Sätze zum Bereich Behinderte. Meine Damen und Herren, das ist eine Gruppe, die in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt am schlimmsten betroffen und benachteiligt ist, die Gruppe der behinderten Menschen.

Menschen mit einer Behinderung steigen von Jahr zu Jahr in der Arbeitslosenrate an. Nur ein kleiner Vergleich zeigt, waren 1994 bundesweit noch 58.600 Menschen arbeitslos, so waren es 1997 bereits 84.800 Menschen. Dazu kommt noch, daß mehr als die Hälfte dieser vorgemerkten arbeitslosen Menschen mit einer Behinderung über eine schlechte beziehungsweise über eine geringe schulische Ausbildung verfügen oder über keine berufliche Ausbildung. Besonders besorgniserregend ist aber auch die Anzahl der arbeitslosen Menschen mit Behinderung mit einer Lehrausbildung, die auch dramatisch ansteigt. Behinderte Menschen konkurrieren mit nichtbehinderten Menschen am Arbeitsmarkt, und die Konkurrenzsituation am Arbeitsmarkt ist eine harte, und der Anteil der behinderten Menschen an den Gesamt arbeitslosen in den letzten Jahren ist ständig angestiegen und hat bereits einen Wert von 17 Prozent erreicht. Umso mehr müssen wir die individuellen Bedürfnisse von behinderten Menschen in den Vordergrund jeglicher Behindertenpolitik stellen. Egal, ob körperlicher, seelischer, geistiger Natur oder ob es eine Behinderung der Sinnesorgane ist. (Präsident: „Die fünf Minuten, Herr Kollege, sind auch schon längere Zeit vorbei!“)

Wichtig erscheint mir auch die Einbeziehung der behinderten Menschen und deren Angehörigen im Vorfeld der Beratung, wenn wir neue Gesetze errichten. Wir müssen in Zukunft den behinderten Menschen mehr denn je unser Augenmerk schenken und in unsere Gesellschaft stärker integrieren, sonst bleibt der Artikel 7 Absatz 1 unseres Bundes-Verfassungsgesetzes nur ein geschriebenes Wort, wo es heißt, daß eine Diskriminierung auf Grund einer Behinderung untersagt ist. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 14.30 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (14.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Schinnerl, zu Ihren eigenartigen Ausführungen werde ich noch im Zuge meiner Rede zu sprechen kommen. (Abg. Schinnerl: „Wo sind denn eure Leute?“) Machen Sie sich keine Gedanken darüber, ihr seid auch manchmal schwach besetzt.

Es treten immer mehr Fälle von Gewalt in der Familie auf. Entweder werden Männer zunehmend gewalttätig oder aber – was ich eher annehme – gelangen heute diese Gewalttätigkeiten mehr an die Öffentlichkeit, weil sich die Frauen endlich getrauen, darüber zu sprechen. (Abg. Tasch: „Das ist heute nicht anders als früher!“)

Ich sagte ja, ich glaube eher, daß das mehr an die Öffentlichkeit tritt, weil sich die Frauen darüber zu sprechen getrauen. Viele Frauen sind nicht mehr länger bereit, körperliche Angriffe gegen sich und ihre Kinder hinzunehmen und weiter zu erdulden. Tatsache ist – (Allgemeine Unruhe.) Ich weiß eigentlich nicht, liebe Kollegen, warum Sie so aufgebracht sind, wenn wir von diesem Thema sprechen. Ich hoffe, daß sich da nicht irgendwo ein schlechtes Gewissen bemerkbar macht. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, weil mehr Männer als Frauen im Saal sind!“) Tatsache ist, daß gemäß einer von Frau Landesrätin Rieder in Auftrag gegebenen Studie in der Steiermark zirka 1800 Fälle von familiärer Gewalt auftreten und dokumentiert sind. Die Dunkelziffer ist ein Vielfaches davon, man rechnet mit über 40.000 Frauen und Kindern, die jährlich familiärer Gewalt ausgesetzt sind. Die Gesellschaft hat sich dieser Situation zu stellen, und die Politik ist aufgefordert, entsprechende Hilfestellung zu leisten und den Betroffenen Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Seit Mai 1997 gibt es glücklicherweise die gesetzliche Regelung, daß der Täter aus der Wohnung gewiesen werden kann. In der Steiermark mußte im Jahr 1998 in 500 Fällen vom Wegweiserecht Gebrauch gemacht werden. Das bringt zweifelsohne eine Erleichterung der Situation der Betroffenen mit sich. (Abg. Tasch: „Frau Kollegin, die Gendarmerie hat gesagt, das bringt viel Schwierigkeiten, weil sie nicht wissen, wo sie die Männer hingeben sollen!“) Also mein Mitleid hält sich da wirklich in Grenzen, Herr Kollege Tasch.

Dankenswerterweise hat Frau Landesrätin Rieder zwischenzeitig Krisenwohnungen in Kapfenberg und in Leoben errichtet, die ständig besetzt sind. Krisenwohnungen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie vermögen aber ein Frauenhaus nicht zu ersetzen, weil sie zum Beispiel eine Betreuung rund um die Uhr nicht anbieten. Sie sind aber eine sinnvolle Ergänzung, weil der Arbeitsplatz erhalten bleiben kann, ein Schulwechsel der Kinder nicht nötig ist und auch Sozialkontakte erhalten bleiben. Das Grazer Frauenhaus hat eine Kapazität von maximal 30 Plätzen und ist meist voll besetzt. 50 Prozent der Bewohnerinnen kommen aus den Bezirken. Und wie die Statistiken zeigen, ist ein Frauenhaus in der Obersteiermark dringend erforderlich. Seit ich Bezirksfrauenvorsitzende in Bruck an der Mur bin – und das ist seit 1992 –, setze ich mich für die Errichtung eines obersteirischen Frauenhauses ein, Herr Kollege Schinnerl (Beifall bei der SPÖ.) Und ich habe diesbezüglich des öfteren schon in diesem Hause gesprochen. (Abg. Schinnerl: „Darüber wurde auch bei der Klub Sitzung gesprochen!“) Deshalb bin ich sehr froh – ich komme noch auf Sie zu sprechen –, daß Frau Landesrätin Rieder diese Forderung unterstützt und finanzielle Mittel im Ausmaß von 50 Prozent der Kosten sowohl für die Projektvorbereitung, als auch für den laufenden Betrieb zur Verfügung stellt. (Abg. Schinnerl: „Ab welchem Jahr?“)

Nun sind die Bürgermeister und Vorsitzenden der Sozialhilfverbände der Obersteiermark aufgerufen bekanntzugeben, ob sie ein obersteirisches Frauenhaus mitfinanzieren. Soweit ich feststellen konnte, sind bisher durchaus positive Signale ergangen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, können Sie sich an die Regierungsvorlage noch erinnern, was da drinnen gestanden ist?“) Ich muß mich leider an die Zeit halten, ich weiß es. Daher bin ich guter Dinge, daß die Notwendigkeit eines obersteirischen Frauenhauses auch von den Bürgermeistern erkannt wird und wir in absehbarer Zeit eine derartige Einrichtung auch haben werden und damit den betroffenen Frauen und Kindern ein bedarfsgerechtes Hilfsangebot zur Verfügung steht. (Präsident: „Auch Ihre Redezeit ist vorüber!“)

Abschließend danke ich Frau Landesrätin Rieder, daß sie die Mittel zur Verfügung stellt; und ich möchte Ihnen etwas sagen, Herr Kollege Schinnerl, ich vertraue auf die Aussage eines Regierungsmitgliedes. (Abg. Schinnerl: „Ich nicht!“) Sie offensichtlich nicht, offensichtlich ist bei Ihnen Vertrauen ein Fremdwort. Und ich möchte Ihnen noch etwas sagen, Herr Kollege Schinnerl.

Wir beide sind offensichtlich anderer Auffassung von seriöser Politik, Herr Kollege. (Beifall bei der SPÖ.) Ihre Partei – und jetzt bin ich schon am Ende – stellt Forderungen über Forderungen auf (Abg. Schinnerl: „Berechtigte Forderungen!“), übrigens nichts leichter als das, das macht ihr Bundespartei vorsitzender andauernd, und es ist wirklich nichts leichter als das, ohne Verantwortung übernehmen zu wollen. (Abg. Schinnerl: „Ich glaube die Zeit ist um!“) Hingegen stimmen Sie von den Freiheitlichen keinem einzigen Budgetansatz zu; das ist alles andere als konstruktiv. (Allgemeine Unruhe.) Herr Präsident, würden Sie bitte zur Ordnung mahnen.

Sie stimmen keiner einzigen Budgetpost zu. Das ist alles andere als konstruktiv. Und das Gegenteil von konstruktiv ist destruktiv. (Beifall bei der SPÖ. – 14.37 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Beutl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (14.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte mit einer sehr erfreulichen Meldung beginnen, und zwar erfreulich für unseren Bezirk Feldbach. Wir werden übermorgen ein, wie ich glaube, wegweisendes Projekt eröffnen. Und zwar ist es uns mit Hilfe des Sozialhilfverbandes Feldbach gelungen, aber auch mit einer Reihe von Trägerorganisationen, zum Beispiel dem Hilfswerk Steiermark, aber auch Caritas und Familienbund arbeiten mit, ein Sozialzentrum zu eröffnen, das sämtliche soziale Einrichtungen in diesem Bezirk zusammenfaßt.

Ich zähle nur zum Beispiel auf: mobiles Beratungsteam, Familienberatungsstelle, Wohngemeinschaft Sprungbrett, Hauskrankenpflege, Alten- und Pflegehilfe, Verein für Suchtkrankenhilfe, Schuldnerberatung, psychosozialer Dienst, Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit, außergerichtlicher Tausch-

gleich, Bewährungshilfe, Eltern-Kind-Zentrum. Krisenwohnungen und eine Wohngemeinschaft für Jugendliche komplettieren dieses Zentrum. Wir freuen uns im Bezirk, daß das gelungen ist, und bedanken uns bei allen, die mitgeholfen haben, daß es möglich geworden ist.

Ganz kurz auch etwas zum Thema Frau sein heute. Wir haben ja vor kurzem eine Frauenenquete gehabt. Und ich denke, es hat sich einmal mehr bestätigt, was ohnehin eine alte Weisheit ist, nämlich daß es Frauen nicht nur in der Steiermark, aber auch hier, leider immer noch so geht, daß sie mit einem Drittel weniger Lohn zufrieden sein müssen und infolgedessen mit geringeren Pensionen, ihre Leistungen auch in der Familie nicht anerkannt werden und in höheren Positionen kaum anzutreffen sind.

Wir von der Volkspartei sagen, wir wollen hier Verbündete suchen und wollen uns sehr bemühen, hier Verbesserungen zu erreichen, aber wir wollen nicht Frauen gegeneinander ausspielen. Das heißt, für uns gilt, sowohl – als auch. Familienfrauen sollen genauso unterstützt werden wie berufstätige Frauen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meiner Meinung nach wird die Kernfrage überhaupt die sein, daß wir Familie und Beruf wirklich besser vereinbaren können. All die Forderungen, wie sie altbekannt sind, sind aufrecht. Es geht endlich darum, einmal ein geschlechtsunabhängiges Arbeitsbewertungssystem zu erlangen. Etwas, was wir seit langem fordern. Dasselbe, den Generalkollektivvertrag zur Einführung eines Mindestlohns von 1000 Euro. Die Steiermark, mit unserem Klubobmann Schützenhöfer, ist hier Vorreiter seit langen Jahren, und es ist leider noch immer nicht gelungen. (Abg. Gennaro: „Was werden die Kollegen von der Wirtschaftskammer sagen?“)

Eine faire Altersabsicherung mit einer Teilung der erworbenen Pensionsansprüche und nicht zuletzt – ich wiederhole es – ein Karenzgeld für alle Väter und Mütter. Und hier möchte ich auf eines besonders hinweisen. Unser Familienminister macht keine leeren Versprechungen, sondern er sagt ganz konkret, das kann umgesetzt und finanziert werden, im Gegensatz zu vollmundigen Ankündigungen, wie wir sie leider etwa von einem Jörg Haider kennen, denn was ist denn mit dem Betreuungsscheck geworden? Angekündigt am 1. Oktober 1998, schaut ein halbes Jahr später die Umsetzung so aus. (Beifall bei der ÖVP. – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Nur mehr eine Pilotgemeinde in Deutsch Griffen, und dort nicht mehr alle Mütter, sondern plötzlich wird eine Einkommensgrenze eingezogen, plötzlich heißt es nur mehr Österreicherinnen, und das ist gegen das EU-Gesetz, und es wird von einem Mutter-Kind-Paß gesprochen. (Abg. Schinnerl: „Die Kärntner ÖVP ist auch dafür!“)

Dann schauen wir uns doch Deutsch Griffen einmal an. Die Geburtenrate in diesem 1100 Einwohner zählenden Ort in den letzten Jahren steht bei etwa 15 bis 20 Kindern. Und man höre und staune, im Jahr 1999 hat es bisher erst eine einzige Geburt gegeben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jetzt kommen sie nach der Reihe!“) Da kann ich lautstark fordern.

Wir sagen noch etwas dazu: Der Kinderbetreuungsscheck ist eine gute Idee, eine wirklich gute Idee. (Abg. Schinnerl: „Bravo!“) Sie stammt, weil immer behauptet wird, die FPÖ habe das erfunden, von der ÖVP. Die ÖVP-Landtagsabgeordnete Romana Widthalm hat jahrelang diesen Scheck publik gemacht und gefordert. Sie ist leider vor zwei Jahren gestorben. (Abg. Schinnerl: „Der Jörg Haider hat es übernommen!“)

Aber unser Familienminister hat die Studie in Auftrag gegeben. Und ich sage Ihnen etwas, in Norwegen gibt es diesen Kinderbetreuungsscheck, und er wird zu 70 Prozent angenommen. Nur, wir können ihn uns finanziell derzeit nicht leisten. (Abg. Schinnerl: „Aber die Zahlungen an die EU können wir uns leisten, aber für die Familien haben wir kein Geld!“)

Genauso wenig können wir uns das einkommensabhängige Karenzgeld leisten. Es würde viermal mehr kosten als das Karenzgeld für alle. Darum bleiben wir am Boden. Das, was geht, was möglich ist umzusetzen. Ich lade alle ein zu diesbezüglichen Verhandlungen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.42 Uhr.)

Präsident: Als nächstes hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (14.42 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte ursprünglich, und vielleicht geht es sich noch aus, zu einem mir wichtigen Thema sprechen, aber ich verstehe die Aufregung, vor allem auch die Emotion der Kollegin Beutl nicht. (Abg. Dr. Karisch: „Sie war sehr sachlich!“)

Ich bin überzeugt davon, daß unsere Familien eine besondere Unterstützung brauchen, wobei Geld allein natürlich nicht alles sein kann, und viele andere Entwicklungen der Gegenwart dazu beigetragen haben, daß die familiäre Absicherung sicherlich schwieriger geworden ist. Ich bin ein Anhänger des Karenzgeldes für alle. Ich bin es vor allem deshalb, weil ich glaube, daß man das Versicherungsprinzip in vielen Bereichen schon aufgegeben hat. Ich sehe nicht ein, warum eine Bäuerin, warum eine Studentin, warum auch Schülerinnen und andere, die das Karenzgeld bisher nicht gehabt haben, es nicht bekommen sollen. Daher unterstütze ich diese Forderung 100prozentig. Ich glaube auch, daß in der SPÖ hier diese Vorbehalte schon im Schwinden sind, weil man erkannt hat, daß das Karenzgeld eine Einrichtung ist, die für unsere Familien wichtig ist. Wenn man in die Schweiz schaut, wo jetzt unlängst dieses Karenzgeld abgelehnt worden ist – durch Volksentscheidung, durch Volksbefragung –, so ist es sicherlich beunruhigend.

Was den Kinderbetreuungsscheck betrifft, bin ich jetzt wirklich auch auf eurer Seite insoweit, daß der Kinderbetreuungsscheck als Idee gut ist. Es ist nur die Frage, wie man das dann finanzieren kann. Aber man kann vieles finanzieren. Nach den letzten Ankündigungen und Forderungen der mächtigen Parteien in diesem Lande und ihrer Vertreter, wo alles billiger werden soll, wage ich es nicht mehr, nie mehr, dem Haider und der FPÖ vorzuwerfen, daß sie populistisch sind, wenn man den Kinderbetreuungsscheck fordert,

für den manches spricht. Man kann auch über alles diskutieren, ich kenne diese Diskussionen, zurück an den Herd, aber letzten Endes geht es doch darum, daß Frauen in die Situation versetzt werden, daß sie ihre Kinder entsprechend betreuen können. Aber wenn ich auf der anderen Seite dann sehe, beim Strompreis 15 Prozent, 30 Prozent die Mieten - bin ich bei allem dafür -, aber nie mehr soll mir jemand den Vorwurf vorlegen oder den Vorwurf vorausstellen, daß die FPÖ mit dieser Idee, die offensichtlich in Norwegen schon praktiziert wird - und Norwegen ist sicher kein freiheitlich regiertes Landes, sondern, was ich weiß, ein sozialdemokratisch regiertes -, populistisch ist.

Burgi, du wärest viel glaubwürdiger, wenn du beim Kinderbetreuungsscheck auch zumindest einmal ein Für und Wider abwägen tätest, und nicht nur sagst, in Kärnten haben sie es noch nicht eingeführt. Eingeführt ist er deshalb noch nicht, weil natürlich die anderen Parteien dort sich bisher auch dagegen gewehrt haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Haider - man muß Demokrat sein - hat dort keine Mehrheit, das war eine Idee. Ihr geht nicht mit, und jetzt schreist du da herum und sagst, er hat noch nichts zusammengebracht. Das ist auch Populismus, den wir dort anderen so oft vorworfen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte noch einen Satz dazusagen. Was mir zu denken gibt und was mich nachdenklich stimmt - ich weiß, daß also die steirische SPÖ mit dieser Linie ohnedies keine besondere Freude hat -, ist, ich habe den Aufschrei vermisst. Und ich bin ein Mensch, der sich seit 30 Jahren mit der Frage beschäftigt, wie ist soziale Absicherung möglich, welche Mittel brauchen wir dazu, und wie können wir es schaffen, daß das soziale Netz möglichst dicht geknüpft ist? Da geht es um die ewige Diskussion, wieweit eine soziale Absicherung den Menschen dazu verleitet, daß er sich zu sehr auf das soziale Netz verläßt und wieweit er dann Eigeninitiative, Selbsthilfe zu sehr in den Hintergrund treten läßt.

Aber wenn ich mir das Papier vom Blair und vom Schröder anschau, wo heute propagiert wird, daß man sich vom sozialen Netz wegbewegen soll in Richtung mehr Hilfe zur Selbsthilfe, und wenn ich das dann lese angesichts 100.000 Arbeitsloser, wenn ich weiß, daß in Österreich zirka 200.000, vor allem Frauen - und da sind die Frauen aufgerufen bei der SPÖ und bei der ÖVP und in allen Gruppierungen -, die keine eigene Pension haben, und wenn ich weiß, daß gerade die Landwirtinnen sich mit Pensionen von 2000, 3000 Schilling, die sie manchmal sogar mühsam beim Schiedsgericht erkämpfen müssen, herumplagen müssen, und wenn ich weiß, daß, wenn eine Landwirtin etwas verpachtet hat oder etwas verpachten könnte, dann bei denen, bei den Ärmsten der Armen, und die mit dem wirklich auskommen müssen, sogar noch möglicherweise die Ausgleichszulage gekürzt wird, und jeder Professor heute und Berufspolitiker dazuverdienen kann, was er will, und Vorträge halten kann, soviel er will, und das wird ihm nicht gekürzt, weil das ein wohlverworbener Anspruch oder wohlverworbene Recht ist, dann frage ich mich ernsthaft, wohin diese Philosophie führt.

Und dann führt man Diskussionen über Bettler in dieser Stadt, und wir fragen uns, wie konnte es dazu kommen, daß sich in Österreich eine Million Menschen schon an der Armutsgrenze bewegen und als arm mehr als 300.000 oder 400.000 zu bezeichnen sind. Also ich warne davor und ich bitte darum, daß man diese Frage des sozialen Netzes, von dem ich überzeugt bin, daß es zu weitmaschig geknüpft ist in Österreich, daß man nicht den Weg in die andere Richtung einschlägt.

Ein Letztes, Kollegin Beutl, du hast gesagt, der Ehebruch ist Gott sei Dank weiterhin ein Scheidungsgrund, und auch Gewalt in der Familie. Ich bin gegen jede Gewalt in der Familie, aber ich war und bin ein glühender Anhänger davon, daß man das Verschuldensprinzip abschaffen sollte. Aber ich appelliere an dich im gleichen Zug, und weil es hier um die Familie geht, und damit bin ich schon am Ende, daß man endlich - und du weißt es, ich habe ja schon mit dir darüber gesprochen -, wenn man von Familie und von Scheidungsfolgen spricht, daß man auch die Möglichkeit in Österreich, die ja in ganz Europa besteht, schaffen sollte, daß bei einer Scheidung nicht mit Gewalt einer der beiden Ehepartner als Obsorgeberechtigter bestimmt werden muß, sondern daß man das, was es in Deutschland und anderen Ländern auch gibt, daß man die Elternschaft als gemeinsame Obsorge, dort, wo die beiden sich einig sind, weiterhin festschreiben kann. Das wünsche ich mir und bin überzeugt davon, daß es im Interesse unserer Kinder von großem Vorteil wäre (Präsident: „Ich bitte den Kollegen, zum Schluß zu kommen!“) und positive Folgen zeigen würde, die wir heute noch gar nicht in der Tragweite abschätzen können. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. - 14.50 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht, der ich es erlaube.

Abg. Dr. Reinprecht (14.50 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wollte eigentlich über die Frauen- und Mädchenjugendprojekte sprechen, die unter der Patronanz von Frau Landesrat Rieder in der Steiermark gefördert werden, aber inzwischen, denke ich, muß man doch auf einige Wortmeldungen, die hier gefallen sind, replizieren. Frau Abgeordnete Pußwald, zu Ihrer Wortmeldung könnte man einiges sagen. Sie vergessen etwas, meiner Meinung nach. Sie vergessen, daß zwischenmenschliche Beziehungen, Beziehungen zwischen Männern und Frauen, Eltern und Kindern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Regel auch Machtbeziehungen sind. Und gerade im Verhältnis Mann-Frau wurden diese Machtbeziehungen auch sehr lange in Gesetze gegossen. Falls Sie sich noch erinnern können, es brauchte einer SPÖ-Aleinregierung, um den Passus aus dem Familienrecht abzuschaffen, daß die Frau die Weisungen des Mannes zu befolgen habe und zu befolgen habe gegenüber den Kindern. Hier sind wir bei dem Thema, warum ich das nicht so locker sehen kann wie Sie. Sie wissen ganz genau, daß es so ist, daß Unabhängigkeit, das heißt, sich aus Machtbeziehungen lösen zu können oder sich gar nicht Machtbeziehungen zu unterwerfen,

mit Selbstständigkeit zu tun hat, und Selbständigkeit ist bei uns immer noch ökonomische Selbständigkeit. Keinen Pensionsanspruch zu haben, keine eigene Krankenversicherung zu haben, kein eigenes Einkommen zu haben verschlechtert einfach die Machtposition der Frau in der Familie. Es ist völlig unabhängig, ob das ausgenutzt wird oder nicht. (Abg. Pußwald: „Genau das wollen wir aber haben, daß die Frau Möglichkeiten hat, diese Unabhängigkeit zu erreichen. Genau das ist unser Ziel!“) Im Ziel sind wir uns vielleicht einig, vermutlich nicht ganz über die Wege und Mittel.

Der weitere Punkt ist das Thema Karenzgeld. Ich denke, jede Partei hat das Recht, politische Ziele zu verfolgen, politische Ideen zu haben. Ich würde aber hier wirklich empfehlen, das Karenzgeld für alle nicht mehr Karenzgeld zu nennen. Karenzgeld ist für jene Menschen bestimmt, die in Karenz sind, das heißt, von ihrer beruflichen Tätigkeit karenziert. Nennen Sie es Mütterbeihilfe, erhöhte Kinderbeihilfe (Abg. Pußwald: „Erziehungsgeld!“) oder Erziehungsgeld, wie Sie wollen, nicht Karenzgeld. Wir nennen ja auch das Geld, das die Bäuerinnen und die Selbständigen bekommen – diese Betriebshilfe in der halben Höhe des Karenzgeldes –, auch nicht Karenzgeld, sondern Betriebshilfe. Weil wenn Sie so agieren, dann wird es uns ganz leicht fallen, den Frauen zu sagen, den berufstätigen Frauen – und das ist die Mehrheit der Frauen –, daß Sie in Wahrheit das Karenzgeld, das als Schutz für die berufstätige Frau eingeführt wurde, abschaffen wollen.

Der dritte Punkt ist die Frau Hartinger, die – vielleicht ist sie dazu nicht in der Lage oder sie will es nicht, das kann ich hier nicht entscheiden – nicht verstehen will, erwachsene Menschen brauchen andere Erwachsene, sie brauchen soziale Kontakte zu anderen Erwachsenen, genauso wie wir wissen, daß Kinder soziale Kontakte zu anderen Kindern brauchen. Ich verweise hier auf eine Untersuchung der Caritas – und die ist, würde ich meinen, doch eine relativ unverdächtige Quelle in familienpolitischen Fragen –, wo ganz klar und deutlich hervorgeht, daß Frauen, die zu Hause sind, insbesondere Alleinerzieherinnen, und natürlich spielt hier auch das Einkommen eine Rolle, stark gefährdet sind durch Vereinsamung und soziale Isolation. Nichts anderes hat die Frau Barbara Gross gemeint. Und warum man sich hier so aufregen muß, das verstehe ich überhaupt nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein weiterer Punkt ist, weil heute vor allem die ÖVP auf die Vermanschung von parteipolitischer Werbung und Regierungspolitik hingewiesen hat. Ich würde das im großen und ganzen gar nicht bestreiten, nur finde ich es merkwürdig, wenn das, was in Wahrheit alle Parteien machen, auch sehr intensiv Herr Landesrat Schmid, einer Partei umgehängt wird. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Stimmt ja nicht!“) Schauen Sie Ihre Plakate und Broschüren zur Wohnbauförderung an!

Ich möchte noch einmal auf diesen Folder verweisen, weil er hier zum Thema paßt. Dieser Folder „Frauen in Bewegung“, der Titel geklaut von der Stadträtin Kaltenbeck, die seit Jänner ein Projekt laufen hat, das so heißt, aber ich freue mich, daß die ÖVP unsere Titel übernimmt, das ist nichts Schlechtes,

das ist Werbung für uns. Ein paar Tage vor der EU-Wahl ausgesandt, herausgegeben vom Land Steiermark, Landesamtsdirektion, mit Foto von Herrn Rack und Frau Klasnic. Frau Klasnic würde ich noch akzeptieren, Herrn Rack nicht. Das ist nicht nur Vermanschung von parteipolitischer Werbung mit Regierungspolitik, das ist ein reiner Wahlkampf folder auf Kosten des Steuerzahlers. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.56 Uhr.)

Präsident: Danke auch und erteile dem Herrn Abgeordneten Riebenbauer das Wort.

Abg. Riebenbauer (14.56 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Abwechselnd Mann und Frau, wie zu Hause in der Familie, Männer, Frauen tragen gemeinsam die Verantwortung. Ich möchte am Beginn nur eines feststellen, meine geschätzten Damen und Herren, wie das Zusammenleben in einer Familie funktioniert, hängt vom gegenseitigen Verständnis und Vertrauen ab. Ich behaupte eines, Verständnis und Vertrauen werden sich niemals gesetzlich regeln und befehlen lassen. Das hängt davon ab, wie man sich miteinander verträgt. Das möchte ich einmal klarstellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Zweites. Ich bedanke mich bei unserer Frau Landeshauptmann. Ihr habt die Familienbeihilfen-erhöhung beantragt, sie hat sie durchgesetzt. Einen herzlichen Dank dafür! Unsere Familien werden davon profitieren.

Ich möchte aber auch noch ein Drittes sagen. Für manche mag das unter Umständen sogar lächerlich klingen. Ich möchte das jetzt zum Anlaß nehmen, daß wir alle, die wir da drei Tage herinnen sitzen, unseren Ehefrauen oder Ehemännern, Partnern einmal danke sagen für das Verständnis, das sie für uns aufbringen. Denn wenn sie das Verständnis nicht hätten, könnten wir diese politischen Funktionen nicht ausüben. Sie müssen sehr viele Entbehrlichkeiten aushalten. Danke allen unseren Partnern! (Beifall bei der ÖVP.)

Und ein Nächstes: Ohne Kinder keine Zukunft, sagen wir immer wieder. Wir wissen es. Sagen wir auch danke den Frauen und jenen Familien, die in der heutigen Zeit, in dieser materialistischen Gesellschaft, noch die Bereitschaft haben, Kinder anzunehmen. Es ist nicht mehr selbstverständlich. Wir brauchen diese Familien. Wir brauchen diese jungen Mütter. Sind wir ihnen auch dankbar!

Ich möchte aber auch an dieser Stelle einen Dank aussprechen – weil es zum Sozialbericht genau paßt – allen Bäuerinnen und den bäuerlichen Familien. Dort ist die Bereitschaft am größten. Das wissen wir alle genau. Und vielfach müssen sie auf vieles verzichten, und vielfach sind sie an der Gesellschaft in den Dörfern so beteiligt und machen sehr vieles, was andere einfach aus Zeitgründen nicht machen können. Sie tragen die Gesellschaft im ländlichen Raum mit. Bedanken wir uns auch bei den Männern, denn gerade in den bäuerlichen Familien werden, wie in keinen anderen Familien, die alten Menschen noch zu Hause gepflegt. Sie werden nicht abgeschoben. Man hat einfach die Zeit, diese Menschen zu Hause zu pflegen und zu hegen, dort, wo sie ihr Leben lang

gearbeitet haben, und dort, wo sie vor allen Dingen große Leistungen vollbracht haben. Sind wir auch den bäuerlichen Familien dankbar.

Ein Nächstes, meine geschätzten Damen und Herren, man sagt immer wieder, kinderreiche Familien leben zum Teil unter der Armutsgrenze. Das mag stimmen. Ich behaupte, Kinder aus kinderreichen Familien sind oft glücklicher als andere. Ich weiß es auch von sehr vielen Familien in unseren Gemeinden. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend, meine geschätzten Damen und Herren, möchte ich mich bei allen in diesem Lande bedanken, die wissen, was Familie heißt, und die sich auch in Zukunft für unsere Familien einsetzen werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.00 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (15.00 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meiner Meinung nach haben die recht, die sagen, Frauen müssen die Möglichkeit haben, wenn sie es wollen, ihre Kinder zu Hause selbst zu betreuen und zu erziehen. Meiner Meinung nach haben auch die recht, die sagen, Frauen müssen die Möglichkeit haben, wenn sie es wollen oder müssen, ihren Beruf auszuüben, obwohl sie Kinder haben wollen. Das heißt, es muß für beiden Gruppen Möglichkeiten geben. Man darf dieses Problem nicht einseitig sehen. So einseitig, wie ich es in einem Brief gelesen habe, den ich von der Österreichischen Hausfrauenunion erhalten habe. Jeder weiß, daß diese Hausfrauenunion sehr ÖVP-nahe ist. Und zwar wirbt diese Union für ein Volksbegehren. Ich darf hier einige Auszüge vorlesen. Sie verlangen, daß es eine Mütter- und Väterausbildung gibt, die finanziell vom Staat honoriert wird, daß diese zwar auf freiwilliger Basis sein soll, aber es sollen nur jene eine staatliche Geldleistung bekommen, die diese Ausbildung gemacht haben. Also da stellen sich bei mir gelinde gesagt einmal die Haare auf. Einheitlich ausgebildete Eltern, die ihre Kinder einheitlich erziehen, damit wir dann einheitliche Jugendliche haben, die nach einheitlichen Lehrplänen erzogen werden, die dann zu einheitlichen Erwachsenen werden und dann – und das ist ja schließlich das Ziel – einheitlich eine Partei wählen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dagegen verwehre ich mich. Ich verwehre mich, daß Eltern erst dann imstande sind, ihre Kinder zu erziehen, wenn sie eine ÖVP-Ausbildung genossen haben. Dagegen verwehre ich mich! (Beifall bei der SPÖ.) Staatlich honorierte Eltern, die staatlich bezahlte Beiträge zu Kranken- und Pensionsversicherungen bekommen. Die gleiche Partei, die immer sagt, weniger Staat, mehr privat, will verstaatliche Kinder und verstaatlichte Eltern.

Weiters steht in dem Brief, und das hat mich schon ein bißchen sehr geschockt, und da muß ich die Frau Pußwald schon fragen, was sie davon hält, wenn da steht, daß es sich lohnen muß, wir wollen, daß sich die Betreuung der eigenen Kinder finanziell lohnt.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe selber zwei Kinder, aber ich habe mir meine zwei Kinder nicht angeschafft oder ich habe meine zwei Kinder nicht gekriegt, damit es sich finanziell lohnt. Ich habe den Brief sehr genau gelesen, da ist nicht eine Zeile davon drinnen, warum man Kinder hat, was Kinder brauchen, daß sie Liebe brauchen, daß sie Vertrauen brauchen, daß sie Wärme brauchen.

Da steht, Mütter müssen finanziell entlohnt werden. Es muß sich lohnen, Kinder zu haben. Kinder haben und die dann als finanzielle Einnahme zu sehen – je mehr Kinder desto höher das Einkommen für die Kinder –, also da muß ich schon sagen, das kann nur konservative Familienpolitik sein, weil das paßt bei mir einfach nicht zusammen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie verlangen eine staatliche Pension für Kindererziehung. Aber bitte, jetzt hör einmal her, erst ab vier Kindern. Also, Mütter, die eins, zwei, drei Kinder haben, die interessieren gar nimmer, die brauchen keine Pension, aber ab vier Kindern soll es dann eine eigene Pension geben. (Abg. Dr. Karisch: „Es gibt Mütter mit fünf Kindern, die bekommen auch keine Pension!“) Also, es ist nur gut, wenn man viele Kinder hat, mit zwei Kindern ist man eigentlich eh noch keine richtige Mutter.

Und da komme ich auch auf das zurück, was der Kollege Riebenbauer gesagt hat. Kinder in kinderreichen Familien sind glücklicher. Na, das glaube ich ihm schon. Die Kinder vom Herrn Minister Bartenstein werden ganz bestimmt glücklich sein. Aber Kinder in einer kinderreichen Familie mit einem Verdiener, also da frage ich mich dann schon.

Ich bin auf jeden Fall froh, daß das Sozialressort in den Händen von Frau Landesrätin Rieder ist, die die Frauen nicht einteilt in jene Mütter, die brav sind und daheim sind, und in schlechte Mütter, die berufstätig sind, sondern die Frauen einteilt in jene Frauen, die Hilfe brauchen, und in Frauen, die eben ohne Hilfe auskommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil da immer so über das Karenzgeld gesprochen wird, und alle Frauen sollen Karenzgeld bekommen, die ÖVP sagt ja nicht nur, sie ist die Familienpartei, sie ist ja auch die Bauernpartei, und das mag schon stimmen, nur für die Bäuerinnen hat die ÖVP nichts übrig. Warum ist es dann möglich, daß Bäuerinnen, da darf man nicht einmal sagen Karenzgeld, sondern eine Betriebshilfe bekommen, die um die Hälfte niedriger ist als jedes andere Karenzgeld? Warum? Ist das kein Beruf, Bäuerin zu sein? Sind die Kinder weniger wert? (Landesrat Pörtl: „Liebe Monika Kaufmann, wer ist der Sozialminister?“)

Da halte ich es schon sicher mit meiner Partei, die sagt, alle, die es brauchen, sollen Karenzgeld bekommen. Und wenn der Herr Bartenstein soviel Geld in seinem Familienlastenausgleichsfonds hat, wo wir Bauern auch hineinzahlen, warum erhöht er dann nicht das Karenzgeld für Bäuerinnen? Das wäre eine Frage, die ihr einmal beantworten müßt! Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.06 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollegen Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (15.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, geschätzte Kollegin Beutl!

Kinderbetreuungsscheck, anderswo längst erprobt und erfolgreich angewandt, in Österreich nur schwer umsetzbar, nicht, weil er nicht gut ist, sondern weil er von wem anderen kommt. Und wenn Sie Ihrem eigenen Familienminister zuhören, dann werden Sie feststellen, daß der durchaus der Meinung ist, daß man damit etwas anfangen kann.

Damit man auch festlegen kann, wie er zu funktionieren hat und wie er funktionieren kann, gibt es ein Pilotprojekt, um auch den großen Zweiflern zu zeigen, daß es durchaus möglich und vor allem sehr sinnvoll ist, den Frauen auch eine andere Alternative zu bieten als – (Abg. Gennaro: „Herr Präsident!“)

Lassen Sie mich jetzt ausreden, ich gebe Ihnen dann die Gelegenheit, mir eine Frage zu stellen, wenn Sie wollen.

Lassen Sie mich einmal sagen, auch eine Alternative dazu zu geben, daß sie arbeiten gehen muß, ihre Kinder in eine Krabbelstube und einen Kindergarten zu geben, um dort jenes Maß an Liebe und Zuneigung zu bekommen, von denen uns hier die Ohren vollgesungen werden. Nur, die Praxis ist eine andere!

Es muß Alternativen geben für die Frau. Sie kann sich entscheiden, ob sie berufstätig sein will oder nicht. (Abg. Gennaro: „Aber es gibt Frauen, die müssen berufstätig sein, die können es sich nicht leisten, daheim zu bleiben. Das müßt ihr einmal einsehen!“) Herr Kollege Gennaro, es ist niemand gezwungen, den Betreuungsscheck in Anspruch zu nehmen, es kann jeder arbeiten gehen und die andere Alternative wählen. Es ist eine Wahlmöglichkeit, und ich weiß, daß die sozialdemokratische Fraktion auf Wahlmöglichkeiten nie großen Wert gelegt hat, weil – und jetzt komme ich zu Ihnen, allerwerteste Kollegin Bachmaier-Geltewa, die sich ja gerade sehr freundlich und sehr zuvorkommend ausgelassen hat über die Freiheitlichen und ihre Vorstellungen, nach dem Tenor, wir sind ja alle zu deppert für das, was da herinnen gefragt ist. Und ich sage Ihnen jetzt eines in aller Ruhe. (Abg. Gennaro: „Das hat sie nicht gesagt!“) Nein, aber sie hat es so herausgebracht, sie hat es nicht wortwörtlich gesagt. Wir können nur fordern und so weiter. Jetzt sage ich Ihnen etwas. Wir – und das gilt auch für das, was ich für die Frau Kollegin Beutl gesagt habe – bieten Alternativen, eine Möglichkeit der Wahlmöglichkeit. Das SPÖ-Sozialpaket bietet diese Möglichkeit nicht. Ich sage Ihnen aber etwas anderes. Die SPÖ hat schon lange nicht mehr die soziale Komponente gepachtet, von der sie noch immer groß behauptet, sie zu haben. (Abg. Huber: „Ihr redet zumindest davon!“)

Herr Kollege Huber, Sie kommen auch noch dran. Die SPÖ hat ihre große Hausmacht mit 70 und 75 Prozent in verschiedensten Bundesländern nicht deswegen verloren, weil es der Trend der Zeit ist, sondern weil die Leute es satt haben, von Ihnen in Formen gedrückt zu werden, sie wollen selbst entscheiden, was sie tun wollen, und sie wollen in vielen Bereichen nicht mehr jenem Druck unterworfen sein, den ihnen Ihre soziale Komponenten einräumen. (Beifall bei der FPÖ.) Wissen Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, zuerst hat man sich

glaubhaft bemüht, durch die verschiedensten Lockerungen der gesellschaftlichen Normen die Familien zu entwerten, nunmehr ist man bemüht, Programme zu installieren, um den Schaden zu beheben. (Abg. Gennaro: „So etwas Stumpfsinniges habe ich noch nie gehört!“)

Die sozialistische Gesellschaftspolitik ist ausgerichtet auf Erzeugung von Abhängigkeiten. Wir wollen dem Bürger soviel Selbstentfaltung als nur Möglichkeit dazu bestehen gewähren. Herr Kollege Gennaro, das sozialistische System ist in der DDR und im Osten längst kläglich gescheitert. (Abg. Gennaro: „Das ist richtig, aber nicht die Sozialdemokraten!“)

Wir brauchen in Österreich keine Neuaufgabe dieses Systems. (Beifall bei der FPÖ. – 15.11 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (15.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es gibt da im Hause nur einen Mächtigen, und der heißt Präsident Vesko. Der weiß alles, der kann alles, und sein Regime ist das beste. (Abg. Mag. Hartinger: „Der zweite ist der Gennaro!“)

Horcht mir gleich zu, Herr Präsident, ich werde meine Redezeit einhalten, ihr könnt schreien, was ihr wollt, das geht da hinein und da heraus, für das hat mir der Herrgott zwei Ohrwaschel gegeben. Horcht jetzt zu, was ich euch sage. Liebe FPÖ, meine Damen und Herren – ich sage euch eines da in dem Haus in aller Ruhe und ohne Emotion –, sind wir froh und seid ihr froh, daß da hinten auf der Zuschauertribüne nur ein paar Leute sitzen. Ich habe mir schon gedacht, was werden sich die denken über diese Debatten, die wir da geführt haben. Und ich bedaure es, daß nicht betroffene Frauen und Mütter da sind (Abg. Mag. Bleckmann: „Das bedauern wir auch!“), über die ihr heute redet, weil die haben keine Zeit, dazusitzen, die würden euch mit dem nassen Fetzen davonjagen, meine Damen und Herren, wenn ich das so sagen darf. (Beifall bei der SPÖ.)

Erster Punkt. Zweiter Punkt, meine Damen und Herren, die FPÖ stellt Anträge – der Peter Schinnerl, ein alter Freund von mir, weil im Unterausschuß ist er ja ganz zahm und klass zum Arbeiten, da gibt es ja kein Problem, nur, da gibt es dann ein bißchen ein Geplänkel. Wir waren ganz zurückhaltend, wir haben uns öffentlich nie eingebracht. Diese Familienbeihilfe, die zuerst mit 50 Millionen dotiert war, der Kollege Lopatka ist jetzt da, wie wir im Unterausschuß diskutiert haben, ist das relativ schnell über die Bühne gegangen. (Abg. Gross: „Gemeinsam beschlossen!“) Ich habe noch nie gesagt, daß wir als Sozialdemokraten die Grenze oben eingeführt haben und gesagt haben, wir beantragen, daß man das Existenzminimum gleich hernimmt und das bitte mit einer Indexklausel versieht, daß man nicht alle zwei Jahre über die Familienbeihilfe streiten muß. Da brauchen wir uns kein Federl auf den Hut stecken. Wichtig ist, daß unsere Familien eine Beihilfe kriegen, die die Steuerzahler zahlen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ihr von der Freiheitlichen Partei habt überhaupt kein Recht, da herinnen aufzumucksen, weil ihr seid die (Abg. Mag. Hartinger: „Das lassen wir uns nicht verbieten!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Das kannst du nicht bestimmen!“), die auf der einen Seite über das Budget schimpfen, nicht zustimmen, aber Forderungen stellen, die ins Unermeßliche gehen. Und diese 150 Millionen Schilling gäbe es nach euch nicht, weil ihr dem Budget nicht zustimmt. Bedankt euch bei der ÖVP und bei der SPÖ. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch etwas, bevor ich weggehe. Liebe Frau Kollegin Pußwald, als ich Sie gehört habe, hat es mir die Schuhe ausgezogen. Ich muß das ehrlich sagen. Wenn Sie sprechen vom Karenzgeld für alle, meine Damen und Herren – (Abg. Mag. Bleckmann: „Am liebsten ist es euch, alle sind mucksmäuschenstill!“) ich habe Zeit, die Minute wird mir eingerechnet, je länger ihr schreit, umso länger kann ich heraußen bleiben – (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Wir mucksen auf!“) Frau Kollegin Pußwald, Sie haben das Karenzgeld für alle gefordert. Natürlich geht es für Sozialdemokraten nicht darum, das ist überhaupt keine Frage, daß wir jemandem etwas verweigern, ob das jetzt eine Bäuerin, eine Studentin, eine Schülerin bekommt. Ja warum nicht, wenn wir es uns leisten können, überhaupt keine Frage. Aber ihr müßt einmal so ehrlich sein und differenzieren zwischen Karenzgeld, und das ist der Unterschied zwischen SPÖ und ÖVP, wir sagen Karenzgeld für alle, die es brauchen. Und, liebe Frau Dr. Karisch, ein Herr Klima braucht kein Karenzgeld, weil der kann kein Kind kriegen, aber ob es seine Gattin braucht? Die wird es auch nicht brauchen, meine wird es auch nicht brauchen und verschiedene andere auch nicht. (Abg. Schinnerl: „Aber nehmen werdet ihr es!“) Und wenn Sie differenzieren, dann sollen wir denen helfen, von denen wir alle immer wieder reden, den Schwächsten. Eine Frau Bartenstein wird kein Karenzgeld brauchen, die wird das nur in der Konditorei verputzen können, weil sie hat eh genug. Aber eine Frau bitte, die berufstätig sein muß, Herr Präsident Vesko, weil sie es sich nicht leisten kann, in Karenz zu gehen – und jetzt sage ich euch schnell ein Beispiel und dann bin ich fertig. Ihr sprecht von sozialer Gerechtigkeit. (Abg. Dr. Karisch: „Deswegen wollen wir es für Studentinnen!“)

Ist das sozial gerecht, ich mache gleich einen Vergleich – Sie können dann aufmucksen und selbst herausgehen (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das lasse ich mir nicht nehmen!“) selbstverständlich, Herr Präsident, steht Ihnen frei – 25.000 Schilling verdient eine Familie, wo der Mann alleine arbeitet. 25.000 Schilling verdient eine Familie, Mann und Frau beschäftigt, alle zwei kriegen 12.500 Schilling. Und jetzt führen wir das sozial gerechte Karenzgeld für alle ein, 5600 Schilling. Der eine kriegt die 5600 Schilling dazu, der hat den Alleinverdienerbetrag. Die anderen, die 25.000 Schilling zu zweit haben und die Frau jetzt nicht mehr 12.500 Schilling verdienen kann, die kriegt nur mehr 5600 Schilling, die fallen herunter, und die anderen kriegen eine Steigerung. Ist das sozial gerecht? (Beifall bei der SPÖ.) Eine Versicherungsleistung müssen wir beanspruchen für alle Frauen, alleinstehende Mütter – und ich lade Sie ein, gehen Sie einmal mit oder fahren Sie

einmal mit nach Knittelfeld oder wo immer Sie hin wollen, wo alleinstehende Frauen Kinder haben und arbeiten gehen müssen, die würden gerne daheimbleiben, aber mit 5600 Schilling Karenzgeld kann sie oft nicht einmal die Miete zahlen. Das ist der feine Unterschied. Aber wenn wir die Diskussion führen, Erhöhung der Versicherungsleistung, Wiedereinführung der Karenzzeit von zwei Jahren, die sie uns durch das Sparpaket weggenommen haben, da könnten wir gemeinsam etwas tun, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – 15.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (15.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vielleicht eines vorweg, weil die Frau Abgeordnete Kaufmann von glücklichen Kindern gesprochen hat und so weiter. Ich darf eines hier sagen. Was wir alle sicher wollen, daß es nur glückliche Kinder gibt, und keine anderen, und sind wir froh darüber, wenn sich Menschen zu einer Mehrkindfamilie bekennen. Ich glaube, damit ist die Kritik an jenen aus dem Weg geräumt, die Mütter beziehungsweise Eltern von mehreren Kindern sind. Und ich darf Sie bitten, auch in der Diskussion in Zukunft von persönlichen Attacken Abstand zu nehmen, Teil eins.

Teil zwei, Frau Abgeordnete Barbara Gross hat die Frage gestellt, ist es richtig, daß Billa unbedingt offenhalten muß? Nun darf ich sagen, im Interesse der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, ich denke damit aber auch an die Kleineren, sind wir sicher nicht dafür, daß wir am Sonntag arbeiten und am Sonntag offen halten. Das ist kein Thema, da sind wir eines Sinnes. Nur, wenn es Sondergenehmigungen gibt, liebe Barbara Gross, dann müssen wir uns zusammensetzen, um jenes Gesetz auszuarbeiten, daß man tatsächlich sagt, die einen, nämlich die ganz Kleinen, dürfen aufsperrn, und die Filialisten nicht. So einfach kann man es nicht machen, selbst auch, wenn man sagt, ein Lebensmittelgeschäft darf nicht aufmachen, aber der Andenkenhändler hat die Erlaubnis dazu. Nun ist die Frage, wenn jetzt ein Lebensmittelhändler in seinem Sortiment auch diese Andenken führt in einem touristischen Gebiet! (Abg. Gross: „Jetzt sind wir wieder bei der Kinderbetreuung. Die Frauen wissen nicht, wohin sie ihre Kinder geben sollen. Wenn nicht Kolleginnen die Kinder genommen hätten, wären diese auf der Straße gestanden, wenn es keine Oma und keinen Opa gab!“) Nein, Barbara Gross, entschuldige bitte, ich bin dafür, daß man am Sonntag nicht offen hält. Ich bin dafür, daß man dort nicht offen hält! Wenn du Ausnahmen wünschst (Abg. Gross: „Warst du in Knittelfeld?“), dann müssen wir uns zusammensetzen und das gesetzlich eben so formulieren, daß deine Vorstellung dort berücksichtigt wird.

Ich kann mir das vorstellen. Ich bin sicher nicht dafür (Abg. Gross: „Das ist der erste Schritt zur Sonntagsarbeit!“), daß es in der Shopping City Süd genauso ist wie in anderen Einkaufszentren, daß die Großen dort offen halten und die Kleinen dort niederkonkurrenzieren. Das ist sicher eine Diskussion wert, das ist aber sicher auch eine Gesetzesänderung wert.

Wenn du das wünschst, ich bin dazu gerne bereit, in einem Unterausschuß mit dir darüber zu diskutieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.20 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (15.20 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Gennaro hat wörtlich gemeint, „die Freiheitlichen sollen nicht aufmucken“, und ich möchte an dieser Stelle feststellen, wir Freiheitliche mucken auf, wo wir wollen, wann wir wollen und wie oft wir wollen. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist unser demokratisches Recht, und niemand in diesem Haus wird uns daran hindern können, von unserem Recht Gebrauch zu machen.

Geschätzte Kollegen von der ÖVP und SPÖ, die Misere im Familienbereich, die haben Ihre Regierer auf Bundesebene zu verantworten. Ihre Regierung hat die Sparpakete beschlossen, die den Familien 25 Prozent an Familienleistungen weggenommen haben. Und daß heute keine Frauen mehr Familien gründen wollen und Kinder haben wollen, das ist der Erfolg, den Sie für sich verbuchen dürfen. (Beifall bei der FPÖ.)

Mich wundern auch die Worte, wenn die Frau Dr. Reinprecht meint, Machtposition der Frau in der Familie. Für mich ist Familie eine Partnerschaft, und da geht es nicht um Macht! (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn sie unter anderem auch sagt, Karenzgeld ist ein Ersatz für Erwerb. Natürlich ist es als solches eingeführt worden, aber man muß auch wissen, daß mehr als 70 Prozent des Karenzgeldes aus dem Familienlastenausgleichsfonds bezahlt werden, und daher ist es das legitime Recht für alle Mütter, Karenzgeld zu beziehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Kollegin Beutl, ob es Ihnen gefällt oder nicht, der Kinderbetreuungsscheck ist zukunftsweisend, und wenn mehr als 80 Prozent der Frauen in diesem Land mit der derzeitigen Karenzgeldregelung nicht zufrieden sind, so ist es politische Arroganz zu glauben, man muß bei diesem System bleiben, und wagt nicht den Schritt über die Grenze hinaus. (Abg. Beutl: „Zahlen müssen wir ihn können, finanzieren müssen wir ihn können!“)

Frau Kollegin, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn wir 8 Milliarden im Familienlastenausgleichsfonds haben, dann wird das wohl auch finanzierbar sein. Und Sie müssen es auch wieder den Familien zuführen. Das müssen Sie halt einmal Ihren Kollegen im Nationalrat sagen!“ – Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Selbstverständlich bringen wir es durch, obwohl wir in der Minderheit sind!“)

Das Österreichische Institut für Familienforschung hat errechnet, daß der Kinderbetreuungsscheck finanzierbar ist, und ich glaube, wenn dieses Institut auf Basis reeller Zahlen errechnet, daß das Modell finanzierbar ist, dann brauchen wir als Abgeordnete uns nicht darüber zu streiten, ob finanzierbar oder nicht. Wo ein Wille ist, ist ein Weg!

Und enttäuscht bin ich schon, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß Sie sich darüber noch freuen, daß ein Projekt mißlingt, das für Frauen, für Mütter in diesem Land ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Hauptsache, die Freiheitlichen haben keinen Erfolg, obwohl es die gleiche und die gute Idee ist. Das ist es!“)

Wir alle, wenn wir verantwortungsvolle Politiker sein wollen, so sind wir alle gefordert, neue Lösungen zu suchen und auch einmal den berühmten Blick über den Zaun hinaus zu wagen. Wenn es in Norwegen ein vernünftigeres Modell gibt, dann sollten wir nicht anstehen, auch dieses Modell in Österreich einzuführen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir Freiheitliche werden auf jeden Fall weiterhin für diese sinnvolle Einrichtung Kinderbetreuungsscheck kämpfen, ob es paßt oder nicht. (Beifall bei der FPÖ. – 15.24 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (15.24 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist wichtig, diese Familiendebatte zu führen, aber das Soziale hat eigentlich auch andere Aufgaben. Daher einleitend von mir nur drei Sätze zum Familienbereich.

Wenn Finanzlandesrat Ressel von einem finanzpolitischen Verbrechen spricht, wenn wir jetzt 100 Millionen Schilling mehr für die Familien haben, dann sagt das alles, dann brauche ich das nicht kommentieren. Ich glaube, wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen, wenn wir jetzt beim Karenzgeld alle einer Meinung sind. Jetzt spreche ich die FPÖ an. Selbstverständlich müssen wir alles unternehmen, um auch zum Kinderbetreuungsscheck zu kommen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Zeit wird es, daß ihr die richtigen Schritte unterstützt!“)

Selbstverständlich müssen wir da auch alles unternehmen. Und ich wünsche, daß es in Kärnten gelingt. Hoffentlich ist es finanzierbar. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir bleiben bei unserer Meinung. Die Frage ist, was ihr tuts. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Zweiter Punkt: Die Frau Landeshauptmann hat hier in der Steiermark sehr wohl diese zusätzlichen 100 Millionen Schilling erreicht, mag es die SPÖ als finanzpolitisches Verbrechen sehen, wir sehen es als eine Wohltat für die steirischen Familien.

Aber jetzt zum Sozialkapitel direkt: Aus drei Gründen ist für mich dieses Kapitel von großer Bedeutung.

Erstens, weil hier 4,6 Milliarden Schilling zur Debatte stehen, 1991 waren es noch etwas mehr als 2 Milliarden. Ein riesiger Brocken im Budget.

Zweitens, weil im Sozialbereich im Gegensatz zu anderen Bereichen die Länder tatsächlich Gestaltungsmöglichkeiten haben. Hier funktioniert der Föderalismus. Hier könnten wir auch tatsächlich im Sozialen etwas erreichen.

Und drittens, weil gerade für uns als Christdemokraten (Abg. Huber: „Hoho!“) es eine selbstverständliche Aufgabe ist, mit jenen solidarisch zu sein, die unsere Unterstützung brauchen.

Und weil Sie lachen, Kollege Huber, wie hier das Geld verschleudert wird, von der Frau Landesrätin Rieder, das ist ein Skandal.

Ich sage Ihnen etwas, es ist kein Ressort so aufgebläht wie das Sozialressort. 72,5 Dienstposten sind in der Rechtsabteilung 9, der Fachabteilung für Sozialwesen, 72,5 Dienstposten. Eine unnötige Aufblähung der Zentralbürokratie. Wenn die Frau Landesrätin glaubt, daß Studien Sozialpolitik ersetzen können, irrt sie sich. Dort, wo sie Entscheidungen treffen müßte, dort werden millionenteure Studien angefertigt, um dann die Entscheidung hinauszuzögern. Das schadet den Behinderten im Bereich des Behindertenplanes. Und jetzt haben wir das Problem wieder im Jugendwohlfahrtsbereich mit der Heilpädagogischen Station. Pro Platz, der dort ist, geben wir mehr als 100.000 Schilling für eine Studie aus. Und dann rührt sich wieder nichts, weil inzwischen Landesrat Dörflinger und die im psychiatrischen Bereich schon schneller waren als wir im heilpädagogischen Bereich. Die Studie ist dann keinen Groschen wert, auch wenn diese Studie Millionen an Kosten verursacht hat.

Diese Doppelgleisigkeiten setzen sich fort. Die Mehrheit hier im Haus beschließt eine Patienten-anwaltschaft für den Pflegebereich und für den Spitalsbereich, wie es sich in den anderen Bundesländern bewährt. Was machen wir? Wenn Dörflinger so etwas hat, braucht auch Frau Landesrätin Rieder ihre eigene Anwaltschaft. Wieder Doppelgleisigkeiten, und wieder Millionen, und das alles auf Kosten derjenigen, die die Mittel dringend brauchen würden. Das sind nämlich die sozial Bedürftigen, die haben nichts von 72 Dienstposten hier in der Zentrale (Beifall bei der ÖVP.), von Studien um Millionen, von zwei Anwaltschaften.

Was macht denn einer, der das Pech hat, daß er in einer Pflegeanstalt ein Problem hat und dann ins Spital kommt? Wird er dann von der Anwaltschaft A zur Anwaltschaft B geschickt? Brauche ich dann einen dritten Anwalt, den Koordinierungsanwalt oder ich weiß nicht was, den Supervisionsanwalt? Das ist das Problem bei uns, daß hier nichts weitergeht.

Nächster Punkt. Die Gemeinden haben jetzt die integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel aufzubauen, eine riesige Aufgabe. Wo bleibt die Unterstützung von der Fachabteilung für das Sozialwesen? Nichts kommt von dieser Seite her. Sie werden alleingelassen. Ich war jetzt in einigen Bezirken unterwegs, die wissen gar nicht, wie sie weitermachen sollen. Das sind die Probleme.

Gleichzeitig haben wir eine Kostenexplosion im Sozialbereich, die wir in anderen Bereichen überhaupt nicht haben. Ich habe es vorhin schon gesagt, von etwas mehr als 2 Milliarden sind wir jetzt bei mehr als 4,5 Milliarden. Und das ist bei uns das Problem, das sage ich Ihnen ganz offen, wenn neue Ideen da sind, dann werden die verteufelt, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung hier eindeutig auf unserer Seite ist, das ist die Seite, die eher in dieser Hälfte des Hohen Hauses sitzt, und im eigenen Bereich, wo man die Verantwortung hätte, nämlich im Sozialbereich, haben

wir seit Jahren einen Stillstand. Wir werden nicht müde werden, das aufzuzeigen im Interesse der Schwächsten unserer Gesellschaft, denn dort landet immer weniger von dem Geld, das hier in der Zentralbürokratie und bei Studien steckenbleibt. (Beifall bei der ÖVP. – 15.29 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (15.29 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und Gäste!

Reinhold Lopatka, ein guter Tip: Gegen das Budget stimmen!

Wird nicht anders gehen, die Kritik, die du teilweise bringst, ist teilweise für mich nachvollziehbar, teilweise nicht. Dermaßen flammende Reden über fünf-einhalb Minuten halten und dann für das Budget stimmen, da paßt irgend etwas nicht zusammen, Punkt eins.

Punkt zwei, zur Familiendebatte, wie wir sie gerade hier im Landtag erleben. Unser familienpolitischer Zugang ist der, daß eine Familie, wurscht, wer da mit wem zusammenlebt, dann funktioniert, wenn die Partner und Partnerinnen annähernd gleichberechtigt sind. Und das ist in Österreich, in der Steiermark und in diesem Teil unserer Kultur einfach nicht gegeben. Es liegt auf der Hand, daß wir noch immer ein patriarchales System haben. Es liegt auf der Hand, daß Frauen, Kinder, übrigens auch ältere Personen oder Personen, die nicht der männlichen weißen mitteleuropäischen Norm entsprechen, diskriminiert werden.

Dritter Punkt, zum Zahnspangenvolksbegehren der ÖVP, wo ich ja sehr gespannt bin, ob die Freiheitlichen das mitunterstützen werden. Das ist ein Volksbegehren, das indirekt Schützenhilfe für unseren Steirer Familien- und Jugendminister Bartenstein sein wird. Bei diesem Zahnspangenvolksbegehren wünscht sich der ÖVP-Familienbund zwar Gratiszahnspangen für alle und jeden, es kommt aber kein Wort vor, wie man junge Leute und insbesondere Mädchen adäquat in einen Lehrstellenmarkt integrieren kann, und zwar nicht so, daß sie nur Friseurinnen und Blumenhändlerinnen werden beziehungsweise Zahnarztgehilfinnen. In diesem Zahnspangenvolksbegehren kommt mit keinem Wort vor, wie Frauen auf der Ebene der Einkommensgerechtigkeit in der Steiermark und in Österreich diskriminiert werden. Für mich ist Frauen- und Familienpolitik entkoppelt zu behandeln und hat viel mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun. Solange es nicht möglich ist, in diesem Haus das anzusprechen, werden wir eine reaktionäre und verkürzte frauen- und familienpolitische Debatte führen, wie wir es jetzt gerade von Teilen der ÖVP und der Freiheitlichen serviert bekommen haben.

Einkommensstatistik in der Steiermark, unselbstständig Beschäftigte, das mittlere Bruttoeinkommen eines Mannes lag bei auch noch verbesserbaren 22.152 Schilling, bei Frauen bei 17.360 Schilling, und da reden wir über absolut vergleichbare Tätigkeiten, Punkt eins.

Punkt zwei, zum Kinderbetreuungsscheck, den die Freiheitlichen so vollmundig ausführen. Wie stellen Sie sich das vor, wenn Sie ein behindertes Kind haben, wie stellen Sie sich das vor, wenn Sie, aus welchen Gründen auch immer, Ihr Kind in eine Krabbelstube geben wollen? Es gibt in einem Drittel der steirischen Bezirke keine Krabbelstube. Der Kinderbetreuungsscheck – das sind ein paar 1000 Schilling im Monat (Abg. Schinner: „5700 Schilling sind nur ein paar 1000 Schilling?“), wie wollen Sie den adäquaten und menschenrechtspolitisch voll zu verantwortenden Betreuungsbedarf von einem behinderten Kind finanzieren, wo der Tagsatz mehrere 1000 Schilling umfaßt? Sie wissen ganz genau, daß Ihr Kinderbetreuungsscheck massive Einsparungen im Bereich der „Angebote“, Angebote unter Anführungszeichen, weil das eigentlich Selbstverständlichkeiten sind, für Frauen kommt, die vorher im Erwerbsleben sind. Das heißt, es gibt kein Karenzgeld mehr, es gibt keinen Notstand mehr, es gibt keinen Sondernotstand, es gibt keine Familienbeihilfe mehr, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die der Familienbeihilfe beigegeben haben, wie übrigens auch unsere Fraktion. Das heißt, wenn Sie den Kinderbetreuungsscheck forcieren, forcieren Sie einen Sozialabbau, und Sie hindern Frauen daran, oder auch Männer, nach der Kinderbetreuungszeit wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Der Kinderbetreuungsscheck ist mit Sicherheit eine Variante, Frauen und Männer, die Kinder betreuen wollen, daheim zu lassen und sie nicht mehr in den Erwerbsarbeitsmarkt zu integrieren. (Abg. Dietrich: „Freie Entscheidung!“)

Und ein letztes Thema noch. Ich denke, wenn man Familie so definiert, daß man sagt, es ist eine Art von selbstbestimmt leben in Konstellationen, die man sich selber aussucht und wie sie nicht von Staats wegen zu verordnen sind, dann muß man auch dazu stehen, daß diskriminierte Familienmitglieder – und das sind Frauen und auf einer anderen Ebene dann wieder Kinder –, daß die adäquat integriert werden, daß die gesellschaftspolitisch mehr ins Zentrum gerückt werden. Es gibt genug Sexismus – übrigens auch hier im Hohen Landtag –, es gibt genug Arten von Ausgrenzungen, gerade gegenüber Frauen, die anders leben, die rebellisch leben, und den wenigen Männern, die das probieren, geht es meistens auch nicht besonders gut. Für mich ist eine sinnvolle Art der Diskussion, wie wir sie jetzt führen, sich dafür einzusetzen, daß es in der Steiermark ein Frauenreferat gibt, wo man parteiische Frauenpolitik macht. Ich mache auf unseren Antrag aufmerksam.

Die Freude der Freiheitlichen zeigt mir, wie distanziert sie zu dieser Art von emanzipatorischer Frauenpolitik sind, Punkt eins. Zweiter Punkt, eine Zufluchtstätte für mißhandelte Frauen und Kinder auch in der Obersteiermark.

Und der dritte Punkt, daß man es endlich schafft, Frauen- und Familienpolitik aus emanzipatorischer Sicht anzugehen und aus Antidiskriminierungssicht und einer Sicht des selbstbestimmten Lebens, auch wenn das bei den Ausgrenzungsvarianten, die bei uns laufen, mehrheitlich von bestimmten Regierungsfractionen getragen, wahrlich nicht einfach ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (15.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Hohen Landtages!

Weil wieder einmal im Zusammenhang mit der Personalkostenentwicklung hier im Land direkt oder unterschwellig, je nach Situation, so wie man es halt braucht, ständig von den erheblichen Personalkostensteigerungen in den Sozialdemokratischen Regierungsbüros gerne gesprochen wird, ist es, glaube ich, höchst an der Zeit, ganz klar und deutlich aufzuzeigen, wie so die Realitäten, die Wahrheit, die Gegebenheit, die wirkliche, wirklich aussieht.

Zunächst einmal vorweg, es ist eine bekannte Tatsache, daß auf Grund des Wählerwillens bei der letzten Landtagswahl die Sozialdemokraten 70 Prozent des Landesbudgets, sozialdemokratische Regierer 70 Prozent des Landesbudgets und damit auch wesentlich mehr Landesdienststellen zu verantworten haben und entsprechende Landesdienststellen in ihrem Verantwortungsbereich haben. Hingegen hat die steirische Volkspartei, wie wir auch wissen und es ja auch in der Öffentlichkeit hinlänglich bekannt ist, eine ganze Menge Zuständigkeiten verloren. Ich nenne beispielsweise die Schwerpunkte Kultur, die jetzt bei Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner ist, ich nenne den Verkehr, ein Riesenressort, jetzt bei Landesrat Ressel, ich nenne die Jugend, jetzt bei Landesrat Dörflinger und ich nenne auch das Wohnungs- und Siedlungswesen, jetzt bei Landesrat Schmid. Trotzdem sind in Wahrheit die Posten der Österreichischen Volkspartei in den Regierungsbüros gleich geblieben, zumindest gleich geblieben. Und um der Wahrheit ganz und gar zu ihrem Recht zu verhelfen, einige Zahlen und Fakten dazu.

Regierungsbüro Landeshauptmann Krainer: Damals – 1993 – waren es 33 Dienstposten, Landeshauptfrau Klasnic – 1998 – 34 Dienstposten.

Landesrat Hasiba – jetzt Präsident – hatte 1993 12,5 Dienstposten in seinem Regierungsbüro, der Landesrat Hirschmann hat im gleichen Ressort jetzt – 1998 – 13,75 Dienstposten.

Weiter vielleicht noch in der Liste: Im Wirtschaftsressort hatte damals Frau Landesrätin Klasnic – 1993 – 16 Dienstposten, Landesrat Paierl – 1998 – 17 Dienstposten.

Also, lieber Herr Dr. Lopatka, wenn Sie hier der Frau Landesrätin das vorwerfen, was Sie gesagt haben (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist viel weniger, als ihr uns geblecht habt!“), können Sie gleich wieder zusammenpacken. Seien Sie vorsichtig, der Schmäh zieht bei uns wirklich nicht. Das ist völlig überflüssig, was Sie hier aufführen. Das sind die Fakten, nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ. – 15.39 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Landesrätin Dr. Rieder das Wort.

Landesrätin Dr. Rieder (15.39 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Gestatten Sie, bevor ich zu den Zahlen des Budgets im kommenden Jahr zu sprechen komme, ein Zitat, und zwar vom ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Er sagt wörtlich: „Der Staat ist nicht die einzige und schon gar nicht die totale Ordnung. Er ist kein geweihtes Über-Ich und besitzt nicht das Amt der Letztinstanzlichkeit für Menschen. Aber in aller Vorläufigkeit dieser Erde hat er die Aufgabe, als haltende Kraft dem Menschen zu dienen und ihm die Selbstverwirklichung und Freiheit zu ermöglichen, gerade auch die Freiheit der Schwachen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Jahren und Monaten es stets als meine Aufgabe betrachtet, gerade den schwachen und den an den Rand der Gesellschaft gedrängten Personen diese Selbstverwirklichung und diese Selbstbestimmung soweit als nur möglich zu ermöglichen. Als Sozialdemokratin, als zuständige Landesrätin und vor allem als Mensch bin ich der Überzeugung, daß das Motto einer humanen, gerechten und sozialen Politik nicht versorgen und abschieben heißen kann. Es kann nur heißen helfen und integrieren. Und an diesem Leitspruch wird auch der Zustand, ich möchte sagen, die Qualität unserer Gesellschaft gemessen. (Beifall bei der SPÖ.)

Diesem Anspruch gerecht zu werden wird immer schwieriger. Das Diktat des Rechenstiftes macht da vor dem Sozialressort nicht halt, und man hat den Eindruck, daß die Begriffe „Soziales“ und „Sparen“ reflexartig miteinander verbunden werden. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, daß auch im Sozialbereich die Treffsicherheit und die Effizienz überprüft werden, aber ich möchte für meinen Kompetenzbereich gleichzeitig in Anspruch nehmen, daß diese Treffsicherheit und diese Kompetenz tatsächlich gegeben sind und auch wahrgenommen werden.

Dazu kommt, daß im Sozialbereich – auch das ist heute schon angesprochen worden – 97 Prozent der Leistungen Pflichtleistungen sind. Das heißt, unter der Erfüllung gewisser Voraussetzungen haben die Menschen in diesem Land einen Rechtsanspruch, diese Leistung zu erhalten. Und ich möchte daran erinnern, daß es sich um Landesgesetze handelt, die hier im Hohen Haus beschlossen wurden. Das möchte ich vor allem an jene Adresse richten, an die Damen und Herren, die von einem falschen Einsatz der finanziellen Mittel heute gesprochen haben.

Es ist darüber hinaus eine Tatsache, daß der Aufgabenbereich des Sozialreferates ständig größer wird. Dies resultiert nicht aus einer ausufernden Sozialbürokratie, wie manche polemisch heute behaupten, sondern ergibt sich ausschließlich aus der Verantwortung für die Menschen in diesem Land.

Das so oftmals gehörte Postulat, man müßte nur alles der freien Wirtschaft und dem Wettbewerb überlassen, mag ja in vielen Bereichen seine Berechtigung haben, es gilt aber sicherlich nicht für den Sozialbereich. Es führt nämlich für jene Leute, die sozial schwach sind, die physische Problem haben, für Kranke und Pflegebedürftige nur allzuoft in die Katastrophe.

So wird zum Beispiel die Integration von behinderten Menschen unter den derzeitigen arbeitsmarktpolitischen Voraussetzungen zunehmend schwieriger. Hier ist es die Aufgabe des Sozialressorts, Strategien zu entwickeln, um gerade diesen Menschen zu helfen. Aus diesem Grund wurde auch bei der Erstellung des Behindertenplanes dem Modul „Arbeit“ oberste Priorität eingeräumt.

Die Erstellung des Behindertenplanes sieht vor, daß unter Einbindung der Behinderten die Dienstleistungen und Angebote für behinderte Menschen in diesem Land neu formuliert werden sollen. Wir haben die Arbeiten zu den Modulen „Wohnen“ und „Arbeit“ vor kurzem abgeschlossen. Es werden die Ergebnisse in den kommenden Monaten in sechs Pilotprojekten erprobt. Und wenn dann eine Evaluierung dieser Pilotprojekte stattgefunden hat, bin ich dafür, daß wir ein neues Steirisches Behindertengesetz in der Steiermark haben sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber nicht nur Behinderten, auch Frauen und Jugendlichen mit Qualifikationsdefiziten bläst ein rauher Wind auf Grund der Gegebenheiten am Arbeitsmarkt ins Gesicht. Hier wird versucht, mit dem Jugendbeschäftigungsprogramm JOB 2000 entsprechend gegenzusteuern. Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei statistische Zahlen des AMS nennen, die aussagen – und das macht deutlich, wie notwendig diese Maßnahmen sind –, während die Zahl der Arbeitslosen ohne Pflichtschulabschluß auf 8,1 Prozent gestiegen ist, war bei den Arbeitslosen mit Pflichtschulabschluß lediglich eine Steigerung der Arbeitslosenrate um 0,7 Prozent zu verzeichnen. Diese Zahlen zeigen ganz deutlich, daß man ohne entsprechende Qualifizierung am Arbeitsmarkt überhaupt keine Chancen mehr hat, und beweisen umso deutlicher die Notwendigkeit unserer oder meiner Maßnahmen im Bereiche der Beschäftigung von sozial schwachen Menschen.

In der Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren, zählen rund 5000 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren zu den unmittelbar Betroffenen. Sie haben einerseits auf Grund der Richtlinien im Jugend-NAP keine Berücksichtigung gefunden, sind aber andererseits auf Grund ihrer Persönlichkeitsstruktur, sei es im sozialen, physischen oder psychischen Bereich, am Arbeitsmarkt schwerstens benachteiligt. Es freut mich deshalb, Ihnen heute wiederum mitteilen zu können, daß es gelungen ist, bis zum Ende des kommenden Jahres im Rahmen des Jugendbeschäftigungsprogrammes JOB 2000 1000 Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsplätze schaffen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles – und damit komme ich zu den Zahlen des Sozialbudgets – kostet natürlich Geld. Im Sozialhaushalt 2000 werden insgesamt 3,3 Milliarden Schilling budgetiert, 1,2 Milliarden Schilling sind als Einnahmen vorgesehen, so daß ein Betrag von 2,1 Milliarden Schilling im Sozialbereich als Nettoaufwand vorgesehen ist.

Bei den Ausgaben entfallen rund 1,3 Milliarden Schilling auf die Sozialhilfe. Die Behindertenhilfe beläuft sich inklusive des Pflegegeldes auf 1,5 Milliarden. Für die Jugendwohlfahrt werden im kommenden Jahr knapp 400 Millionen Schilling zur Verfügung

stehen. Darin ist bereits enthalten der Ausbau weiterer Kinderschutzzentren, die ich für überaus wichtig und notwendig erachte.

Die unterschiedlichen Maßnahmen zur Arbeitsförderung, wie zum Beispiel das sozialpolitische Beschäftigungsprogramm, mit dem wir 1700 Arbeitsplätze schaffen wollen, oder das Jugendbeschäftigungsprogramm JOB 2000 sind mit zirka 100 Millionen Schilling dotiert, die Kriegsopferversorgung und Flüchtlingshilfe mit 86 Millionen, und der Betrieb der zehn landeseigenen Heime wird im kommenden Jahr 96 Millionen Schilling ausmachen.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß ich für Lehrlingsprojekte 7 Millionen Schilling vorgesehen habe. Darunter auch die Lehrwerkstätte in Fohnsdorf. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, bei Ihrer Interpretation dieser Zahl nochmals zu bedenken, daß hinter diesen Aufwendungen Tausende Steirerinnen und Steirer stehen, die auf diese Leistungen angewiesen sind. Und nicht vergessen darf man auch, daß mit diesen Mitteln 10.000 Beschäftigte Arbeit finden, und damit verbunden ist natürlich auch die Existenzgrundlage für Tausende steirische Familien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs erwähnt, daß das Motto einer modernen, humanen und auch gerechten Sozialpolitik nur heißen kann, helfen und integrieren. Das vorliegende Sozialbudget wird meiner Ansicht nach diesem Anspruch gerecht. Es ist aber auch darüber hinaus ein vertretbarer und ausgewogener Ausgleich zwischen den unterschiedlichsten Interessengruppen. Natürlich würde ich mir mehr wünschen, wer würde sich nicht mehr wünschen, aber auch im Hinblick auf das Gesamtbudget gilt für mich hier auch die Ausgewogenheit. Ich danke den Regierungskollegen meiner Fraktion – im besonderen natürlich dem Finanzreferenten –, daß sie soviel Verständnis und Unterstützung für mich aufgebracht haben. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich unterstütze Sie aber auch!“) Herr Kollege Paierl, ich danke auch Ihnen und Ihrer Regierungsmannschaft, allerdings ist die Unterstützung offenbar an den Kollegen Lopatka nicht durchgedrungen. Nach seiner Wortmeldung könnte ich glauben, ihr habt ärgste Vorwürfe für die Zustimmung bekommen. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Vielleicht sollte ich Sie noch mehr unterstützen!“)

Ein Danke auch an die Abteilungsvorstände Dr. Knapp und Frau Mag. Buchacher und die Mitarbeiter für die so wertvolle Arbeit mit viel Initiative und Engagement während des ganzen Jahres. Ich danke auch meinem Büro, und nun ersuche ich Sie, diesem Budget Ihre Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.50 Uhr.)

Präsident: Danke, wir kommen nun zu 13 Abstimmungen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der FPÖ, betreffend die Verdoppelung der Pendlerbeihilfe, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der FPÖ, betreffend Erhöhung der Mittel für die Steirische Familienbeihilfe, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der FPÖ, betreffend Bereitstellung der erforderlichen Budgetmittel für ein obersteirisches Frauenhaus, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen, betreffend obersteirisches Frauenhaus, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Fünftens: Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten zum Ersten Teil der Gruppe 4 (Ansätze 41 bis 46) des Landesvoranschlages 2000 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Sechstens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Umsetzung der Erhöhung der steirischen Pendlerbeihilfe, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Siebtens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Beteiligung an der Finanzierung eines Frauenhauses in der Obersteiermark, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Achtens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Analyse von Pflegeheimen, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Neuntens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Förderung von Blinden, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zehntens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Behinderntenplan/Sozialplan, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Elftens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Einrichtung eines Frauenreferates, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Zwölftens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF, betreffend Frauenhaus in der Obersteiermark und Einrichtung einer Frauenberatungsstelle, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

13.: Die Damen und Herren, die dem Entschlie-
bungsantrag des LIF, betreffend Finanzierung des Pro-
jektes „Flying Nannies“ und längerfristige finanzielle
Absicherung von Frauenprojekten, zustimmen, bitte
ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum
Zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung (An-
satz 48).

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter, Abgeord-
neten Schinnerl, hiezu das Wort.

Abg. Schinnerl (15.54 Uhr): Geschätzte Damen und
Herren!

Ich berichte über den zweiten Teil der Gruppe 4,
Wohnbauförderung, mit den Abschnitten und Unter-
abschnitten zum Ansatz 48 Wohnbauförderung.

480 Allgemeine Wohnbauförderung, 482 Wohn-
bauförderung, 483 Förderung der Wohnhaussanie-
rung, 484 Förderung der Althausanierung, 485
Bundessonderwohnbaugesetze, 489 Sonstige Maß-
nahmen.

Das ergibt im Ansatz 48 Einnahmen von
4.689,782.000 Schilling und Ausgaben beim Ansatz 48
Wohnbau 4.722,426.000 Schilling. Ich bitte um An-
nahme.

Präsident: Danke dem Herrn Berichterstatter.

Abg. Schinnerl: Herr Präsident (Präsident: „Ent-
schuldigung!“), ich habe noch einen Mündlichen Be-
richt zu machen.

Mündlicher Bericht Nr. 253:

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am
23. Juni 1999 zur Regierungsvorlage, Einl.-
Zahl 1203/1, betreffend den Landesvoranschlag 2000,
den Dienstposten und den Systemisierungsplan der
Kraftfahrzeuge, über Entschließungsanträge beraten
und zur Gruppe 4 – Wohnbauförderung – nach-
stehende Beschlüsse gefaßt:

Antrag: Der Landtag wolle zur Regierungsvorlage,
Einl.-Zahl 1203/1, folgende Entschließungsanträge be-
schließen: zu Gruppe 4 – Wohnbauförderung:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufge-
fordert, die Förderung der Sanierung von Wohn-
häusern und Wohnungen zu forcieren und die Höhe
der förderungswürdigen Darlehen von höchstens
250.000 Schilling je Wohnung auf 500.000 Schilling je
Wohnung anzuheben. (Antragsteller: Straßberger und
Rieser.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufge-
fordert, erstens dem Landtag raschestmöglich Regie-
rungsvorlagen zu Gesetzesnovellen (wie insbeson-
dere zum Kanal-, Kanalabgaben-, Gemeindewasser-
leitungs-, Wasserleitungsbeitrags-, Abfallwirtschafts-,
Feuerpolizei-, Bau- und Raumordnungsgesetz sowie
zur Kehrordnung) vorzulegen, mit denen eine Sen-
kung der Wohnungsnebenkosten möglich ist, sowie
zweitens ihre Verordnungen ebenfalls zur Erreichung
des Zweckes des ersten Punktes abzuändern. (Antrag-
steller: Dipl.-Ing. Grabner, Schleich, Majcen.) Ich
danke für Ihre Aufmerksamkeit! (15.56 Uhr.)

Präsident: Aber jetzt, Herr Berichterstatter, sind wir
soweit. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Majcen
als erstem Hauptredner, wie er mir sagt als Kontra-
redner, das Wort.

Abg. Majcen (15.56 Uhr): Das weiß man eigentlich
nie genau. Bitte am Ende selber beurteilen!

Meine Damen und Herren, in dieser Woche, in
diesen Tagen hat es sowohl im „Kurier“ als auch im
„Standard“ Wortmeldungen beziehungsweise Presse-
meldungen gegeben, die uns nachdenklich stimmen.
Überschrift: „Die verschwendeten Milliarden“, das ist
der „Kurier“ vom 28. Juni. Der „Standard“ vom 29.:
„Die Milliarden der Wohnbauförderung sind nahezu
nutzlos.“ Grundlage dieser Berichte im „Standard“, im
„Kurier“ und auch in anderen Medien ist die Bericht-
erstattung über eine IHS-Studie aus dem Mai dieses
Jahres. Ich kenne die Details dieser Studie nicht.

Ich nehme an, kaum jemand wird sie kennen.
Vielleicht gibt es jemand im Haus, der sie kennt. Dort
drinnen wird festgestellt, daß die Entscheidung der
Österreicher und damit auch der Steirerinnen und
Steirer, Wohnungen zu kaufen oder in ihren Bau zu
investieren, von den Kosten der Wohnbaufinanzierung
kaum beeinflußt werden. Das Einkommen und der
Zuwachs der erwachsenen Bevölkerung bestimmen
die Nachfrage, und nicht die Wohnbauförderung. Die
Wohnbauförderung spielt nach Aussage dieser Studie
kaum eine Rolle.

Der Bund gibt pro Jahr 32 Milliarden Schilling für
die Wohnbauförderung aus. Die Steiermark bekommt
davon ungefähr 3,5 Milliarden plus Rückflüssen, die
zur Verfügung stehen, also insgesamt für den Wohn-
bau ungefähr 4,5 Milliarden Schilling.

IHS-Chef Felderer sagt, daß eine einprozentige Stei-
gerung der Einkommen der österreichischen Bevölke-
rung eine Nachfrageerhöhung von ebenfalls einem
Prozent bedeutet. Auch – und das wird in dieser Studie
ausgeführt – deutsche Erfahrungen zeigen, daß die
Preise und die Zinshöhe nahezu keinen Einfluß auf das
Nachfrageverhalten hätten.

Eine Folgerung dieser Studie lautet: Mehr Miet-
wohnungen, damit Erhöhung der Mobilität, und
verschiedene andere Dinge, die man hier aus dem
Zeitungsartikel nicht klar erkennen kann.

Ich kann das nicht glauben. Ich kann nicht glauben,
daß die Wohnbauförderung eine Verschwendung von
Milliarden darstellt, aber es scheint statistisch richtig
zu sein, sonst würde ein so renommiertes Institut wie
das IHS damit nicht an die Öffentlichkeit gehen.

Ich habe folgende Sorge: Die Sorge heißt Finanz-
ausgleich, der auf uns zukommt, Änderung des
Finanzausgleiches, und mit solchen Studien mög-
licherweise die Verminderung, Verkleinerung, Ver-
kürzung der Wohnbauförderung, die vom Bund den
Ländern zur Verfügung gestellt wird. Und das hätte für
uns fatale Folgen. Ich stelle fest, meine Damen und
Herren, wir brauchen die Wohnbauförderung, wir alle
brauchen sie. Wir brauchen sie im Einfamilien-
hausbau. Ich möchte nicht wissen, wie dieses Land
ausschauen würde ohne Wohnbauförderung im Ein-
familienhausbau. Noch immer werden pro Jahr
zwischen 2000, 2500 bis 3000 Einfamilienhäuser
gebaut. Wir brauchen die Wohnbauförderung im

Geschoßwohnbau, egal, ob Wohnungseigentum oder Mietwohnungen. Wir brauchen sie in der Sanierung, und wir brauchen sie beim Wohnbauschek. Es gäbe in der Steiermark viele, viele Wohnungen nicht ohne die Wohnbauförderung.

Ein weiterer Schluß, der aus diesen Erkenntnissen zu ziehen ist: Es ist mangels statistischen Materials nicht möglich, die Wirkung der Subjektförderung, die ansatzweise – auch in der IHS-Studie angedeutet – in einigen Bundesländern stattfindet, abzuschätzen.

Ich komme zurück auf einen Antrag, den die Österreichische Volkspartei vor einiger Zeit – es ist sicher ein halbes, Dreivierteljahr her – eingebracht hat, der auch beschlossen wurde und von dem wir bis heute nichts mehr gehört haben. Wir haben damals verlangt ein statistisches und gleichzeitig prognostisches Programm für den Wohnbau mit der Absicht, daraus abzulesen zu können, was im Wohnbau richtigerweise zu tun ist.

Es geht hier nicht um Arbeitsbeschaffung für eine Abteilung, die im übrigen – und das möchte ich hier ganz eindeutig sagen – ausgezeichnet arbeitet und bei der ich mich namens meiner Fraktion sehr herzlich bedanke, sondern es geht um Grundlagen für mittel- und langfristige Entscheidungen auf dem Wohnbau-sektor.

Ich stelle folgendes fest, und es wird Sie überraschen: Der Wohnbau in der Steiermark ist in Ordnung. (Beifall bei der FPÖ.)

Es gibt ein gutes Angebot an allen Wohnformen, fallweise da und dort ein Überangebot, hat sich in den letzten Jahren entwickelt, ist aber nicht Schuld der Wohnbauförderung, ist Schuld anderer Umstände. Alle Wohnbauträger bemühen sich um den Wohnbau. Hier ist Dank an die Wohnbauträger angebracht. Und es ist auch angebracht, den Gemeinden zu danken, die sich auch, vor allem im Geschoßwohnbau, sehr bemühen.

Die Prüfungsberichte, die es gibt – und Sie können alle Prüfungs-Ausschußsitzungen verfolgen –, sind in den letzten Jahren positiv. Das heißt, die strenge Kontrolle im Wohnbau hat gute Früchte getragen.

Die Wohnbaupreise sind vergleichsweise stabil, die Kosten für die Wohnungswerber zum Teil sogar gesunken. Das ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, unter anderem auch auf das derzeit niedrige Zinsniveau.

Die meisten, das heißt alle Beschlüsse bezüglich des Wohnbaus wurden im Landtag einstimmig gefaßt. Und erst in der vergangenen Woche hat der zuständige Landesrat eine Novellierung der Durchführungsverordnung in die Regierung eingebracht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Diese Woche!“) Diese Woche erst eingebracht und schon beschlossen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Am Montag eingebracht und auch schon beschlossen!“) Sehr gut. Ich wollte das nur sagen. Ich komme eh dazu. Er hat das natürlich wie fast immer so gemacht – aber ich verstehe das –, daß er jemanden von anderen Parteien natürlich nicht informiert hat, er hat das hingelegt und gesagt, da ist es.

Aber nachdem es gescheit ist, was hier verlangt wird, sind wir selbstverständlich dafür. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ohne Streit, Franz, ihr habt vier

Regierungsmitglieder, und ich habe es zur Auflage eingebracht!“) Ja, sage ich eh, ich habe ja nichts dagegen. Ich möchte das ja nur so sagen, die mangelnde Information, die von den Freiheitlichen in anderen Bereichen oft beklagt wird, wird vom Regierungsmitglied der FPÖ selbstverständlich als Mittel der alleinigen Inanspruchnahme aller Überlegungen und Handlungen in diesem Bereich eingesetzt.

Aber das verstehen wir, und es macht auch nichts. Es ist so, und ich stehe dazu, daß wir mit all dem, was in dieser Verordnung drinnen ist, einverstanden sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist so, daß – und ich habe die Unterlagen da – alle Punkte auch mit dem übereinstimmen, was wir mehrmals gefordert und verlangt haben, zum Beispiel Ausweitung der Sanierung. Wir haben zum Beispiel jetzt neu die umfassende Sanierung wieder auf eine Basis gestellt, daß sie in 15 Jahren mit einem 50prozentigen Annuitätenzuschuß gefördert wird. Das ist ein Beitrag zur Haussanierung, der sich sehen lassen kann.

Dafür, muß man sagen, lohnt es sich zu kämpfen, und es lohnt sich dann dafür, den Steirern das hinzulegen und zu sagen, das ist eine klasse Geschichte. Es hat sich gelohnt vorzuschlagen – und wir freuen uns darüber – die Erhöhung der kleinen Sanierung, unter Anführungszeichen, von 250.000 auf 300.000 Schilling, mit Energiemaßnahmen auf 350.000 Schilling. Damit kann man etwas anfangen.

Und wir sind der Meinung, daß der Wohnbaunausektor im Stagnieren begriffen ist, im Moment, und daß in der Sanierung eine Chance liegt. Eine Chance für die Wohnbauförderung im weitesten Sinne, nämlich dann auch für die Menschen, die diese sanierten Wohnungen in Anspruch nehmen.

Wir haben oft Vorschläge als ÖVP eingebracht, und manchmal haben wir sie auch durchgesetzt, und sie sind zum Tragen gekommen. Auch dort – und das möchte ich eindeutig sagen –, wo wir uns nicht durchsetzen konnten, haben wir den Wohnbau als existentielle Frage des täglichen Lebens nicht schlecht gemacht oder nie in irgendeiner Form, wie das manchmal auch passiert, verhunzt oder sonst was. Ich stelle das fest: Wir haben nie behindert und nie verzögert. Aber, Herr Landesrat, ich erinnere mich natürlich daran, daß du beziehungsweise deine Fraktion im Landtag und in der Regierung aus politisch strategischen Überlegungen dem Budget in dieser Form wahrscheinlich zustimmst, was theoretisch nicht geht – man kann nicht bei Einzelgruppen oder nur bei der, für die man selber zuständig ist, zustimmen und alles andere ablehnen –, sehr wohl aber natürlich alle Mittel der Wohnbauförderung aus diesem im Gesamten nicht beschlossenen Budget des Landes in Anspruch nimmt. Damit also 4,5 Milliarden Schilling einsetzt, aber die in Wahrheit, wie gesagt, im Sinne eines Gesamtbeschlusses nicht mitbeschlossen hat. (Abg. Schinnerl: „Das sind ja alles Bundesmittel!“) Ja, ist ja egal, aber in unserem Budget stehen sie drinnen. Wir reden ja auch in anderen Bereichen darüber. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „300 Millionen Schilling sind noch drinnen!“)

Da komme ich ja noch dazu, zu den 300 Millionen. Weißt du, die 300 Millionen darf man ja nicht 15 Jahre lang als Grund da hernehmen, gegen alles zu sein. Ich

meine, so beleidigt braucht man ja nicht sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich bin ja nicht beleidigt!“) Ohne mit der Wimper zu zucken, Herr Landesrat, es ist ja auch, wir verstehen uns ja, du bist beim Austeilen nicht schlecht, du bist beim Einstecken ein bißchen weniger gut. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich schlage zurück!“)

Beim Einstecken bist du, wie gesagt, ein bißchen zimperlich.

Ich wollte nur sagen, ich weiß nicht, wie du reagieren würdest und wie die FPÖ reagieren würde in der Sache, die wir erlebt haben, daß die SPÖ eine Wohnbeihilfe für alle vorschlägt, anfänglich dagegen große Bedenken bestehen, dann die Wohnbeihilfe für alle in einer modifizierten Form beschlossen wird und hierauf die SPÖ-Initiative für die allgemeine Wohnbeihilfe auf einem Plakat obensteht, wo es heißt: „Eine Initiative von Landesrat Michael Schmid.“ Ich mische mich da nicht hinein, mir ist das egal, wenn sich die SPÖ das gefallen läßt, soll sie es sich gefallen lassen. Nur, ich wundere mich. Weil das war nicht deine Initiative, und wenn du heute sagst, es war deine, dann war sie es nur insofern, als du den Text in der Regierung abgegeben hast. Das war alles.

Aber es spielt auch keine Rolle. (Beifall bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren, ich muß den Satz fertig sagen, sonst vergesse ich ihn. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nur zur Information, ich habe 1992 darüber schon diskutiert!“) Diskutiert haben wir alle schon immer über alles. Das ist klar. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ihr plakatiert ‚Wohnen muß billiger werden‘, wenn es billiger geworden ist. Das gehört zum politischen Spiel, sind wir froh, daß Wohnen billiger wird!“)

Gut, also ich wollte ja nur haben, daß einmal wer sagt, das ist ein politisches Spiel, mehr wollte ich ja nicht erreichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich wollte ja nicht mehr erreichen. Das ist es. Und dann kann man sagen, okay, politisches Spiel, und wenn das ein anderer gemacht hätte, Herr Landesrat Schmid (Abg. Schinnerl: „Wäre es nicht so erfolgreich gewesen!“), ich bin nicht sehr prophetisch, aber ich kann mir vorstellen, welche Worte du dafür gefunden hättest.

Ich erinnere dich an deine Lieblingsworte vom Fladern, wo du immer sagst, die ÖVP und die SPÖ haben dir 300 Millionen gefladert. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Im Wohnbau!“) Ich stelle fest, das ist ehrenrührig. Ich habe dir nie etwas gefladert, die ÖVP hat nie etwas gefladert, die SPÖ hat dir nie was gefladert. Wir haben einen Beschluß gefaßt, daß Zinsrückflüsse in der Höhe 300 Millionen über drei Jahre hindurch nicht dem Wohnbau zur Verfügung stehen, weil wir gemeinsam der Meinung waren – übrigens vom Herrn Landesfinanzreferenten angeregt –, daß der Wohnbau im Moment mit den Mitteln, die er hat, auskommt. Und das ist ja nicht unrichtig. Also von Fladern zu reden ist keine feine Wortwahl.

Aber auch das gehört in die Kategorie politisches Spiel. Spielt keine Rolle. Meine Damen und Herren, der Wohnbau wird nicht einfacher werden. Viele neue Herausforderungen werden an uns herankommen, und wir haben oft im konstruktiven Rahmen über die

neuen Paradigmen im Wohnbau geredet. Bevölkerungsstruktur, demographische Entwicklung, Singlehaushalte, neue Mobilität, Landflucht, Stadtfucht, alles Probleme, die wir in Zukunft bewältigen werden. Ich bekenne mich dazu, daß die Wohnbauförderung ein dynamisches System ist. Es hat ja in den letzten Jahren über 70, 80, 90 Änderungen gegeben. Und ich bekenne mich dazu, daß die Änderungen immer Ausfluß von Überlegungen, die wir gemeinsam angestellt haben, waren, und ich bedanke mich auch dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß wir im Wohnbau in der Steiermark wirklich ein gutes System haben, in dem niemand gravierende Mängel den anderen vorwerfen kann. Herr Landesrat Schmid – (Abg. Schützenhöfer: „Er hat wirklich viel von dem verwirklicht, was wir gefordert haben!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich sage nichts mehr dazu!“) Er hat es aufgenommen, ist ja in Ordnung. Das politische Handeln ist das, was wir verlangen und was wir gefordert haben. Und ich stelle fest, das ist in Ordnung, und ich stelle fest, daß wir als Fraktion mit dem Wohnbau im großen und ganzen zufrieden sind. In diesem Sinne danke ich herzlich. (Beifall bei der ÖVP. – 16.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schreiner. (Abg. Schützenhöfer: „Ich prophezeie Ihnen, er ist auch zufrieden mit dem Wohnbau!“ – Abg. Wiedner: „Er versteht ja etwas vom Bauen!“)

Abg. Ing. Schreiner (16.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Kollege Schützenhöfer, wir habe gerade vorher eine kleine Randdiskussion gehabt über Geben und Nehmen. Und da war ich der Meinung, daß Geben besser ist als Nehmen und daß es besser ist, Geberqualitäten zu haben als Nehmerqualitäten. Daß du gerade als ÖVP-Spitzenmann den frommen Spruch nicht kennst, „Geben ist seliger als Nehmen“ wundert mich schon sehr. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Tasch.)

Ich verstehe nichts, das ist so ein undeutlicher obersteirischer Dialekt, ich verstehe ihn nicht. Bitte noch einmal. (Abg. Tasch: „Schlägt dir jemand auf die rechte Wange, dann halt ihm auch die linke hin!“) Das ist kein frommer Bibelspruch.

Ich habe hier im vierten Jahr in dieser Legislaturperiode die seltene Gelegenheit, für einen Budgetansatz zu sprechen, erstmals! Und wir stellen uns da jetzt nicht hin und machen alles andere schlecht und die Bemühungen in anderen Ressorts schlecht. Nein, das werden wir nicht tun. Aber Geld ist nicht x-beliebig vermehrbar, und irgendwann müssen Politiker in diesem Land, in diesem Staat und in diesem Europa darüber nachdenken, ob das so sein kann, daß man jedes Jahr einen Abgang hat. Vielleicht entsteht doch oder entstand doch bei vielen maßgeblichen Menschen in diesem Land, bei Politikern, der Eindruck, daß Geld x-beliebig vermehrbar ist. Das wird aber so nicht gehen. Wir wissen, daß in Ressorts wie Sport, Kultur, Soziales, Kindergärten und so weiter Ausgaben von Notwendigkeiten geprägt sind. Aber es ist insgesamt schlecht, für Verwaltung mehr Geld auszugeben, und es ist insgesamt schlecht und damit

nicht gut, für wirtschaftsbelebende Ressorts weniger Geld auszugeben. Und so ist es auch schlecht, weniger Mittel im Wohnbau zu haben. Deswegen hatten wir die Diskussion über die 300 Millionen.

Und weil wir schon bei schlecht und gut sind. Was ich für schlecht finde beziehungsweise für nicht gut finde, ist doch einiges, das der Herr Kollege Gennaro so von sich gibt. Äußerungen „unter diesen Voraussetzungen gehört man mit einem nassen Fetzen davongejagt“, „aufmucksen“, oder das Beleidigtsein in den Ausschusssitzungen, wenn man eine ordentliche Abstimmung zu einem Tagesordnungspunkt verlangt, das kann ja wohl nicht demokratisch sein. Wir sind schon der Meinung, daß man, wenn man der Sozialdemokratischen Fraktion angehört, auch demokratisch gesinnt sein muß.

Aber der Herr Abgeordnete und Leiter des Finanzausschusses, Kurt Gennaro, hat einen Meister, und der Meister ist der Herr Landesfinanzreferent Ing. Ressel. Man hat in den Ausschusssitzungen das Gefühl, wenn man als Abgeordneter fragt, daß das Fragen allein nach einzelnen Positionen schon eine Majestätsbeleidigung ist. Jetzt habe ich darüber nachgedacht, warum gibt es dieses Beleidigtsein und diese ungehaltene Art des Antwortens, ich war zuerst der Meinung, das ist das allgemeine Verhalten der meisten Regierungsmitglieder den Landtagsabgeordneten gegenüber, die ja nur manchmal manches verstehen. Aber das ist es nicht. Weil ich weiß, der Herr Landesrat Ressel ist ein sehr effizienter Mensch, und effiziente Menschen denken und handeln effizient. Und er sagt sich folgendes, wieso fragen mich die alle, wenn sie ganz genau wissen, daß sie mit ihren Fragen keinen Punkt und keinen Beistrich verändern können. Ich frage mich, wozu sitzen wir alle hier, reden drei Tage lang, sind mehr als 200 Menschen hier und im Umfeld tagelang beschäftigt, kosten mehr als 5 Millionen Schilling, wenn das alles, was wir hier machen, weder einen Punkt noch einen Beistrich verändert? Wenn ich dann im Ausschuß eine Frage in diese Richtung stelle, dann sagt der Herr Finanzlandesrat: „Was wollen Sie an diesem Budget verbessern, es ist sowieso das Beste!“ Wir wollen dieses Budget nicht schlecht machen, aber das Budget wird noch schlecht sein für die, die nach uns in der nächsten Legislaturperiode verantwortlich sein werden für das Wohl in diesem Land. (Beifall bei der FPÖ.) Wie schon gesagt, wir wollen die Bemühungen in den anderen Ressorts nicht schlecht machen.

Und das soll eine Pro-Rede sein, und das heißt, wir wollen das Positive, das uns dazu führt, diesem Part des Budgets zuzustimmen, hervorheben. Das, was im Wohnbaubereich in diesem Ressort, vom Landesrat Michael Schmid geführten Ressort gemacht wird, ist einfach besser als alles andere. (Beifall bei der FPÖ.)

Herrn Landesrat Schmid mit seinem Team, mit der Rechtsabteilung 14, mit dem Herrn Hofrat Dr. Rauchlatner ein herzliches Dankeschön für die beste Zusammenarbeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Dem Herrn Hofrat Dr. Kristan, aber auch den beiden Herrn Dr. Suntinger und Dipl.-Ing. Tappauf, die über viele Jahre im Hintergrund für eine Verbesserung der Bausubstanz in der Steiermark sorgen, möchte ich auch von dieser Stelle danken. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit und zu diesem Thema „Bauen“ auch den anderen Fachbeamten in diesem Land einmal von dieser Stelle aus danken. Ich bin 28 Jahre in diesem Geschäft. Ich habe in dieser Zeit nur fachkundige Beamte und anständige Beamte kennengelernt. Ich halte es für eine Frechheit – ich nehme für dieses Wort einen Verweis gerne entgegen –, wenn es eine Fraktion gibt, wie die Grüne Fraktion, die Beamten das Weitergeben von Listen und Unredlichkeit unterstellen, ohne eine Verurteilung. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist eine Frechheit, im Schutze der Immunität anständige Menschen in diesem Land, die ihre Arbeit ordentlich machen, zu verdächtigen.

Wieder zum Positiven, zum Wohnbauressort. Aus der vorhergehenden Legislaturperiode hat Herr Landesrat Schmid ein Budget übernommen mit einem Defizit von 3 Milliarden. Mittlerweile kostet der Wohnbau dem Land Steiermark kein Geld, und die 3 Milliarden Schulden wurden abgebaut, und es wurden Reserven geschaffen, die natürlich auch zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt werden müssen. Das wissen wir auf Grund der Hochrechnungstabelle.

Aber es kann sich der Herr Landesrat Ressel in der Zwischenzeit aus diesem Topf Geld ausborgen zu einem günstigen Zinssatz, und noch dazu kommen die Zinsen wieder dem Land zugute und sind somit zum Wohle des Landes Steiermark.

In der jetzigen Legislaturperiode – im vierten Jahr – hat man die Möglichkeit schon über fünf Jahre, damit über die gesamte Legislaturperiode, falls es nicht Neuwahlen gibt – heute hat es schon fast einmal so ausgesehen, daß es dorthin gehen könnte – kann man schon über fünf Jahre etwas auszusagen, und zwar die Entwicklung des Wohnbaubudgets, der Gruppe 48. Das Budget hatte 1996 eine Größenordnung von 4,68 Milliarden und hat im Jahr 2000 – wir reden ja über den Landesvoranschlag 2000 – eine Größenordnung von 4,72 Milliarden. Das heißt, die Veränderung ist rund 44 Millionen, damit 0,9 Prozent.

Was hat jetzt Herr Landesrat Schmid mit seinem Team gemacht? Und da möchte ich auch noch die Herren Dr. Haselwander, Dipl.-Ing. Kolb, Dr. Fischer und den Herrn Hofrat Dr. Frank erwähnen, die auch unheimlich gut zusammenarbeiten mit dem Herrn Landesrat zum Wohle des Landes Steiermark. Ich möchte mich auch noch einmal bedanken.

Was hat Herr Landesrat Schmid gemacht in dieser Zeit? Es würde das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 seit 1996 mit drei Novellen in 46 Punkten geändert und die Durchführungsverordnung dazu mit vier Novellen in 76 Punkten. 1997: 200 Millionen für die Bauinitiative. 1998: Günstigere Gestaltung der Einkommensberechnung und so weiter. Ich will das nur ganz kurz anführen.

Und jetzt, Montag – Regierungssitzung –, ist es gelungen, wesentliche Änderungen, betreffend die Verzinsung der Eigenheim- und Wohnbauschekdarlehen, die Verringerung dieser, zu bewirken, die Förderung der Eigenheimzu- und -ausbauten um 50 Prozent zu erhöhen, die kleine Sanierung um 50.000 Schilling je Wohnung zu erhöhen, und es wird auch der Annuitätenzuschuß einheitlich um 50 Prozent angehoben. Das heißt, es gibt insgesamt eine Erleich-

terung für Inhaber von Wohnungen, die in den Jahren 1973 bis 1993 gefördert wurden. Und das alles, meine Damen und Herren, ohne Mehrbelastung im Budget, umfangreiche Änderungen, mehr als 100 Punkte, zum Wohle der Bürger im Land Steiermark, und ohne das Budget zu belasten. Ich möchte das noch einmal betonen. (Beifall bei der FPÖ.)

Diese Handlung, dieses Bemühen, diese Arbeit des Herrn Landesrates Schmid mit seinem Team hebt dieses Ressort über Geschehnisse und über Ansätze in den anderen Ressorts hervor. Deswegen stimmen wir zu und haben ein gutes Gefühl zum Wohle des Landes Steiermark und der Bewohner. (Beifall bei der FPÖ. - 16.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Heibl. Er hat das Wort.

Abg. Heibl (16.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich habe gerade vor wenigen Minuten ein druckfrisches Fax erhalten, das aus dem Parlament in Wien stammt, mit folgendem Inhalt: Rechtzeitig vor den Nationalratswahlen im Herbst sollen die Mieten von Genossenschaftswohnungen mit 1. September sinken. Das sieht ein Reformpaket „Wohnen“ vor, das Mittwoch, also heute, von den Bautensprechern der Koalition und so weiter präsentiert wurde.

Ich würde sagen, wir waren einmal in der Steiermark etwas schneller, aber es freut uns, daß in Wien das gleiche passiert.

Hier ist dann die Rede noch von Mietenbegrenzungen und so weiter, und so weiter. (Abg. Vollmann: „Das entspricht unserer Forderung, das für ausfinanzierte Wohnungen zu senken!“) So ist das. Also, wir sind einmal schneller gewesen mit den Forderungen. (Beifall bei der SPÖ. - Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „35 Schilling, und wir haben im Mietkauf 31!“)

Meine Damen und Herren und Herr Landesrat, der Wohnbau in der Steiermark war in den siebziger Jahren, in den achtziger Jahren bis hinein in die neunziger Jahre, 1995 bis 1996, der Wachstumsmotor in der Baubranche, aber nicht nur in der Baubranche, sondern auch darüber hinaus. Sie wissen ja, daß in der Bauwirtschaft, also im Wohnbau, bis zu 48 Berufsgruppen ihre Arbeit finden. Und der Wohnbau war auch in diesen Jahren, seitdem ich in dieser Branche bin, immer gefördert, vielleicht am Anfang nicht so gut wie jetzt, jetzt ist er wirklich zufriedenstellend gefördert, aber er war immer von der öffentlichen Hand finanziell unterstützt.

Es wurden in den letzten Jahrzehnten in Österreich zirka 50.000 bis 60.000 Wohnungen jährlich errichtet, und in der Steiermark waren es, Herr Landesrat, ich glaube zwischen 6000 und 8000 Einheiten. Die Bevölkerung, meine Damen und Herren, hat kaum zugenommen, in der Steiermark sogar leicht abgenommen, der Haushaltszuwachs wird sicher zurückgehen oder zumindest stagnieren. Und die geburtenstarken Sechzigerjahrgänge haben überwiegend ihre Haushalte gegründet und auch ihre Wohnungen bezogen. Es folgen jetzt - und das ist Tatsache - die geburtenstarken Jahrgänge. Der Haushaltszuwachs, und um den geht es uns in erster Linie, hängt des weiteren

auch noch nicht unwesentlich von der Zuwanderung ab, die in den kommenden Jahren vermutlich aber nicht stark zunehmen wird. Der Neubedarf an Wohnungen wird - da sind wir uns, auch wir Gewerkschafter, einig und glauben daran - um etwa 10.000 Einheiten geringer sein österreichweit, als in den vergangenen Jahren. Daher ist es auch erklärbar, daß die Differenz zwischen bewilligten und tatsächlich errichteten Wohnbauten immer größer wird. Wir kommen einfach nicht darüber hinweg, daß es sich im Wohnungsneubau, mit Ausnahme der Ein- und Zweifamilienhäuser - das funktioniert ja nach wie vor ganz gut -, zu einem Rückgang kommt. Da ist niemand schuld. Das bedeutet aber nicht, daß es kein Wohnungsdefizit im Wohnungsneubau mehr gibt, wenn auch auf einem geringeren Niveau. Die einzige Unbekannte dabei ist, wie stark nehmen die Singlehaushalte zu. Der Trend in diese Richtung ist jedenfalls ungebrochen. 27 Prozent der Wohnungen entsprechen in der Steiermark bereits Singlehaushalten, natürlich auch mit einem Stadt-Land-Gefälle - ist ganz klar. Es gibt in der Steiermark auch noch genug bestehende Haushalte, die keine eigene Wohnung haben. Und andere Wohnungen sind überbelegt. Also, so schlecht schaut es gerade nicht aus.

Es gibt auch einen Wohnungsabgang, meine Damen und Herren, hier ist insbesondere darauf hinzuweisen, daß es bei zeitgemäßer Adaptierung von Wohnungen zu Wohnungszusammenlegungen kommt oder auch bestehende Objekte abgerissen beziehungsweise, wie wir sagen, geschliffen werden müssen. Dazu kommt noch der Wunsch, der zwar nicht im engeren Sinn mit Bedarf zu tun hat, aber durchaus vorhanden ist, der Wunsch nach einer Verbesserung der Wohnsituation, sei es in qualitativer oder sei es in kostenmäßiger Hinsicht. Diese Verbesserung, wenn sie mittels Neubauangebots zu erledigen ist, dann gibt es auf diesem Gebiet sicherlich noch einiges zu tun, außer es wird durch andere Möglichkeiten eines Wohnungswechsels erledigt. Wir werden nach wie vor in Österreich - und wir glauben das in der Baugewerkschaft - auch in den nächsten Jahren zwischen 45.000 und 50.000 Neubauwohnungen errichten. Aber was wir wirklich brauchen, sind vor allem Wohnungen, wo bei einer Übernahme, wie wir sagen, kein Eintrittsgeld verlangt wird, wo keine großen Anzahlungen zu leisten sind. Das ist oft der Grund, warum sich junge Leute an einen Wohnungswechsel oder einen erstmaligen Ankauf einer Neubauwohnung oder einer Mietwohnung nicht herantrauen. Ungeförderte Wohnungen können sich nur die wenigsten leisten, da sind wir uns einig. Daher bin ich anderer Meinung wie die Redakteure vom „Kurier“ und dem „Standard“, die sagen, das ist verschwendetes Geld. Ich glaube, daß die Wohnbauförderung in der Größenordnung, wie sie jetzt vom Bund gewährt wird, auch weiterhin erhalten bleiben muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Gleichzeitig sollten die Länder ihre Förderungsmodelle in Richtung einer geringeren Abhängigkeit vom Kapitalmarkt umstellen. Der teuerste Baustoff, und das sage ich sehr oft, ist nach wie vor nicht irgendein Marmor oder irgendein Tropenholz, sondern nach wie vor das Geld. Wir wissen, eine einprozentige Ermäßigung bei einem Kredit entspricht 8 Schilling etwa pro Quadratmeter Miete oder Rückzahlung.

Meine Damen und Herren, die Baulandmobilisierung – da sind wir noch nicht allzu weit – ist voranzutreiben. In Salzburg wurde dadurch der Wohnungspreis drastisch gesenkt, Gerechterweise muß ich zugeben, Herr Landesrat, was die Kosten für die Errichtung von Wohnungen betrifft, aber auch im Bereich der Rückzahlung und im Bereich der Beihilfen ist unser Bundesland nicht schlecht, ist sehr viel geschehen. Viel Positives wurde im Bereich des Wohnbaues erreicht, einiges ist noch zu tun. Vor allem im Bereich der Wohnnebenkosten, die teilweise bereits höher sind als die Mieten oder die Rückzahlungen. Dazu hat es ja am Montag – hier bereits gehört – einen einstimmigen Regierungsbeschluß gegeben, der Verbesserungen bei den Wohnnebenkosten vorsieht. Die Betriebskosten, meine Damen und Herren, sind in den letzten Jahren um 66 Prozent gestiegen. Die Wohnungskosten insgesamt betragen mehr als 25 Prozent des Haushaltseinkommens. Daher sind weitere Härteausgleichsfonds, wie zum Beispiel die allgemeine Wohnbeihilfe, notwendig und gerecht oder wir öffnen die allgemeine Wohnbeihilfe auch zumindest für einen Teil der Betriebskosten.

Jetzt muß ich zur Aussage des Kollegen Majcen kommen. Als ich 1992 hier von diesem Pult aus die Notwendigkeit und den Wunsch, die allgemeine Wohnbeihilfe einzuführen, vorgetragen habe, haben viele gesagt, können wir uns das überhaupt leisten, ist das notwendig und so weiter und so weiter. Und nach sieben Jahren schaut das komplett anders aus, bezeichnet es sogar unser Herr Landesrat Schmid als „Hit des Jahrzehnts“. (Abg. Schinnerl: „Aber du hast gesagt, Finanzierung durch das Sozialbudget!“) Das ist schon richtig, aber wir haben schon etliche Male darüber gesprochen, daß sich die Situation geändert hat. Wir haben heute im Wohnbaureisort wesentlich mehr Geld als in allen anderen, also ist es logisch, daß wir das benötigte Geld aus diesem Fond herausnehmen, und nicht von woanders. Aber darüber haben wir schon gesprochen. Wichtig ist, daß es funktioniert. Seit 1. Jänner 1999 gibt es bereits zirka 5000 Ansuchen, und es werden bis zum Jahresende 10.000 sein, und es wird ungefähr 100 bis 120 Millionen Schilling kosten. Genau das, was wir gesagt haben, und nicht 300 Millionen, wie man es uns weismachen wollte. Also eine wirklich gelungene Sache, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Betriebskosten, da sind wir uns einig, sind zu hoch. Es gab bis jetzt auch keine Möglichkeit einer Förderung oder eines Zuschusses. Die Maklergebühren weit über dem europäischen Durchschnitt müßten gesetzlich auf höchstens zwei Monatsmieten gesenkt werden. Die Verwaltungskosten von 34,50 Schilling pro Quadratmeter und Jahr sind ebenfalls zu hoch. Es dürfen im Rahmen der Betriebskosten nach dem Mietsrechtsgesetz auch Beträge auf Mieter überwältigt werden, die mit dem tatsächlichen Betrieb und Leistungen, die ein Mieter in Anspruch nimmt, überhaupt nichts zu tun haben. Hier sind vor allem Aufwendungen zu nennen, die zur Eigentumsicherung des Eigentümers dienen. Auch hier sind Überlegungen anzustellen. Betriebskostensenkungen sind längst fällig. In der Steiermark, meine Damen und Herren, gibt es zirka 450.000 Haushalte und rund

500.000 Wohnungen, 46 Prozent sind aber vor 1970 errichtet worden. Und es schadet gar nichts, wenn wir mehr Wohnungen haben als Haushalte. Gott sei Dank! Sie verlangen ja von den Arbeitnehmern auch und von allen anderen Leuten Flexibilisierung, und da braucht man zusätzlichen Wohnraum in den Ortschaften.

Meine Damen und Herren, daß aber gleichfalls auch die Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge gesenkt werden sollen, beträchtlich gesenkt werden sollen, wie man teilweise hört und aus anderen Quellen teilweise ersetzt werden sollen, wäre für den Mieter sicherlich ein finanzieller Vorteil und senkt sicher die Wohnkosten. Der durchschnittliche Wohnungsaufwand beträgt 58 Schilling pro Quadratmeter. Bei vielen ist er natürlich weit darüber, vor allem im privaten Bereich. Die bestehenden Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge werden nach zehn Jahren, nach jetzigem Recht, wenn sie nicht zweckgebunden verbraucht wurden, verzinst und an die Mieter zurückgezahlt. Ich warne nur davor, egal, ob es sich um Erhaltungsbeträge nach dem Mietrechtsgesetz oder aus dem gemeinnützigen Bereich handelt, daß gerade die Renovierung, die Erneuerung, die Verbesserung unserer Wohnbauten das einzige echte Hoffungsgebiet sind, um Beschäftigung nicht nur in der Baubranche, sondern auch in vielen anderen Branchen zu erreichen. Die Sanierungsmaßnahmen sind eine Notwendigkeit und eine große Chance in der Beschäftigung. Die derzeitige Diskussion um diese Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge führt zur Unsicherheit, wie es auf diesem für uns Hoffungsgebiet weitergehen soll.

Es sind weder neue Förderungsmodelle, Ersatzförderungsmodelle noch steuerliche Anreize in Sicht, die neue Impulse geben könnten, außer, es würde sich ein bestehender Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission durchsetzen, der es EU-Ländern während einer dreijährigen Probezeit ermöglicht, den Mehrwertsteuersatz für Renovierungen und Instandhaltungsarbeiten auch in der Bauwirtschaft bis auf 6 Prozent zu senken. Dann könnten wir nämlich mit dem vorhandenen Geld mehr richten, weil es eben Steuererleichterungen gibt.

Die Neubaulücke – und das muß uns auch klar sein – beträgt in Österreich etwa 20 Milliarden Schilling, und genau diese Lücke müssen wir mit den Sanierungsmaßnahmen ersetzen, und das ist für uns von großer Bedeutung. Allein im thermischen Bereich gibt es österreichweit einen Bedarf, entsprechend unserer Bevölkerung natürlich auch in der Steiermark, von 350 bis 450 Milliarden Schilling. Wir haben die Stafette vom Neubau zur Sanierung, zur Erneuerung längst übergeben. Wir sollen sie nur nicht unterbinden oder fallenlassen. Meine Damen und Herren, beim Wohnungsneubau finden etwa 700 Arbeitnehmer ein ganzes Jahr Arbeit, wenn eine Milliarde Schilling eingesetzt wird, bei der Sanierung sind es 1400. Und wenn man den Aussagen des Wirtschaftsforschungsinstitutes glauben darf – und ich glaube ihnen –, sind das inklusive aller Nebenjobs beim Neubau einer Wohnung bis zu 1800 Arbeitnehmer und bei der Sanierung bis 2400. Das sind Daten und Fakten, die vorliegen.

Wir dürfen, meine Damen und Herren, nur nicht unterschätzen, welche enorme Bedeutung die Renovierung von Gebäuden bereits erreicht hat. Von den 91 Milliarden Schilling, die im Hochbau in Österreich eingesetzt und umgesetzt werden, sind bereits mehr als 12 Milliarden Schilling Renovierungen und Verbesserungen, und der Wohnungsneubau liegt etwa bei 45 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren, wir sind aufgerufen – und ich rufe Sie auch auf –, für die Stabilität der Wohnversorgung, aber auch für die Leistbarkeit dieser Wohnungen die Voraussetzungen zu schaffen, und das bedeutet noch einige Arbeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort hält Herr Landesrat Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (16.38 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin dem ganzen eigentlich sehr zustimmend gefolgt. Den Schlußsatz habe ich nicht ganz verstanden, Otto. Also quasi, das bedeutet noch viel Arbeit.

Als Strich darunter, wir sind noch lange nicht dort, wo wir hin wollen. Ich glaube, wir sind gerade jetzt mit der letzten Verordnung eigentlich viel weiter, als wir im Jahre 1992, 1993 zu hoffen gewagt haben, das würde ich schon einmal meinen, daß wir uns heute damit auseinandersetzen müssen, in der Sorge um deine Bauwirtschaft, um meine Bauwirtschaft, um unsere Bauwirtschaft, daß wir sie beschäftigen können, daß wir die Bedarfsdeckung nicht schon beinahe überzogen haben in bestimmten Punkten.

Ich habe auch eine Statistik in letzter Zeit bekommen, wir werden sie auch vorstellen. Gerade im Bereich Murtal, Leoben, wo die Haushaltszahlen schon zurückgehen, ist meine Sorge, daß wir eben diesen Beschäftigungsstand über den Wohnbau aufrechterhalten. Otto, du hast völlig richtig darauf hingewiesen, Renovierungsbereich. Es ist ja auch ein Bestreben des Wohnbaus, über die Revitalisierung, über die starke Bewerbung der Revitalisierung, der von den Liberalen und den Grünen – sie haben eh kein Interesse am Wohnbau oder sie verstehen ihn nicht – kritisiert wird, daß man jenen Bereich, der hier gefördert, unterstützt wird, den Bereich der Altsubstanzen, damit die Leute zu uns kommen. Es sind 1400 Anträge da. Es waren früher 30 bis 40. Und ich würde mir wünschen, und ich ersuche euch auch, bei Kontakten mit den Bundesstellen, daß die endlich einmal kapierten, daß der Denkmalschutz in Wirklichkeit einer der wesentlichsten Maßnahmen sein könnte, um eben im Bereich der Bauwirtschaft eine Beschäftigungsstabilität zu haben. Den haben sie halbiert. Wir kriegen in der Steiermark 6 Millionen vom Bund als Denkmalschutz, während wir heuer in etwa zwischen 80 und 100 Millionen über die Revitalisierung geben. Wenn die dort größere Unterstützungen geben würden, bei uns die 25 Prozent, dann mit einem 40prozentigen Steuerrücklauf, die verdienen ja dabei und könnten dann mindestens doppelt so viele Menschen beschäftigen. Da bin ich völlig bei dir.

Ich glaube ganz allgemein auch, daß die Debatte gezeigt hat und die Wortmeldungen vom Franz Majcen auch und vom Otto Heibl, daß wir hier schon mit einiger Genugtuung auf die bisherige Tätigkeit und auch auf die derzeitige Situation zurückblicken können.

Der Herr Abgeordnete Heibl hat sich eh wesentlich dann mit Ausflügen in andere Bereiche, die mit Wohnbau schon nichts mehr zu tun haben, nämlich Wohnnebenkosten, den Bereich der Gebühren, EU-, Verwaltungskosten, begeben. Ich bin ganz bei dir. Ich würde mir wünschen, daß da etwas passiert. Aber da sind ja erst vor einer Woche oder vor 14 Tagen hier im Landtag wesentliche Beschlüsse gefaßt worden. Wir in unserem Bereich – Wohnbau – haben das auch bereits umgesetzt.

Vielleicht punktuell nur einige wenige Worte. Die Chance des Sanierens hat der Franz angesprochen. Die Maßnahmen, die wir dort gesetzt haben mit den 50, 50, 50, waren auch in Erkenntnis, daß uns die Preise im Mietkaufbereich nach unten davonlaufen. Wir liegen zurzeit im Schnitt bei 29 Schilling. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wir liegen zurzeit bei Übergabe beim Eigentum bei 29 Schilling.

Dieser Beschluß, den du erwähnt hast, in Wien, wo sie die Mieten – nicht Eigentum – im öffentlichen Bereich absenken wollen auf 35 Schilling. Da sind sie noch immer nicht dort, wo wir zurzeit bei der Eigentumsannuität sind. Damit man auch die Position der Steiermark hier ins richtige Licht rückt.

Und eben in diesem Bereich, wo dann gleichzeitig diese Sanierungen durch den Wegfall von 10 Prozent, und das sind 16 Schilling pro Quadratmeter in etwa, Wegfall der Annuitätzuschüsse, haben wir diese Maßnahme gesetzt, um dort die Chancengleichheit zu haben. Daß uns die Leute nicht aus den privaten sanierten Bereichen davonlaufen und alle in die neuen Wohnungen gehen, hat also einen Sinn, der über die Begünstigung hinausgeht, nämlich auch die Privaten zu schützen, und andererseits in der Bauwirtschaft etwas zu machen.

Ich möchte mich auch bei euch bedanken, bei den Kollegen von der SPÖ, von der ÖVP, bei den Sträußen, die wir alle einmal ausfechten. Franz, ein Schmankerl, nur ein Stichwort, das war Bauen in Gruppen in Berggemeinden, da haben die Bürgermeister auch einen Brief bekommen, daß du dich endlich durchgesetzt hast. Nicht jetzt als Vorwurf, wir reden dann darüber. Diese Sträuße sind auszufechten. Jeder ist aber bemüht, unterm Strich hier etwas Vernünftiges durchzusetzen. Und da bin ich mir ganz sicher, diese Wohnbaupolitik, die gemeinsam auch in den Ausschüssen gemacht wird, in der guten Gesprächsbasis, die wir haben, ein Beweis dafür, daß sehr wohl – noch einmal erwähnt – bei einigen Scharmützeln, die ausgetragen werden, wirklich ein hohes Leistungspotential dahintersteckt, und dafür bedanke ich mich aus meiner persönlichen Überzeugung.

Wir leisten hier für die steirische Bevölkerung auch etwas, und das darf ich hier schon noch anfügen. Der Budgetanteil meines Ressorts war im Jahre 1992 – der gesamte Ressortbereich – 15 Prozent des Gesamtbudgets. Wir sind jetzt bei 10 Prozent. Also wir haben wirklich mit weniger Geld, und dann auch begünstigt

im besonderen durch die Zinsentwicklung, durch die Möglichkeit des Systems, die Dinge weiterzugeben, etwas zustande gebracht.

Ich bedanke mich auch bei der Rechtsabteilung 14 – Hofrat Rauchlatner, Sigi Kristan und allen Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich beim Dieter Schoeller, wo es im Wohnbau mit der Fachabteilung 1b zu einer guten Zusammenarbeit kommt. Ich gestehe dir heute, Fritz, es ist nicht immer einfach mit mir. Der Kollege Schreiner hat aufgezählt die vielen Verordnungsanpassungen, Novellen, die wir gemacht haben. Wir sind also ein sehr bewegliches, ein sehr mobiles Ressort geworden, und die Abteilung ist hier bei einigen Schweißausbrüchen, aber dann immer wieder kurzfristig in der Lage, die entsprechenden Vorbereitungen zu machen.

In diesem Sinn wünsche ich mir, daß der Bedarf in der Steiermark ein hoher bleibt. In unseren Vorausberechnungen bis 2006, gerade im südlichen Bereich der Steiermark, ist in etwa jener Bedarf, den wir zurzeit abdecken. Es gibt also Bereiche, wo die Haushalte zurückgehen – im Murtal. Das Ennstal ist auch nicht unbedingt haushaltswachsend. Dieser Wunsch meinerseits betrifft noch einmal, ich erwähne es, um eben diesem Standbein, wohl eines der wesentlichsten Standbeine der steirischen Wirtschaft, die Basis zu geben, daß wir hier arbeiten können. Wenn dann dort die Arbeit funktioniert, die Wirtschaft funktioniert, werden auch wir die Möglichkeiten haben, den Menschen in diesem Land weiterhin so günstig Wohnraum zur Verfügung stellen zu können wie bisher. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 16.46 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 mehr vor.

Ich bitte Sie nunmehr, über insgesamt drei Anträge abzustimmen.

Zunächst erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum zweiten Teil der Gruppe 4.

Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

Zweitens über den Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Förderung der Sanierung von Wohnhäusern und Wohnungen.

Bei Zustimmung bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Drittens, Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Senkung der Wohnungsnebenkosten.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir eine 15minütige Lüftungspause einschalten, nicht zuletzt auch im Interesse der Damen, die sehr getreulich alle unsere verbalen Ergüsse für die Nachwelt festhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Wir nehmen also mit einer kleinen Aufrundung die Beratungen zur Gruppe 5 um 17.05 Uhr wieder auf. (Unterbrechung der Sitzung von 16.47 bis 17.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine verehrten Damen und Herren, wir nehmen die Beratungen zur Gruppe 5 auf. Wenn Sie einverstanden sind, berichtet zunächst der Herr Abgeordnete Erlitz über die Posten und Ansätze, und wir teilen dann die Diskussion in zwei Gruppen, beginnen mit der Diskussion über den Umweltschutz und dann im zweiten Teil mit der Diskussion zum Teil Gesundheit.

Nun bitte ich den Herrn Abgeordneten Erlitz um seinen Bericht.

Abg. Mag. Erlitz (17.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 besteht aus folgenden Kapiteln: Gesundheitsdienst, Umweltschutz, Rettungs- und Warndienste, Ausbildung im Gesundheitsdienst, vormals eigene Krankenanstalten, Krankenanstalten anderer Rechtsträger, Heilvorkommen und Kurorte, Veterinärmedizin, Gesundheit und Sonstiges. Die Einnahmen belaufen sich auf 6.631,136.000 Schilling und die Ausgaben auf 7.442,379.000 Schilling. Dazu der Mündliche Bericht Nr. 254.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, betreffend den Landesvoranschlag 2000, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, über Entschließungsanträge beraten und zur Gruppe 5 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Antrag: Der Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, folgende Entschließungsanträge beschließen:

Zu Gruppe 5:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Koordination zwischen den Landesabteilungen und Behörden im Zusammenhang mit Projekten und Verfahren des Naturschutzes verstärkt wird, wodurch auch finanzielle Mittel eingespart und effizienter für den Naturschutz verwendet werden können. (Antragsteller: Pußwald, Prutsch Alfred, Kaufmann, Korp.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsvorsorge zu forcieren und damit die Ausgaben für Präventivmedizin kontinuierlich mit dem Ziel zu erhöhen, die Kosten der kurativen Medizin dadurch langfristig zu senken und erste Schritte dazu bereits im Jahr 2000 zu setzen. (Antragsteller: Dr. Brünner, Keshmiri, Gennaro, Korp, Bacher.) Ich bitte um Annahme der Voranschlagsstellen und des Berichtes. (17.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichterstattung. Erste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Karisch als Hauptrednerin ihrer Fraktion.

Abg. Dr. Karisch (17.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir sehen an der schwachen Anwesenheit, wieviel Interesse der Umweltschutz bei manchen Fraktionen findet!

Das Umweltbudget umfaßt insgesamt 444 Millionen Schilling für 2000. Der Umweltschutz hat heute in der Politik nicht mehr jenen Stellenwert, den er noch vor zehn Jahren hatte. Andere Politikbereiche, wie die Beschäftigung und die Wirtschaftsentwicklung, stehen heute im Vordergrund. Das heißt aber nicht, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes nichts passiert. Ganz im Gegenteil, es passiert sogar sehr viel. Allerdings sind die lauten, spektakulären Maßnahmen, wie zum Beispiel die Sanierung von Flüssen, die Reduktion der Luftschadstoffe, bereits vorbei, positiv vorbei. Statt dessen gibt es heute eine ganze Fülle weniger spektakulärer Maßnahmen auf breiter Ebene, die aber unsere Umweltbedingungen laufend verbessern. Ich nenne nur das großartige Projekt der ökologischen Landentwicklung von Landesrat Erich Pörtl, das das Umweltbewußtsein vor Ort stärkt und zu vielen einzelnen Maßnahmen in Richtung mehr Ökologie, mehr Ressourcenschonung, mehr Nachhaltigkeit führt. Sie kennen auch alle die vielen Ökoprotiprojekte in der Wirtschaft, die jedes für sich zu Verbesserungen der Umweltbedingungen führt.

Meine Damen und Herren, wir haben eine stolze Bilanz in der Steiermark vorzuweisen:

85 Prozent der steirischen Fließgewässer weisen heute bereits die Güteklasse I und II auf, nur noch die Pöls die Güteklasse III. Auch die Raab ist weitestgehend saniert. Mit dem Grundwassersanierungsprogramm 1987 wurde der Grundwassersanierung ein Schwerpunkt gewidmet. Insbesondere wurden im Bereich der Schongebiete deutliche Verbesserungen erreicht. Zu einer Zeit, als andere Länder daran noch gar nicht gedacht haben.

Die Steiermark war das erste Bundesland Österreichs, das einen Erlaß hinsichtlich Bewilligungsfähigkeit von Pflanzenkläranlagen bis zu einer Größenordnung von 50 Einwohnergleichwerten herausgegeben hat.

Durch die Einführung von Richtlinien zur Kostensenkung von Abwasserentsorgungsanlagen im Jahre 1988 weist die Steiermark bundesweit die niedrigsten Baukosten für Kanal- und Reinigungsanlagen auf. Der Entsorgungsgrad ist in den letzten zehn Jahren von rund 50 Prozent auf mehr als 78 Prozent erhöht worden, also eine stolze Bilanz.

Die Steiermark weist die höchste Solardichte auf. 273.000 Quadratmeter Sonnenkollektorfläche, das bedeutet eine jährliche CO₂-Reduktion von rund 77.000 Tonnen.

Rund 100 Biomassenahwärmenetze wurden in Betrieb genommen. Das bedeutet eine jährliche CO₂-Reduktion von zirka 80.000 Tonnen.

Die Energieberatungsstelle des Landes führte im Jahre 1998 2000 Beratungen durch. Wenn man sich von 1995 herauf die Beratungstätigkeit anschaut, so ergibt sich eine CO₂-Reduktion von insgesamt 200.000 Tonnen.

Ein Wort zum Klimabündnis: Sie wissen, das Land Steiermark ist Mitglied. Österreichweit sind 251 Gemeinden Mitglieder, und, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen, die Steiermark ist auch hier musterhaft. 72 steirische Gemeinden sind schon dabei, und das bedeutet, daß dort vor Ort sehr, sehr viel geschieht.

Landesrat Pörtl kann eine sehr schöne Bilanz vorweisen, und wir dürfen mit Recht sagen, wir sind ein Umweltmusterland. Das Ökoprogramm 2000 ist weitgehend erfüllt, wir können das neue, das Ökoprogramm 2010, „LUST“ wird es heißen, das bereits in Begutachtung ist, in Angriff nehmen.

Meine Damen und Herren, so weit die positive Seite. Selbstverständlich bleibt daneben aber auch noch viel zu tun. Ich möchte drei Bereiche nennen, mit denen wir uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen werden. Das sind die Verkehrsfrage, die Energiefrage und die Frage der Auswirkung von Chemikalien auf die Umwelt. Am Schluß möchte ich dann noch ein paar Worte, ein paar Sätze zum Naturschutz in unserem Land sagen.

Zur Verkehrsfrage: Heute fahren weltweit 500 Millionen Autos auf den Straßen. Auch wir haben die heilige Kuh Individualverkehr, ich schließe mich durchwegs ein, wir können uns davon nicht trennen. In 25 Jahren – so sagt man voraus – werden es eine Milliarde Autos sein. Es erhebt sich die Frage, wie viele Autos verkraftet unser Planet? Die Schulkinder in Mexiko-City halten Grau für die natürliche Farbe des Himmels. Im Zeichenunterricht greifen sie zu grauen Malstiften, um den Himmel zu zeichnen. Die Kinder kennen es nicht anders, denn ihr Himmel ist von Auspuffgasen aus den dreieinhalb Millionen Autos dieser Megametropole verrußt und versmögelt. Wissenschaftler betonen immer wieder, daß der zunehmende Straßenverkehr für die Verschärfung des CO₂-Problems hauptsächlich verantwortlich ist. Auch in Österreich, meine Damen und Herren, ist der Verkehrssektor mittlerweile der größte CO₂-Emittent. Die Industrieemissionen sind zwischen 1980 und 1996 um 38 Prozent zurückgegangen.

Das ist zu loben. Trotzdem haben wir übermäßig an CO₂-Emissionen zugelegt. Und das geht größtenteils auf das Konto des Verkehrs. Hier werden wir uns in den nächsten Jahren manches einfallen lassen müssen, aber nicht nur wir, auch andere westliche Länder.

Meine Damen und Herren, die Autos sind auch ein großes Müllproblem. Jede Sekunde wird ein Auto erzeugt. Sehr wichtig wäre die Rücknahmepflicht der Autoindustrie für ihre Autos. Eine solche Rücknahmepflicht und Entsorgungspflicht würde dazu führen, daß vermehrt recycelbare Rohmaterialien eingesetzt würden. Das würde zu mehr Kreislaufwirtschaft, zu mehr Nachhaltigkeit führen.

Unter der österreichischen Präsidentschaft, unter unserem Umweltminister Bartenstein, wurde eine entsprechende EU-Richtlinie akkordiert. Leider hat sich der deutsche Kanzler Schröder inzwischen dem Lobbyismus einer deutschen Autofirma gebeugt und hat das zurückgezogen. Ich hoffe, daß im Interesse einer europäischen Umwelt es hier noch zu einem Umdenken kommen wird.

Meine Damen und Herren, aber wir dürfen nicht nur auf Deutschland zeigen. Wir selbst sind auch „Saubartln“, wenn ich das so volkstümlich ausdrücken darf. Wir pflegen unsere Autos ganz einfach in der Umwelt – im Wald, in der Wiese, im Fluß – zu entsorgen. (Abg. Gennaro: „Wieso können Sie das behaupten?“) Die Berg- und Naturwacht fischt jedes Jahr diese Autos wieder heraus. Und es waren im Jahr 1998 wieder 2982 Stück. Sie werden es nicht glauben, in der Zeit dieser Aktion, von 1977 bis 1998 herauf, hat die Österreichische Berg- und Naturwacht sozusagen aus unserem Grünraum 105.684 Altausos entsorgen müssen.

Ein zweiter Punkt – ganz kurz –, die Energiepolitik. Noch immer werden übermäßig fossile Energieträger eingesetzt. Es gibt viel zu wenig Energiesparmaßnahmen. Aber, meine Damen und Herren, wir haben in Europa Energie im Überfluß, und die Energiewirtschaft verdient ja am Verkauf von Energie, und nicht am Einsparen.

Es gibt in unserem Land ein großes Energie-sparpotential, so hören wir es immer wieder. Es wird auf rund 20 Prozent des Verbrauches geschätzt. Es laufen auch einige Energiesparmaßnahmen – wir werden sie ausdehnen müssen – und eine gute Energieberatung. Es gibt theoretisch bereits einen Energieausweis für Gebäude, in der Praxis spielt er leider noch keine Rolle. Wir haben in der Steiermark 1000 Niedrigenergiehäuser vorzuweisen. Das Energiecontracting ist eingeführt und läuft gut bei den kleinen Biomassenetzen. Da konnten bereits 40 Projekte realisiert werden. Alternativenenergien werden ausgebaut – für meinen Geschmack zu langsam.

Aber auch wir Konsumenten müssen uns an der Nase nehmen. Wir verbrauchen, ohne daß es uns bewußt ist, sehr viel graue Energie. Denken Sie daran, daß wir im Winter Erdbeeren kaufen aus Israel, Spargel aus Übersee. Hier müßten wir, jeder von uns, einsparen. Hier könnten wir vieles besser machen.

Ein dritter und wichtiger Punkt für die Zukunft, der heute noch nicht so gesehen wird, uns in der Zukunft aber beschäftigen wird, das ist die Chemie in der Umwelt. Meine Damen und Herren, ich bin durchaus nicht chemiefreundlich, im Gegenteil, die moderne Chemie liefert uns viele Stoffe, die sehr hilfreich sein können. Sie haben unser Leben in vielen Bereichen erleichtert. Aber sie haben oft auch Nebenwirkungen, und die untersuchen wir zu wenig, Nebenwirkungen, die sich erst spät herausstellen. Vor allem Synergismen, das Zusammenwirken mehrerer harmloser Chemikalien in Form einer gefährlichen Chemikalie und Metabolite. Der jüngste Dioxinskandal in Belgien ist die Spitze eines Eisberges, wie viele sagen.

Es gibt ein neues Krankheitsbild, Multiple chemische Sensibilität, MCS abgekürzt, eine Krankheit, bei der minimale Dosen von Schadstoffen schwerste Krankheitserscheinungen hervorrufen können – Atemstillstand, Bewußtlosigkeit, Herz-Kreislauf-Versagen –, ähnlich wie die Allergien. Das wird immer mehr konstatiert. Zum Gutteil ist das auf Xenobiotika zurückzuführen, Stoffe, die der Mensch aus der Evolution nicht kennt. Das sind Fremdkemikalien, die künstlich in unserer Umwelt erzeugt worden sind, auf die unser Immunsystem nicht eingestellt ist. Zum Großteil ist das auf solche Chemikalien zurückzu-

führen. Sie kennen sie alle – Pestizide, Holzschutzmittel, Formaldehyd, Putzmittel, Nahrungsmittel mit Farb- und Konservierungsmitteln. Wir haben diese Chemikalien überall in der Umwelt. Was können wir tun?

Wir Konsumenten haben ein Recht, und hier müssen wir uns noch stärker machen, wir haben ein Recht darauf zu erfahren, was wir kaufen. Wir brauchen eine bessere Produktdeklaration! Wir haben ein Recht zu erfahren, woraus die einzelnen Produkte bestehen, die wir in unserem Lebensbereich verwenden, wie sie erzeugt wurden. Vor allem auch, was wir essen und mit welchen Stoffen unsere Lebensmittel behandelt worden sind.

Das, meine Damen und Herren, erfahren wir heute nicht. Wir erfahren es nicht bei Teppichen, die wir in die Wohnung legen, zum Beispiel ob die seinerzeit mit einem Mittel gegen Pestizide besprüht worden sind. Wir erfahren es nicht bei den Lebensmitteln. Wenn wir heute einen französischen Käse kaufen, ist der sehr oft mit einem gentechnisch hergestellten Labferment erzeugt. Es gibt gentechnisch hergestellte Hefe im Bier, die am Ende der Produktion weg ist, die man nicht mehr nachweisen kann. Es gibt Erdbeerjoghurt mit künstlichem, das heißt es steht drauf natürliches Aroma. Das sind aufgekochte australische Sägespäne, die so behandelt werden, daß sie dann wie Erdbeeren oder Himbeeren schmecken, wird dann als natürliches Aroma ganz erlaubtermaßen deklariert. (Abg. Gennaro: „Was die Technik alles kann!“)

Meine Damen und Herren, es gibt auch etwas Neues, das mir große Sorge macht. Das ist ein Selbstmord-Gen in Pflanzen. Dieses Gen führt dazu, daß Pflanzen nicht mehr keimen können. Die Pflanze wird geerntet, sie schaut ganz normal aus. Wir wissen aber nicht, was wir drinnen haben. Es besteht auch die Gefahr, daß das auskruzen kann. Wir wissen heute, daß Auskrenzungen gefährlich sind. In Dänemark haben dänische Wissenschaftler festgestellt, daß das Pflanzenschutzmittel BASTA, das dort eingesetzt worden ist, nach zwei Jahren noch ausgekreuzt hat, auf die Umwelt übergeht und viele andere Pflanzen trifft.

Daher, meine Damen und Herren, unsere Forderung, das mindeste, was wir Konsumenten fordern können und müssen, ist eine eindeutige Deklaration. Wir müssen erfahren, was wir kaufen, wie das behandelt ist, womit wir rechnen müssen. Und, meine Damen und Herren, wir müssen auch eine bessere Lebensmittelkontrolle fordern. Die funktioniert bei uns in der Steiermark nicht so gut, wie wir immer glauben. Wir sind bei den Bundesländern im Vergleich schlußlicht. Gesetzlich sind uns Probebeziehungen in einer bestimmten Zahl vorgeschrieben. Die Steiermark hat in den letzten zehn Jahren die Anzahl der vorgeschriebenen Mindestprobebeziehungen nie erfüllt. (Abg. Gennaro: „Wer ist daran schuld?“)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Naturschutz sagen. Der Naturschutzpolitik ist es in den letzten Jahren gelungen, mit relativ wenig Mitteln sehr viel zu erreichen. Die Steiermark ist reich an Naturschätzen, 43 Prozent unseres Landesgebietes stehen entweder unter Natur- oder unter Landschaftsschutz.

In aller Munde ist im Moment der Nationalpark Gesäuse. Die Machbarkeitsstudie ist sehr positiv ausgefallen. Ich hoffe, daß wir die dortige Bevölkerung noch von der Sinnhaftigkeit und von den Vorteilen, die dieser Nationalpark auch für sie bringen würde, überzeugen können.

Wir haben eine Reihe von Naturparks, vier sind es schon. Im Herbst sollen das Weinland und die Raab- und Weizklamm dazukommen. In weiterer Vorbereitung ist noch das Mürzer Oberland – etwas sehr Positives.

Meine Damen und Herren, die Natura-2000-Gebiete machen in ganz Europa ein bißchen Kopfzerbrechen, weil sich niemand so genau vorstellen kann, was sie mit sich bringen werden. Wir haben rund 16 Prozent unseres Landesgebietes nach Brüssel gemeldet. Dazu können noch 0,01 Prozent kommen, lebende Flüsse etwa, wir werden sehen. In der Steiermark hat die Information für die Natura-2000-Gebiete voll eingesetzt, im Joglland für die Forstwirtschaft über den Verein Biosa und für die Landwirtschaft durch ein Kärntner Institut.

Ich darf stolz sagen, wir sind mittlerweile in der Steiermark österreichweit am weitesten mit der Information. Sie ist schwierig, weil niemand genau weiß, was die EU sich alles darunter vorstellt. Die Niederösterreicher haben die Information inzwischen überhaupt unterbrochen und holen sich Gutachten ein, um ihre Gebiete zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, die Steiermark ist reich an Naturschätzen. Es gilt, diese für die Zukunft zu erhalten, und ich glaube, wir sind auf einem sehr guten Weg dazu. Naturschutz ist keine Glasglocke. Wir können nicht einzelne Regionen unter einen Glassturz stellen und sagen, so muß es bleiben. Naturschutz muß in das allgemeine Leben und in andere Bereiche integriert werden, eine gute Symbiose vor allem mit dem sanften Tourismus eingehen.

Sie stützen sich gegenseitig. Eine solche Symbiose schafft auch Beschäftigung. Dazu gibt es sehr viele gute Ansätze in unserem Land. Ich glaube, schon die Tatsache, daß Tourismus und Naturschutz in einer Hand bei unserem Landesrat Hirschmann vereint sind, macht das recht positiv. Meine Damen und Herren, ich darf Sie einladen, gehen wir im Interesse der nächsten Generationen gemeinsam den guten Weg für den Naturschutz in unserem Land weiter. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Porta. Auch er hat als Hauptredner seiner Fraktion 15 Minuten.

Abg. Porta (17.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, Hoher Landtag!

Ich möchte mich mehr mit dem Umweltschutzansatz Nr. 52 befassen. Sehr geehrte Damen und Herren, das Gesamtbudget 2000 für das Land Steiermark war sicher keine Sternstunde, das ist uns allen klar geworden. Wenn meine Klubobfrau, Frau Mag. Magda Bleckmann, das Budget 2000 zu Recht als Wahlkampfbudget bezeichnet, um damit ausreichend und genügend Wahlkampfsüßholz austeilend zu können,

müssen die beiden Altparteien zur Ansicht gekommen sein, daß man mit Umwelt keine Wahlen gewinnen kann. (Abg. Gennaro: „Du bist ja auch nicht mehr der Jüngste, schau dich an!“) Wie sonst kann es kommen, daß der Budgetansatz 52 so mager dotiert worden ist? Lediglich mit 117,502.000 Schilling bei einem Gesamtbudget über 45 Milliarden Schilling. Das sind, meine Damen und Herren, in Worten 0,25 Prozent, 0,25 Prozent für den Umweltschutz.

Sehr geehrte Damen und Herren, weil ich der Meinung war, daß der Umweltschutz zu gering dotiert war, habe ich 1997 zu einer Gedenkminute aufgerufen. (Abg. Dr. Flecker: „Machen wir eine Gedenkminute, dann sind Sie auch still!“) Ich glaube, das war aber nur der Anfang. Heute stehen wir noch schlechter da. Wir sind auf einem Tiefpunkt angekommen. (Abg. Dr. Flecker: „Kollege Porta, machen wir eine Minute Gedenkminute!“) Ja. Stieg das Gesamtbudget vom Jahre 1998 auf 2000 um ein Prozent, sank das Umweltbudget von 1998 auf 2000 leider um 2,9 Prozent. In trauriger Zweisamkeit haben die beiden Altparteien ihre Wahlversprechen und Ankündigungen gesungen. Umwelt muß etwas kosten, Umwelt ist nicht kostenlos, jedem Bürger muß bewußt sein, die Verantwortung geht auch von den Politikern aus, eine gesunde Umwelt ist das wichtigste für ein Land. (Abg. Gennaro: „Stimmt das nicht?“ – Abg. Dr. Karisch: „Herr Abgeordneter, wir haben ja schon sehr viel geleistet!“) Ja, dazu komme ich schon noch. Auch höre ich noch die Worte von meiner sehr geschätzten Kollegin Frau Dr. Karisch. „Umweltschutz darf nicht als Luxus angesehen werden, das wäre ein großer Fehler, es wäre kurzsichtig. Wir wissen alle, daß Einsparungen beim Umweltschutz verheerende Auswirkungen haben können und in späterer Folge nur noch, wenn überhaupt, mit sehr hohem Mitteleinsatz wieder gutgemacht werden können.“ Frau Dr. Karisch, wahrlich kluge und weise Worte, denen ich nur uneingeschränkt zustimmen kann. Aber leider nur kluge Worte, Ankündigungen, so wie immer, leider ohne Umsetzung. Wo bleibt die höhere Dotierung für den Umweltschutz? Weiters höre ich noch die Aussagen des Kollegen Ingenieur Getzinger, das Natur- und Umweltlandesbudget hat einen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Aspekt. (Abg. Dr. Karisch: „Hat es auch!“) Herr Ing. Getzinger, hier sind wir einer Meinung. Aber wieso haben Sie das nicht umgesetzt, warum waren Sie nicht bei Ihrem Finanzlandesrat Ressel und haben diese Erkenntnisse in die Tat umgesetzt? Und, lieber Freund Kurt, da hättest du auch aktiv werden müssen, weil da geht es um Arbeitsplätze. (Abg. Gennaro: „Da warten wir so nicht auf dich!“) Es sind wie immer nur Lippenbekenntnisse, das können wir leicht nachvollziehen.

Man braucht nur die Umweltschutzbudgetuntergruppen anschauen, Ansatz 520, Natur- und Landschaftsschutz, beträgt 25,495.000 Schilling, 1998 wurden unter diesem Ansatz tatsächlich laut Rechnungsabschluß 34,618.000 Schilling ausgegeben. Sehr geehrter Herr Landesrat Hirschmann, sieht so vorausschauende Budgetpolitik aus?

Nur, mit ganzseitigen Pressemeldungen und großen Ankündigungen werden Sie die Umsetzung der Natura 2000, der Europaschutzgebiete, kaum durchführen können. Werden doch die Kosten für die Aus-

fälle bei der Land- und Forstwirtschaft vorsichtig auf 80 Millionen Schilling geschätzt. (Abg. Dr. Karisch: „Aber erst heuer!“) Ja, aber man kann ja vorausbudgetieren. Aber im Budget ist keine Bedeckung vorhanden. Auch mit dem Naturpark Gesäuse wird ohne die nötige finanzielle Absicherung für die betroffenen Anwohner kaum eine Akzeptanz für die betroffene Bevölkerung zu erreichen sein. Oder bei der Reinhaltung der Gewässer, Ansatz 521. Da sieht es nicht besser aus. Würden für 1999 22,666.000 Schilling vorgeanschlagen, sind es im Jahre 2000 nur mehr 20,453.000 Schilling, ein Minus von 7,06 Prozent. (Abg. Dr. Karisch: „Weil die Flüsse schon so sauber sind!“) Und das alles nur im Hintergrund. (Abg. Dr. Karisch: „Herr Kollege!“)

Liebe Frau Kollegin, passen Sie auf. Vor dem Hintergrund der Wichtigkeit, wir reden immer vom Erhalt von qualitativ hochwertigem Trinkwasser, wir kennen alle die Aussagen „Wasser ist Leben“, „Wasser wird kostbarer als Öl sein“ oder „zukünftige Kriege werden nicht mehr ums Öl, sondern um sauberes Trinkwasser geführt werden.“ Wie gehen wir aber mit diesem Schatz Wasser bei uns im Land um? (Abg. Dr. Karisch: „Wir haben die Mur und die Raab und so weiter saniert!“) Was sind die Regierer bereit, zum Schutz dieses wirklich hochwertigen Trinkwassers zu tun? Wie rasch sanieren wir unser Grundwasser? Weil Grundwasser ist auch Trinkwasser.

Wer entschärft die tickenden Umweltzeitbomben der nichtsanierten Altlastenabfalldeponien? (Abg. Dr. Karisch: „Altlastensanierungsfonds!“)

Meine Damen und Herren, mit diesem Budget werden wir es nicht schaffen. Der Ansatz 522 ist eine unendliche Geschichte, Reinhaltung Luft, der vom Ressort Landesrat Schmid schon lange geforderte Strahlenmeßwagen, jahrelang gefordert, Kostenpunkt 3,5 Millionen, wurde wieder ersatzlos gestrichen, obwohl alle hier im Landtag vertretenen Parteien einhellig der Meinung sind, wie wichtig ein Strahlenmeßwagen im Hinblick auf einen Störfall eines grenznahen Atomkraftwerkes wäre. Es wäre eine effiziente Frühwarnung, zum Beispiel erwähne ich nur Krško. Die sehr geschätzte Frau Landeshauptmann Klasnic und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner haben immer in diversen Aussendungen und Aussagen gesagt, sie würden alles, was in ihrem Bereich zum Schutz ihrer Landesleute ist, tun. Leider, für einen Strahlenmeßwagen hat es bis jetzt noch nicht gereicht. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist eine Bundeskompetenz. Der Bundeskanzler hat das Strahlenressort!“) Aber Sicherheit geht vor. Ich hätte da einen ganz passablen Vorschlag, meine Damen und Herren.

Frau Landeshauptmann Klasnic und Herr Schachner sollten auf einen Teil ihrer Eigenwerbung, ihrer Selbstbeweihräucherung, ihrer Aussendung verzichten, die sicher in die zweistellige Millionenhöhe geht, und diesen eingesparten Betrag dem Budgetansatz 522 zukommen lassen, und wir könnten ohne weiteres sofort einen Strahlenmeßwagen anschaffen.

Auch beim Ansatz 527 Müllbeseitigungen gab es keine Aufstockung des Budgetansatzes gegenüber dem Jahre 1999 (Abg. Gennaro: „Du willst nur aufstocken, aber wo nimmst du das Geld her?“), trotz der

Problematik der am 1. Jänner 2004 ins Haus stehenden Verpflichtung zur thermischen Abfallbehandlung, meine Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Landesrat Pörtl, mit diesem Budget werden Sie sicher keine Bäume ausreißen, geschweige die Sanierung von Altdeponien und das Beseitigen von Altlasten durchführen beziehungsweise das Problem der thermischen Abfallbehandlung planen und lösen. Sehr geehrte Damen und Herren, in einem modernen Industriestaat hat der Umweltschutz nicht nur konservierende und erhaltende Aufgaben, vielmehr muß er die Basis für eine anhaltende und nachhaltige Entwicklung schaffen.

Umweltschutz bedeutet nicht nur eine Minimierung von Emissionen, sondern er muß auch in Prozesse eingreifen, um sich zu einem umfassenden System von Umwelt- und Ressourcenschonung entwickeln, wobei internationale Aspekte zu beachten sein werden. (Abg. Gennaro: „Jetzt kennst du dich schön langsam selber nicht mehr aus!“) Leider sind diese Forderungen mit diesem Umweltminibudget nicht umzusetzen. Ihr Herr Kollege, Vizekanzler Schüssel, würde sagen, es ist ein Mickymausbudget. (Abg. Dr. Flecker: „Bist du deswegen Hauptredner?“)

Bitte, jetzt kommt es. Trotz dieses finanziellen Mankos arbeitet eine überdurchschnittlich motivierte Beamtenschaft im Ressort Umweltschutz. Ich möchte daher stellvertretend für alle Beamten Herrn Dr. Manfred Rupprecht, Herrn Dipl.-Ing. Gerhard Jägerhuber und Herrn Dipl.-Ing. Bruno Saurer für ihre vorbildhafte Arbeit in Sachen Umweltschutz danken. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und den Grünen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Umwelt hat mit diesem Budget eine Schlacht verloren. Wir Freiheitliche lehnen daher dieses Umweltbudget und das gesamte Budget ab. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß auch die Regierer erkennen werden, wie wichtig ein ausreichend dotiertes Umweltbudget für eine fortschrittliche Umweltpolitik sein wird, im Sinne einer gesunden Luft und einer gesunden Umwelt in der Steiermark. Danke! Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 17.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Getzinger. Er hat als Hauptredner 15 Minuten.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren Landesräte!

Nach der Rede vom Kollegen Porta wird mir immer klarer, was das bedeutet, daß gut gemeint das Gegenteil von gut ist. Aber sei's drum, es war wenigstens gut gemeint.

Die Kollegin Karisch meint, daß wir auf eine stolze Bilanz zurückblicken können. (Unverständlicher Zwischenruf.) Das kann ich auch tatsächlich nicht teilen, Herr Präsident. Ich denke mir, diese Rede wäre vor vier Jahren wohl mit dem gleichen Wortlaut zu halten gewesen, was doch ein guter Hinweis darauf ist, daß wir jetzt auf vier Jahre, nämlich diese Legislaturperiode, auf Stagnation zurückblicken müssen. Sie haben die Bereiche auch durchaus angesprochen, wo es besonders schmerzhaft ist – Klimaschutz beispielsweise, Abgase aus dem motorisierten Individual-

verkehr und, und, und. Also, Sie haben dann im zweiten Teil Ihrer Rede durchaus auch jene Punkte angesprochen, wo es gerade notwendig wäre, Ende der neunziger Jahre, aktive, offensive Umweltpolitik zu machen. Und Umweltpolitik ist immer, wie wir wissen, Querschnittsmaterie. Das heißt, der Umwelreferent kann allein sehr wenig machen, muß versuchen, mit anderen Referenten, dem Wohnbaureferenten, wenn es um Energieeinsparung geht, sprich Klimaschutzpolitik, mit dem Verkehrsreferenten, wenn es um den motorisierten Individualverkehr geht, strategische Bündnisse einzugehen. Mir ist kein einziges dieser strategischen Bündnisse bekannt. Da ist überhaupt nichts gelungen. (Abg. Dr. Karisch: „Dämmungsmaßnahmen haben wir. Das muß man ehrlich sagen. Wir haben Dämmungsmaßnahmen, wir haben im Wohnbau Niedrigenergiehäuser!“) Ja, die haben wir seit 1945 schon gefördert, die Dämmungsmaßnahmen. Landesrat Schmid hat diese Maßnahmen erfreulicherweise fortgesetzt. Mir ist diesbezüglich keine einzige Initiative von Landesrat Pörtl in diese Richtung bekannt. Er könnte in seinem ureigensten Bereich, der Forcierung nachwachsender Rohstoffe, aktiv werden, wenn man Flachs oder Hanf, den mein Kollege Martin Wabl ja immer forciert, einsetzen würde. Da ist nichts gekommen. Also, irgendein Kooperationsabkommen, Mitfinanzierung in diesem Bereich (Abg. Dr. Karisch: „Doch, das tut er auch!“), Mitfinanzierung in diesem Bereich ist mir jedenfalls aus dem Landwirtschaftsressort oder Umweltressort nicht bekannt. Daß man natürlich immer Forderungen stellen kann an den Verkehrsreferenten oder an den Wohnbaureferenten, das ist schon ganz klar. Aber damit ist es als Umwelreferent nicht getan. Die Steiermark ist, wie gesagt, schon lange kein Umweltmusterland mehr. Wir sind auch kein Motor mehr. Das war vielleicht Ende der achtziger Jahre, Anfang der neunziger Jahre noch so. Mittlerweile haben uns Oberösterreich, Niederösterreich, Wien bei weitem überholt, selbstverständlich die westlichen Länder, die auch mehr Geld haben. Also, Vorarlberg, würde ich meinen, ist wahrscheinlich das Bundesland, das die muster-gültigste Umweltpolitik derzeit macht, auch in den schwierigen Bereichen Verkehr, Energie und Klimaschutz.

Aber auch in jenen Bereichen, wo es eigentlich gut möglich wäre, auch im eigenen Bereich, vor der eigenen Haustüre sozusagen, Umweltpolitik zu machen, in der Abfallwirtschaft – Erich Pörtl wird sicherlich bald wieder Taferl zücken, so wie ich ihn kenne, um damit irgendwie seine Untätigkeit zu kaschieren, wird ihm aber nicht gelingen, weil die Taten fehlen. (Landesrat Pörtl: „So vif wie du bin ich sicher. Das möchte ich schon behaupten!“) Um Vifheit geht es da gar nicht. Es geht um politische Durchsetzungskraft, die du im Umweltbereich schon lange nicht mehr bewiesen hast. Wenn du das eine Taferl, das wichtigste Taferl, mit hättest, wie sich nämlich der Restmüll mengenmäßig in den letzten Jahren nach oben entwickelt. (Landesrat Pörtl: „Du tust herumstänkern!“) Hast das Taferl hoffentlich mit, dann wirst nämlich sehen, daß deine eigene Untätigkeit eben dazu geführt hat, daß die eigenen selbstgesetzten Ziele im Jahre 2003, 2004 nicht erreicht werden. Und das ist ein entscheidender Punkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Restmüllmengen, meine Damen und Herren, aus den Haushalten sind erstmals seit zwei, drei Jahren wieder im Steigen begriffen. Die eigenen, von Land Steiermark selbst gesetzten Ziele, in der Landesregierung beschlossenen Ziele, werden nicht erreicht. Die Ursache dafür ist, daß die Beratungsaktivitäten in etwa am Stand 1995 eingefroren worden sind, daß die Informationsaktivitäten – man liest es ja selber in den Zeitungen, es kommt nichts mehr vor von Mülltrennung, Müllvermeidung – eingestellt worden sind.

Ich habe mich damals auch geärgert, daß immer wieder das Bild vom Erich aufgetaucht ist. Sei es drum, trotzdem, der gute Zweck ist erreicht worden in der letzten Periode. In dieser Periode, wie gesagt, Erich, hast diesbezüglich nichts mehr gemacht. (Landesrat Pörtl: „Mein Gott noch einmal!“)

Das Ergebnis ist, daß die Trenndisziplin der Bevölkerung wieder abgenommen hat – von allen Abfallentsorgern wird das bestätigt –, daß die Trennsysteme teilweise sogar ausgedünnt werden. Die Sammlung von Papier, Glas, Verpackungsmaterial wird für die Bevölkerung wieder erschwert. Die Wege dorthin, zu den Containern, wurden verlängert. Aus dem Grund, meine Damen und Herren, ist auch die Trenndisziplin zurückgegangen.

Was die Restmüllbehandlung betrifft – ebenfalls noch ein ungelöstes Problem –, werden die Abfallwirtschaftsverbände in guter alter Tradition alleingelassen. Sie sollen schauen, wie sie selber zu Rande kommen, denkt sich der Erich Pörtl. 2004 wird das Datum sein, wo Resümee zu ziehen sein wird, also ob der Restmüll in der Steiermark gesetzeskonform behandelt wird oder nicht.

Bei der Müllverbrennungsanlage – ich bin schon gespannt auf die Ausführungen vom Erich – ist jedenfalls bisher nicht der entscheidende Schritt gelungen, nämlich daß die Abfallwirtschaftsverbände diesbezüglich Sicherheit empfinden, daß klar ist, daß zumindest die heizwertreiche Fraktion in einer Müllverbrennungsanlage thermisch verwertet wird. Aber auch bei den mechanisch-biologischen Anlagen: auch die werden wir brauchen, da bin ich mir sehr sicher. Alle Experten gehen davon aus, daß die Perspektive das Müllsplitting sein wird. Das heißt, die heizwertreiche Fraktion wird verbrannt werden, die heizwertarme Fraktion mechanisch-biologisch behandelt werden. Auch dort ist nichts Entscheidendes weitergegangen. Nicht umsonst gibt es soviel Unsicherheit bei den Abfallwirtschaftsverbänden.

Aber auch – und ich habe es schon erwähnt, wie gesagt, zutiefst ein Interesse von Erich Pörtl, bei der Förderung umweltfreundlicher Produkte, von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen, hat sich nichts getan. 1997 hat der Landtag einen Beschluß gefaßt, wenigstens einmal eine Landtagsenquete zu diesem Thema durchzuführen, wenigstens einmal systematisch zu überlegen, was die Steiermark da in Kooperation mit den Landwirten, den fortschrittlichen Landwirten, die in diesen Bereich einsteigen wollen, tun könnte. Die Enquete hat bis heute noch nicht stattgefunden. Erich, du wirst das sicher gut begründen können, warum das so ist.

Hanfprojekte werden von der Landwirtschaftskammer behindert oder verhindert, mit Rückenbedeckung selbstverständlich von der Politik.

Meine Damen und Herren, summa summarum, also in der Abfallwirtschaftspolitik, was diese Legislaturperiode betrifft und das Budget 2000 betrifft, keine guten Noten für Erich Pörtl.

Was die Abwasserwirtschaft betrifft, ist der entscheidende Schwenk, der jetzt auch schon mehrere Jahre angekündigt worden ist, noch immer nicht gelungen. Die Fachabteilung 3a geht davon aus, daß wir in der Steiermark ungefähr 10.000 Kleinkläranlagen brauchen werden. Das ist nun einmal so, auch wenn wir die Kanalprojekte vernünftig, richtig, mit Alternativuntersuchungen und so weiter vorantreiben, wir werden viele, viele Kleinanlagen brauchen, weil die Steiermark eben in den vierziger, fünfziger, sechziger, siebziger Jahren kaum oder keine gescheite Raumordnungspolitik gemacht hat. Das heißt, wir haben in manchen Bereichen der Steiermark, insbesondere Ost- und Südsteiermark, Streusiedlungen, eine zersiedelte Situation, was bedeutet, wir brauchen die Kleinkläranlagen. Derzeit gibt es genehmigt und errichtet vielleicht 500 derartige Anlagen.

Ein riesiger Handlungsbedarf, ein riesiger Arbeitsmarkt. Das sage ich da auch gleich dazu, Erich Pörtl glaubt, das wird von allein passieren. Das wird es nicht tun. Es wird so sein, daß die Leute weiterhin in ihre undichten Senkgruben entsorgen, daß nicht einmal der Grubendienst funktionieren wird.

Also auch in diesem Bereich ungenügend. Auch in diesem Bereich finde ich im Budget 2000 keinen Ansatz, der wirklich einen Durchbruch bedeuten würde im Bereich der Kleinkläranlagen.

Es ist schon erwähnt worden, wir sind beispielsweise auch Mitglied des internationalen Klimabündnisses. Dieses Klimabündnis verpflichtet uns, im Gebiet der Steiermark, in Kooperation mit den Gemeinden 50 Prozent CO₂ zu reduzieren. Ich hätte gerne gewußt, was sich in diesem Bereich tut. Außer daß im Bereich Schmid zum Beispiel die Niedrigenergiehausförderung eingeführt wurde, ist mir jedenfalls nichts bekannt. Da und dort vielleicht Landwirtschaftspolitik, ein Biomassewerk, das unterstützt worden ist. Aber auch da ist allmählich der Plafond erreicht. Es geht darum, hier wirklich zum Durchbruch zu kommen, wirklich kräftige Maßnahmen zu setzen. Soviel zum Umweltschutz, meine Damen und Herren. Noch einmal, die Steiermark ist schon lange kein Umweltmusterland mehr. Wir haben eher die rote Laterne abgeholt in diesem Bereich. (Landesrat Pörtl: „Das gibt es ja nicht!“)

Ebenso traurig, meine Damen und Herren, ist die Bilanz im Bereich Naturschutz. Wir haben schon mehrfach im Landtag darüber gesprochen, auch die Kollegin Karisch hat durchaus selbstkritische Worte gefunden. Gäbe es in der Steiermark nicht wirklich eine richtige Szene an Naturschutzorganisationen, die teilweise ehrenamtlich, teilweise mittlerweile Gott sei Dank schon bezahltermaßen, also angestelltermaßen Naturschutzarbeit verrichten. Der WWF, das Institut für Naturschutz, Bird life, For Nature, der Österreichische Naturschutzbund, und auch so junge

Initiativen, die im pädagogischen Bereich tätig sind, wie der Naturerlebnispark in Graz-Andritz, und viele andere Organisationen gibt es in diesem Bereich, Gott sei Dank. Gäbe es die nicht, so wäre in der Steiermark der Naturschutz im wesentlichen tot oder überhaupt nur noch Rückschritte zu beklagen. Das Budget 2000 jedenfalls gibt abermals keinerlei Anlaß auf Hoffnung. Es ist bereits im Kulturbereich auf die segensreiche Wirkung der St:WUK-Gesellschaft des Landes Steiermark hingewiesen worden. Auch im Naturschutzbereich kann hier darauf verwiesen werden, ein sehr dicker Bericht der vier Naturschutzorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind. Es können Erfolge verzeichnet werden. Das zweite Projektjahr ist gerade abgeschlossen, 25 Mitarbeiter dieser Gesellschaft haben in der Steiermark Naturschutzarbeit geleistet. Das dritte Projektjahr hat soeben begonnen. Wie gesagt: auf Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Schachner als Wissenschaftsreferent. Dieses Anliegen war ihm wesentlich genug, die St:WUK ins Leben zu rufen. Erfreulicherweise – und das sei hier betont – finden sich auch immer wieder andere Landesräte zur Mitfinanzierung der St:WUK-Projekte, hervorzuheben ist Landesrat Paierl. Als Wirtschaftslandesrat erkennt er, daß Naturschutz, daß Umweltschutz durchaus auch Arbeitsmarktchancen in sich bergen, und aus dem Grund fördert er diese Projekte auch immer, durchaus auch Landesrat Hirschmann, aber auch Landesrat Pörtl. Darüber freuen wir uns. Es sei aber auch immer wieder darauf hingewiesen, daß dieses Projekt im Bereich Wissenschaftsressort Landeshauptmann Schachner entstanden ist.

Ich betone noch einmal, das Budget 2000 im Naturschutzbereich gibt abermals keinen Anlaß zu Hoffnung. Der Schotterschilling ist von der ÖVP torpediert worden, die Finanzierung wäre damit auf gesunde Beine zu stellen. Die Voraussetzung allerdings für dieses „Auf-gesunde-Beine-Stellen des Naturschutzes“ ist, daß man die Naturschutzgebiete, um die es geht und die jetzt zusätzlich zu finanzieren sind, die Europaschutzgebiete, auch richtig ausweist, Herr Landesrat Hirschmann. Es wäre schon sehr gut, wenn im Blaurackenschutzgebiet wirklich Blauracken vorkämen. (Abg. Dr. Karisch: „Sie wissen, wie flatterhaft und beweglich Vögel sind!“) Also mag schon sein, daß es auch am Geldmangel liegt. (Abg. Dr. Flecker: „Landesrat Hirschmann hat soviel Ehrlichkeit, daß er wenigstens bei Sachen, die ihn nicht interessieren, wirklich nicht zuhört!“ – Landesrat Dr. Hirschmann: „Stimmt, jawohl Herr Klubobmann!“) Eben, er betont es eh immer wieder, daß ihm der Naturschutz kein Anliegen ist, daß er seine Mittel ausschließlich in den Tourismus pumpt. Blauracken sind nicht besonders tourismusträchtig, das sind Vögel, die fliegen davon, wenn Touristen kommen. Also vielleicht ist das Grund, warum da das Gebiet genau neben dem Brutgebiet der Blauracken ausgewiesen wurde als Europaschutzgebiet. Ich glaube, daß es klug wäre, hier finanzielle Mittel vielleicht aus dem Parteienkontingent der ÖVP bereitzustellen, um wenigstens diese Untersuchungen, diese Grundlagenuntersuchungen, welche Gebiete wirklich schützenswert sind, ordentlich und solide durchzuführen. Die Adresse, die genannt worden ist, Bird life, ist sicherlich die erste in der Steiermark.

Der Nationalpark, meine Damen und Herren, dazu noch ein abschließendes Wort. Das wäre ja das große schöne Projekt im Naturschutzbereich vom Landesrat Hirschmann gewesen. Er ist trotz positiver Machbarkeitsstudie weiter denn je von der Realisierung entfernt. Mangelnde Akzeptanz ist zu konstatieren, ein kräftiger, über 1000 Mitglieder umfassender Schutzverein hat sich gebildet und lehnt den Nationalpark ab. Es ist wieder ein Versagen der Informations- und Kommunikationsarbeit zu konstatieren. Das Steuer ist vielleicht noch herumzureißen, aber auch hier nur im engen Bündnis mit den Profis von den Naturschutzorganisationen. Kommunikationsberatungsfirmen scheinen mir hier nicht der richtige Weg zu sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (17.52 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich habe mir gedacht, nachdem Landesrat Hirschmann ja ein Fußball- und Sportspezialist ist, wenn man seine Naturschutzaktivitäten auf dieser Ebene sprachlich vergleichen würde, dann könnte man sagen, statt der Champions League ist die Steiermark da in der Gebietsliga Südost unterwegs. Ich hoffe, Herr Landesrat, daß Sie meine Bemühungen als Nichtfußballexpertin und absolute Laiin, Ihre Aktivitäten da in ein sprachliches Bild zu gießen, das Ihnen angepaßt ist, entsprechend würdigen, auch wenn Sie inhaltlich nicht unbedingt meiner Meinung sein werden.

Champions League deswegen nicht, weil ich werde jetzt schwerpunktmäßig einerseits zum Naturschutzgesetz reden und zweitens zum Nationalpark Gesäuse, weil diese Bereiche in der Steiermark nahezu seit Jahrzehnten auf Eis liegen. Ich möchte nur etwas zu meinen Vorrednern sagen, den beiden Herren, die das Budget sehr kritisch gewürdigt haben, an Sie eine Aufforderung: Stimmen Sie gegen das Budget! Es wäre eine Motivation für den Naturschutz- und den Umweltlandesrat, da innovativer vorzugehen. Es wäre für ihn eine Motivation, speziell Landesrat Pörtl, eine Umverteilung zu machen vom Siedlungswasserbau und von Kanalautobahnen zum Beispiel zu seinem ÖVP-Kollegen Hirschmann, dem das Geld für den European Naturschutz ausgeht. Und ich falle gleich mit der Tür ins Haus, Kolleginnen und Kollegen von den drei Regierungsparteien, und bringe, wie in der ersten Rede zum Budget angedroht, einen Abänderungsantrag ein.

Abänderungsantrag der Grünen, betreffend Finanzierung des ökologischen Netzes „Natura 2000“. Wie gesagt, das ist eine Hilfsmaßnahme für den Landesrat Hirschmann. Wir wollen ihm da einfach finanztechnisch etwas unter die Arme greifen. Er braucht eigentlich nur seine Fraktion veranlassen, dann mitzustimmen. Wenn die Freiheitlichen auch mitgehen, haben wir da sofort eine Mehrheit im Haus, und Sie haben Ihr Naturschutzbudget zumindest einmal in der ersten Etappe EU-mäßig angehoben.

Mit der Novellierung des Naturschutzgesetzes beziehungsweise der sogenannten EU-Anpassung – zwei EU-Richtlinien, aus dem Jahre 1979 die Vogelschutzrichtlinie, aus dem Jahre 1992 die Habitat-Richtlinie – ist die Steiermark gemeinschaftsrechtlich verpflichtet, das Naturschutzbudget beträchtlich anzuheben. Es gibt da eine Kostenkalkulation von einer unverdächtigen Stelle, nämlich der Generaldirektion XI der EU, die hat eine Schätzung durchgeführt, bezogen auf die Größe und die naturkundliche Ausstattung der steirischen Gebiete. Und es ergibt sich ein Finanzierungsbedarf von rund 80 Millionen Schilling. Teile dieser Summe werden durch Direktbeiträge der EU oder über das ÖPUL lukriert. Es ist aber aus Gründen der Budgetwahrheit notwendig, die Umsetzung dieses Naturschutzes direkt im Landeshaushalt 2000 festzuschreiben. Mittel in der Höhe von 40 Millionen Schilling sollten dafür im Landschaftspflegefonds verankert werden, und dafür ist der Ansatz 2/982009/3450, Aufnahme von Darlehen, um 40 Millionen Schilling zu erhöhen.

Es wird daher im Namen der Grünen der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 2000 wird der Ansatz 5203 Landschaftspflegefonds wie folgt um 40 Millionen erhöht: 1/520305 Förderungsausgaben, laufende Gebahrung 63,518.000 Schilling.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von drei Regierungsparteien, es ist ganz einfach. Sie heben zeitgerecht die Hand, rechts oder links ist uns egal, und Sie geben damit dem Naturschutzlandesrat Hirschmann die Möglichkeit, daß er endlich seinen EU-rechtlichen Verpflichtungen nachkommt und die Peinlichkeit einer Klage der Kommission gegenüber der Republik Österreich damit ein Stück weiter weg rückt, als das derzeit ausschaut.

Noch ein Wort. Der Herr Kollege Vesko widerspricht offenbar seinem Kollegen Porta, der inhaltlich ganz ähnlich argumentiert hat wie ich (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist peinlich!“), nur mit dem Unterschied, daß er nicht einen entsprechenden Abänderungsantrag eingebracht hat.

Zweites Thema: Im Rahmen des Naturschutzes „Nationalpark Gesäuse“ und im Zusammenhang mit dem Nationalpark Gesäuse möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in Admont die Machbarkeitsstudie zum Nationalpark Gesäuse präsentiert wurde. Und da geht hervor, daß dieses Projekt problemlos durchführbar ist, daß das Projekt ohne irgendeine politische Verzögerung in Angriff genommen werden müßte. Ideal wäre natürlich eine Verbindung mit Oberösterreich, mit dem Nationalpark Kalkalpen. Das fordern die Grünen auch in der Bezirksorganisation Liezen seit Jahren.

Das Problem, das sich ergibt, ist erstens einmal, daß man ein viel zu kleines Areal projektiert hat, was auch den Wert dieses Nationalparks nach unten lizitiert, was tourismuspolitisch nicht nachvollziehbar ist, Herr Landesrat. Er ist noch da, zu meiner Freude: (Landesrat Dr. Hirschmann: „Immer, wenn Sie sprechen!“)

Immer, wenn ich spreche?

Aber, wie gesagt, die Abstimmungsmotivation Ihrer Fraktion bei unserem Abänderungsantrag, wo wir als Oppositionsfraktion für Sie das Geld aufstellen gehen, würde ich Sie noch bitten einzuleiten, zeitgerecht.

Ein drittes Thema noch, Herr Landesrat, es geht auch um den drohenden Gipsabbau in einem der vom Nationalpark Gesäuse betroffenen Projekte, nämlich in Johnsbach. Dagegen müßte man sich ganz klar aussprechen. Das ist bis jetzt noch nicht passiert, hängt auch mit einem immer noch nicht optimalen Mineralrohstoffgesetz zusammen, hängt mit einer Bergbehörde zusammen, die nach wie vor autokratisch geführt wird, und hängt damit zusammen, daß man Rohstoffabbau und die Herstellung von nicht besonders hochwertigem Schotter über einen Nationalpark stellt, der in Europa in dieser Qualität, die da angeboten wird – Fauna, Flora in Kombination mit Wasser – einzigartig ist.

Sehr geehrter Herr Landesrat, wir wünschen uns da eine optimalere Informationsarbeit, als das bis jetzt passiert ist. Und wir wünschen uns natürlich, das ist der dritte Punkt, neben Naturschutzbudget, neben Nationalpark Gesäuse, daß Sie endlich das machen, was Ihre Frau Kollegin Karisch vorher zu meiner Freude angekündigt hat, nämlich daß Sie endlich diese 0,107 Prozent der steirischen Landesfläche, nämlich bestimmte Fließgewässerstrecken, unter Naturschutz stellen. Zur Erinnerung, wir haben dazu einen Entschließungsantrag am 16. März dieses Jahres eingebracht. Ausweisung von Naturschutzgebieten als Natura-2000-Gebiete. Da geht es um die Traun – 6 Kilometer, Salza – 70,5 Kilometer, Mürz – 5 Kilometer, Schwarze Sulm – 16,8 Kilometer, Weiße Sulm – 7,3 Kilometer, Grenzmur – 34 Kilometer. Wenn es möglich wäre, sich daran zu erinnern, daß diese Fließgewässer hochwertiger Bestandteil der steirischen Biotopangebote sind, Herr Landesrat, und wenn es möglich wäre, daß Sie Ihre Fraktion und vielleicht noch einige andere motivieren, unserem Abänderungsantrag zum Budget zuzustimmen, könnten Sie sicher sein, daß ich, wenn ich das nächste Mal zum Naturschutz oder zum Budget rede, Ihnen ein Kompliment bezüglich Ihrer nahezu Champions-League-artigen Naturschutzpolitik mache. Im Moment müssen wir stehenbleiben bei Gebietsliga Südost. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (18.00 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren Landesräte, sehr verehrte Damen und Herren!

Umweltschutz und Kanal sind eine enge Symbiose. Ich habe heute ein Beispiel zum Thema Kanal – der Herr Hofrat Saurer sitzt ja hinten, wie ich gesehen habe –, also eine ganz interessante Sache.

Jetzt, wo die Zeiten vorbei sind, daß man die Kerne angeschlossen hat, kommen die ganzen peripheren Teile dran, und hier spießt es sich in sehr vielen

Bereichen. Hier spießt es sich deswegen, weil es Bürger gibt, die andere Lösungen bereits gefunden haben, die andere Lösungen durchsetzen müssen oder wollen, und die Behörde läßt sie nicht.

Jetzt habe ich einen ganz konkreten Fall, der es verdient, in der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. Ich appelliere an die zuständigen Stellen, und ich appelliere an den Herrn Landesrat Pörtl, hier Milde vor Recht ergehen zu lassen. Es gibt eine Familie im Südwesten von Graz – ein bekannter Radiosender hat dort sein Domizil aufgeschlagen –, eine kleine Bauernfamilie, die zwei Kühe und drei Schweine hat. Die Tochter macht ein bißchen Schafwollweberei, so daß es ein wenig Einkommen in der Familie gibt. Also im Endeffekt leben die von der Hand in den Mund.

Jetzt hat diese Gemeinde – im Jahr 1992/93 war das – den Kanal gebaut. Der damalige Bürgermeister hat sich die Lage angeschaut und hat gesehen, dieses Haus kann man nicht anschließen. Das Haus der Familie steht genau auf den Grundgrenzen. Man müßte beim Nachbargrund vorbeigraben oder unter dem Haus durchgraben. Nur, das Haus hat keinen Keller, und das ganze ist mit größten Problemen und mit größten Schwierigkeiten verbunden. Der Herr Bürgermeister hat damals gesagt, da müßt ihr selber was machen, wir können euch nicht anschließen. Und diese Familie hat selber etwas gemacht. Sie hat eine biologische Kleinkläranlage errichtet, geplant von Dr. Erhart, wasserrechtlich genehmigt von der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung. Und jetzt beginnt das Problem. Obwohl diese Kleinkläranlage genehmigt ist, obwohl sie ständig geprüft, untersucht und für in Ordnung befunden wird, zwingt jetzt die Gemeinde – inzwischen war ein Bürgermeisterwechsel und mit dem Bürgermeisterwechsel auch ein Gesinungswechsel –, dieser Bürgermeister und die Behörde die Familie, die es sich jetzt wirklich nicht leisten kann, dazu, einen Kanalanschluß zu machen. Sie zwingt sie dazu, fast das Unmögliche möglich zu machen, durch ein Haus durchzugraben oder bei den Nachbargrundstücken vorbei. Abgesehen von den finanziellen Belastungen ist das ein administrativer und baulicher Aufwand, der fast nicht machbar ist. Bis jetzt haben alle Bitten, Eingaben, Berufungen, Wünsche und Beschwerden nicht geholfen, nicht gefruchtet. Erst vor kurzem wurde wieder ein Bescheid einer Zwangsvollstreckung erlassen, unterschrieben in letzter Instanz vom Hofrat Dipl.-Ing. Saurer.

Ich ersuche die zuständigen Stellen, daß man, Herr Hofrat und Herr Landesrat, dieser Familie – ich kann Ihnen die Unterlagen dann alle geben, Herr Landesrat – hilft, einer kleinen Bauernfamilie mit zwei Kühen und drei Schweinen. Die sind nicht in der Lage, das zu machen. Und sie haben etwas gemacht, sie haben die biologische Kleinkläranlage errichtet, die funktioniert, die geprüft ist und die in Ordnung ist. Bitte, laßt die Familie das machen, was sie gemacht hat, und zwingt sie nicht zu einem Kanalanschluß. (Beifall bei der FPÖ. – 18.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kinsky (18.05 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Herren Landesräte, meine Damen und Herren!

Die Hauptredner Porta, Getzinger und Zitz haben unisono darüber Klage geführt, daß für die Umwelt und den Naturschutz zu wenig Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eigentlich den wichtigsten Partner für den Menschen draußen in der Natur, für die Umwelt und den Naturschutz, der zum Nulltarif, ohne Kosten, für uns eigentlich das Wichtigste ist, und das sind unsere Wälder, das ist draußen unsere Natur.

Ich glaube, wenn wir hier über Umwelt reden und ich das Faktum weiß, daß zum Beispiel unsere Waldbauern seit Jahren 30 Prozent weniger Holz aus diesem Wald holen als zuwächst, wenn wir wissen, daß unser Land zu einem der schönsten Europas zählt, dann müßten wir auch in dieser Debatte eigentlich an erster Stelle unseren Bauern danken für die hervorragend erhaltene Natur vor Ort in der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Zum Zweiten. Wenn ich jetzt gesagt habe, daß wir wesentlich weniger Ressourcen aus diesen Wäldern holen als zuwachsen, dann sage ich noch eines dazu. Wir haben enorme Energiereserven hier im Wald stehen, die wir nützen könnten, aber wir haben heute Probleme mit den EVUs, wenn wir Energieanlagen aus Biomasse errichten wollen, weil uns gesagt wird, in Zeiten wie diesen, wo plakatiert wird 15 Prozent weniger Strompreis, können wir euch den Preis, den ihr braucht, um diese bioenergetischen Anlagen zu betreiben, niemals im Einspeisetarif abgelten. Da haben wir also ein Problem, und es wird Verhandlungen bedürfen, um hier zu einer sinnvollen Lösung zu kommen, denn es bringt gar nichts, wenn wir Investitionen fördern für etwas, was sich dann im Betrieb auf die Dauer nicht rechnet. Das ist ein ökonomischer Unfug.

Ich möchte noch etwas zur Natura 2000 sagen und hier dem Herrn Landesrat Hirschmann für die Erklärung danken. Ich habe vollstes Verständnis für alle Sorgen und Nöte und Gedanken aller Vereine, die sich mit der Natur beschäftigen, aber ich danke dem Herrn Landesrat Hirschmann für die Aussage, es wird in der Steiermark keinen Vertragsnaturschutz geben, ohne das Einverständnis der Eigentümer. Und ich sage euch eines, Naturschutz, Biotopschutz gegen die Eigentümer und gegen die, die jahrzehntelang diese Natur für uns erhalten haben, werden einen Schiffbruch erleiden. Nur in Zusammenarbeit und nur in Form von Vertragsnaturschutz ist das möglich. Und wenn heute die Sorge getragen wird, wir haben zu wenig Geld, dann sage ich zum Abschluß folgenden Gang: Bis heute wissen wir von Brüssel noch nicht die Richtlinien, es müssen für alle ausgewiesenen Naturschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete, Managementpläne erstellt werden. Derzeit im Auftrag des Herrn Landesrates im Bereich des Jogllandes ein Projekt, ein Anfangsprojekt, dafür ist genügend Geld da. Ich glaube, bis wir soweit sind, bis wir die ganzen Managementpläne erstellt haben, werden wir uns über das nächste Budget unterhalten müssen. Derzeit sehe ich den großen Finanzbedarf nicht. Noch einmal: Naturschutz ja, Umweltschutz ja, aber bitte nicht auf

Kosten der Bauern und derer, die die Natur draußen erhalten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (18.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat noch kaum einen Winter gegeben, in dem es so schwere Lawinenkatastrophen gegeben hat wie in diesem Jahr. Leider mußten dabei auch viele Menschen ihr Leben lassen. Ältere Menschen sagen, sie können sich kaum mehr erinnern, daß an diesen oder jenen Stellen jemals vorher Lawinen abgegangen sind. Das gleiche gilt auch für Erdbeben und Muren, wie sie heuer im Frühling nach starken Regenfällen passiert sind. Und auch hier kann sich keiner mehr erinnern, daß an diesen Stellen jemals eine Mure niedergegangen ist. Mit ein Grund – ich sage nicht der alleinige Grund, aber mit ein Grund – dafür ist sicher der schlechte Zustand unserer Schutz- und Bannwälder. Wie schon der Name Schutz- und Bannwald aussagt, soll dieser Wald Häuser, Straßen, Ortschaften, ja ganze Täler vor Lawinen, Erosionen, Steinschlag und so weiter schützen. Da dieser Wald keinen wirtschaftlichen Ertrag abwirft und nur mit sehr hohen Kosten aufgeforstet, verjüngt und gepflegt werden kann, wird er nur in den seltensten Fällen saniert. Eine große Rolle spielt auch der Mangel an Arbeitskräften für diese sehr schwere Arbeit. Es gibt kaum mehr Holzarbeiter, Holzknechte und auch für den Bauernwald gibt es kaum mehr Möglichkeiten, diese zeitaufwendige Arbeit zu erledigen.

Es ist noch gar nicht so lange her, vielleicht 60 oder 80 Jahre, da gab es noch genügend Menschen, die in diesem Bereich Arbeit hatten, nur unsere wirtschaftliche Lage war damals eine andere. Ich will damit sagen, was sich nicht schreibt, kann nicht mehr gemacht werden. Und wenn man dann weiß, daß auch ein Baum eine Lebenserwartung hat, in diesen Höhenlagen vielleicht 100, 150, 200 Jahre, danach bricht er zusammen, dann weiß man, warum gerade jetzt Katastrophen an Stellen passieren, wie gesagt, wo sich niemand mehr erinnern kann. Da dieser Wald außer Ertrag steht, wie es in der Forstsprache heißt, sich also nicht schreibt, wurde er einfach stehengelassen, ignoriert. Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, tickt eine Zeitbombe. Allein in der Steiermark sind es über 38.000 Hektar Schutzfläche, die saniert werden müßten, 18.000 Hektar davon vordringlichst. Eine grobe Kostenschätzung sagt, daß nur für die dringlichsten Sanierungsmaßnahmen rund 922 Millionen Schilling notwendig sind. Ich weiß, daß Bund und Land zwar verschiedene Projekte in Angriff genommen haben, aber es ist viel zu wenig, was hier getan wird.

Natürlich ist die Finanzierung einer der Hauptgründe, warum in der Schutz- und Bannwaldsanie rung nichts weitergeht. Viele werden sagen, das ist ein Problem der Waldbesitzer. Nur, rufen Sie sich noch einmal die Katastrophe ins Gedächtnis, denken Sie daran, daß nicht nur Ortschaften und Täler, sondern auch Tourismuseinrichtungen, wie zum Beispiel Lifte,

von intakten Schutzwäldern profitieren. Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, das ist ein Gesellschaftsproblem.

Wir alle sollten uns gemeinsam um eine Lösung dieses Problems bemühen. Es ist nicht das erste Mal, daß ich über diese Problematik hier berichte. Es gibt auch Anträge von uns an den zuständigen Landesrat, ich glaube, auch die Freiheitlichen und die Grünen haben sich mit Anträgen an den Herrn Landesrat gewandt. Nur, es gibt keine oder kaum eine Reaktion, und es ist auch im jetzigen Budget keine Reaktion auf dies alles zu bemerken. 310.000 Schilling für Aufforstung in Hochlagen, gerade dort wäre es am notwendigsten. 3 Millionen, um geschädigte Wälder im Einzugsbereich von Lawinen und Wildbächen zu reparieren. Aber auch außerhalb dieser gibt es eben Probleme mit dem Schutzwald. Ich weiß – das möchte ich hier ausdrücklich betonen –, daß sich die Forstbehörden sehr bemühen, aber mangels größerer finanzieller Unterstützung und mangels Arbeitskräften ist hier nur ein Flickwerk zu machen. Zwei Resolutionen haben wir zu diesem Thema eingebracht, die zwar erst in der Gruppe 7 gebracht werden. Ich glaube aber, daß es auch in dieser Gruppe sehr gut paßt.

60 Prozent der Steiermark sind mit Wald bewachsen, das sind 985.000 Hektar. Und ausgerechnet in der Grünen Mark haben Forstadjunkten kaum Möglichkeit, ihre Berufspraxis zu erwerben. Es muß doch möglich sein, in Zusammenarbeit mit den Bezirksforstbehörden, dem AMS und dem Land Steiermark ein Modell zu finden, wo diese jungen Förster, aber auch viele andere Menschen, Beschäftigungsmöglichkeiten haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich ersuche euch alle und vor allem den zuständigen Landesrat um Unterstützung dieser Resolution und auch um Hilfe zur Verwirklichung dieser Projekte. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List.

Abg. List (18.15 Uhr): Frau Kollegin Kaufmann, du hast jetzt die freiheitliche Höflichkeit und Hilfsbereitschaft erlebt. (Abg. Kaufmann: „Das hast du nicht freiwillig getan!“)

Geschätzte Damen und Herren, Herr Präsident, Herr Naturschutzlandesrat und vor allem du, Herr Umweltlandesrat!

Ich vermisse einige kritische Beispiele! Wenn wir uns den Bezirk Graz-Umgebung anschauen, so gibt es hier mehrere an der Zahl. Beispielsweise die illegalen Mülldeponien in den Gemeinden Sankt Radegund, in Rinnegg oder in Stattegg. Oder die leidige Geschichte der Kläranlage in Unterpremstätten, die zu klein ist, wo das Grauwasser austritt, der Laabach verseucht wird und durch diese Gefahr der Boden im Grazer Feld bereits arg in Mitleidenschaft gezogen wurde. Hier ermittelt bereits die Staatsanwaltschaft.

Aber für mich jetzt viel wichtiger ist das Thema oder die Geschichte bei der Errichtung des Altstoffsammelzentrums und Kinderspielplatzes auf einer alten Mülldeponie der Marktgemeinde Feldkirchen.

Damals kamen bei den Grabungsarbeiten Berge von Lederresten zum Vorschein, die rasch über Nacht plötzlich wieder verschwunden sind. Aber der Fehler oder das Pech für die dort handelnden Personen war, daß diese Müllreste trotzdem fotografiert werden konnten. Diese chemischen Lederabfälle, die dort aufgetaucht sind, sollen vor rund 20 Jahren von der Firma Humanic in eine damalige Schottergrube eingebracht worden sein. Das Ausmaß dieser bekannten, bekannten betone ich, Altlastenfläche wurde niemals festgestellt. Eine Entsorgung des verborgenen Gefährdungspotentiales wurde nicht durchgeführt und auch nicht im Zuge dieser Grabungsarbeiten. Die Verantwortlichen, muß ich sagen und stelle das nochmals heute hier fest, haben diese Mülldeponie rasch wieder zugeschüttet, darauf einen Kinderspielplatz und verschiedene Objekte für ein Altstoffsammelzentrum errichtet und gebaut.

Vor wenigen Monaten warst du auch dabei, Herr Kollege Hans Löcker (Abg. Ing. Löcker: „Schönes Fest!“), und der Umweltlandesrat, bei einem schönen Fest, und ihr wußtet nicht oder wolltet nicht wissen, auf welcher Fläche ihr euch befindet, nämlich auf einer Altlastenverdachtsfläche, die nicht saniert wurde.

Und jetzt kommt es, Herr Landesrat, das, was für mich sehr bedenklich ist, vor allem für uns Freiheitliche, in der politischen Umsetzung, in der politischen Arbeit im Umweltbereich, nämlich, entgegen der fachlichen ablehnenden Beurteilung im Amtssachverständigengutachten wurde ein Wasserrechtsbescheid ausgestellt. Die Feststellungen in diesem Amtssachverständigengutachten sind nämlich folgende: „Der Standort ist für das Altstoffsammelzentrum nicht geeignet, und die Inhaltsstoffe der Aschenschichten gefährden das Grundwasser im Schongebiet.“ Das steht im Amtssachverständigengutachten. Diese Bedenken wurden einfach nicht behandelt!

Jetzt im Wasserrechtsbescheid, der für die Errichtung vonnöten war, heißt es dazu wörtlich: „Diese Problematiken sind jedoch nicht verfahrensgegenständlich!“ Die interessieren uns nicht!

Diese Ausführungen, Herr Landesrat, bestätigen eindeutig, daß hier eine politische Entscheidung getroffen wurde, eine politische Entscheidung klarerweise, nachdem hier die Verantwortungsträger in den Reihen der ÖVP sitzen – ein schwarzer Bürgermeister, ein schwarzer zuständiger Herr Landesrat, eine schwarze Landeshauptfrau, ein schwarzer Landwirtschaftsminister.

Keine Frage, daß man hier ohnehin ein politisches Ende im Verfahren erwarten konnte. Trotzdem unverständlich, daß es jahrelang keinen Wasserrechtsbescheid gegeben hat und daß die bedenklichen Gutachten des Amtssachverständigen banal mißachtet wurden. Das ist für alle überaus peinlich! Traurig aber die Erledigung, geschätzte Damen und Herren. Hier hat es einen Sieg der ÖVP-Parteilpolitik über die Vernunft der Umwelt gegeben. Auf der Strecke sind dabei die Sorgen, die Ängste der Anrainer um das Grundwasser geblieben! Die künftigen Generationen werden damit noch genügend Probleme haben. Für uns

Freiheitliche heißt das, kleine Umweltsünden zu-picken, ohne sie vorher zu reinigen, werden zu großen Wunden führen. Das gibt es, Herr Landesrat, das ist Faktum.

Ich glaube, wir sind sehr weit von einem Umwelt-musterland entfernt, wie in den Zeitungen steht und wie unter deinem netten Foto geschrieben ist, Umwelt-anleitungen zum Nachmachen. Ich glaube, Umwelt-anleitungen, wie wir sie nicht nachmachen sollten.

Die Freiheitlichen lehnen auf alle Fälle eine Um-weltpolitik, wie sie in dieser Gemeinde durchgeführt würde, mit aller Vehemenz ab! (Beifall bei der FPÖ. - 18.20 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Löcker. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Löcker (18.21 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mich jetzt schnell gestärkt, nachdem mein Vorredner schon eine etwas zittrige Stimme gehabt hat ob des Skandals in Feldkirchen.

Aber, lieber Kurt, zur Objektivierung sollte man sagen, daß du dort im Gemeinderat Oppositions-politiker bist (Abg. List: „Das ist egal!“) und den Bürgermeister ohnehin bei der Staatsanwaltschaft und wo immer auch es geht angezeigt hast und daß alle Verfahren gelaufen sind. (Abg. List: „Das ist die Unwahrheit!“) Dann nehme ich das mit. Dann bin ich falsch informiert. (Abg. List: „Schlecht informiert!“)

Nein, etwas kenne ich die Situation schon. (Abg. List: „Es wurde von meiner Seite aus nichts unternommen!“) Er war jedenfalls angezeigt, der Bürgermeister. Von welcher Seite weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß dort auch Nachbarn sind, die heftig gegen den Standort waren, obwohl auf der anderen Seite dieser Häuser die Bundesstraße vorbeiführt und die Deponie am Abend und an den Wochenenden der ruhigste Nachbar ist, den es überhaupt geben kann - nebenbei gesagt, nach dem Stand der Technik errichtet. Aber das ist ein lokales Scharmützel, ähnliches in Dobl, wie es früher genannt wurde. (Abg. Wiedner: „Das ist ein Umweltskandal!“)

Und ich muß schon sagen, Kollege Wiedner, es ist für mich ein Beweis natürlich, daß die Umweltproble-matik im Bezirk Graz-Umgebung am gravierendsten ist, und das ist auch verständlich. Bei einer so großen Bevölkerungszunahme und einer so großen Dynamik im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich entstehen hier natürlich mehr Probleme als woanders. Aber weil wir heute schon das Umweltthema diskutie-ren und das ja geradezu eine Fundgrube für Katastro-phenmeldungen ist, muß ich doch noch etwas zu den vorhergehenden Hiobsbotschaften sagen.

Der Kollege Getzinger hat gesagt, daß der Landesrat Pörtl auf der Stelle tritt und daß es im Gegenteil schlechter wird, und er hat da die angelieferte Müll-menge zitiert aus dem Hausmüll. Da kann man nur sagen, von 1995 bis 1997 ist diese Menge von 164.000 auf 174.000 leicht angestiegen, nachdem sie vorher vom Jahr 1990 bis 1995 von 246.000 auf 164.000 ge-sunken ist. Das heißt also, dieser minimale Anstieg kann nicht als Hiobsbotschaft verstanden werden.

Nach diesen Wortmeldungen - natürlich je nach Absicht und Ziel - würde man glauben, wenn man in den Hof hinausschaut und man sieht dort die Blumengehänge, daß das das letzte Grün in der Steier-mark und alles andere schon kaputt ist. Aber ganz so ist es nicht. (Abg. List: „Aber so rosig ist es auch nicht!“)

Der Herr Landesrat wird das auch noch beweisen können.

Zum Thema „Gewässerschutz“ ist es natürlich schon so, daß wir in der öffentlichen Wasserver-sorgung rund 7,4 Millionen Menschen in Österreich versorgen und daß über die Hälfte davon aus dem Grundwasserbereich kommt und dieser Bereich natürlich ein besonderes Problem darstellt. Es sagt zwar der Paragraph 31 des Wasserrechtsgesetzes, daß durch die allgemeine Sorgfaltspflicht es jedem Benutzer der Oberfläche - und das ist wohl über-wiegend die Landwirtschaft - verboten ist, eine Verun-reinigung einzutragen. Aber hier ist zwischen Theorie und Praxis, auch für den Besitzer und den Bewirt-schafter, nicht immer die klare Grenze zu ziehen. Es gibt ja deswegen auch den Paragraphen 32 mit dem Vertragswasserschutz, der über die Sorgfaltspflicht geht, wobei er aber hier schon aufgeweicht wird, weil man sagt, dann entsteht auch eine Entschädi-gungspflicht, wenn jemand eine erhöhte Sorgfaltspflicht in der Form in Kauf nimmt, daß er seine land-wirtschaftliche Nutzung gegenüber den üblichen Nutzungsarten freiwillig einschränkt oder über Ver-tragswege.

Es ist natürlich das eine, wie schon gesagt, eine Grenze, die schwimmend ist. Wenn es einerseits ein Gesetz gibt, das sagt, die Sorgfaltspflicht schreibt schon vor, daß keine Verunreinigung zustande kom-men darf, dann ist es eigentlich natürlich schon frag-lich, weshalb dann, wenn jemand auf eine Verun-reinigung verzichtet, sozusagen - unter Anführungs-zeichen - er dafür entschädigt werden sollte. Man ver-gleicht hier einen Autofahrer, der durch einen Ort mit 50 Stundenkilometer fährt, vom Radar gemessen wird und dann zur Streife sagt, ich bekomme von euch ein Geld, denn ich bin ohnehin nicht über 50 gefahren. Ähnliches ist also nach dem Rechtsempfinden im Wasserschutz feststellbar.

Aber es stimmt, daß die Landwirtschaft unter einem immensen wirtschaftlichen Druck steht, da sie auch im internationalen Wettbewerb steht, und daß andere Länder in Europa den Umweltschutz und damit auch die Produktionsmöglichkeiten nicht zu streng ein-grenzen. Das muß man natürlich fairerweise auch dazusagen.

In Europa sind 20 Prozent der Agrarflächen mit über 50 Milligramm Nitratgehalt belastet, wobei das über-wiegend Grundwasserfelder sind - und nachdem ich es schon blinken sehe, ich glaube, das hat was zu be-deuten. Herr Präsident, hat das Blinken eine beson-dere Bedeutung? (Abg. Vollmann: „Ja, daß deine Redezeit abläuft, und nicht deine Zeit, die Redezeit!“) Ich danke, ich habe bisher meine Aufmerksamkeit so konzentriert dem Landtag gewidmet, daß ich das Blinken übersehen habe, und ich werde mich heute noch einmal melden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - 18.27 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Darf ich die Damen und Herren Kollegen noch einmal darauf hinweisen, daß für Redner, die fünf Minuten sprechen, in dem Moment, wo sie zu sprechen beginnen, die Uhr auf vier steht. Das heißt aber, daß vier Minuten und 59 Sekunden zur Verfügung stehen. Wenn dann bei der letzten Minute, nachdem der Einsler ausfällt, die Sekunden von 59 langsam heruntergehen, heißt das, daß Sie bis Null reden können, und dann obliegt es dem Vorsitzenden jeweils nach Gutdünken und nach der Situation, noch etwas nachsprechen zu lassen, wenn das Thema interessant ist, beziehungsweise durch einen leichten Ton darauf hinzuweisen. Bitte, daß es hiezu keine Mißverständnisse gibt.

Wir kommen zum nächsten Redner. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (18.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde um das kürzer sein, was der Kollege Löcker zu lange war. Ich möchte ein paar Anmerkungen aus der Sicht der Gemeinden sagen, vor allem zu den Altstoffsammelzentren. Herr Landesrat Pörtl hat ja ein sehr breit gefächertes Fach. Wenn man anschaut von den Bauern bis hin zum Gewässer, Müll, Abwasser, das ist ein sehr breites Gebiet. Und ich muß sagen, es gibt auch sehr gute Einrichtungen bei ihm. Man kann nicht alles kritisieren, weil wenn etwas gut ist, soll man es auch sagen, und das sind die Altstoffsammelzentren. Vor allem weil dort auch der Förderungsfluß funktioniert, der für mich ein sehr entscheidender Punkt ist, weil es nutzt ja nichts, wenn man eine Förderungszusage bekommt, die Gemeinde hat die Belastung, kann dann nicht zahlen oder muß es mit fremdem Geld machen, und dann hat die Gemeinde die hohen Gebühren, die sie dem Bürger weiterverrechnen muß.

Ich glaube, daß man hier sehr vieles einsparen könnte. Ich möchte vor allem eines erwähnen, fast ein Jahrzehnt haben wir in Bairisch Kölldorf ein Musterprojekt, und zwar ist das die Müllverwiegung. Und jetzt, nach sieben, acht Jahren, kommen auch die umliegenden Gemeinden und vollziehen das. Ich kann das nur jedem von dieser Stelle aus empfehlen, denn wir hatten eine Umfrage, die hat ein Nachbarbürgermeister gemacht, der beim Saubermacher in Gnas arbeitet, aus Krusdorf, und er hat sich gewundert, daß 96 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger höchst zufrieden sind. Ich glaube, das Verursacherprinzip ist einfach das beste. Wir haben uns natürlich eine enorme Arbeit gemacht, Information vom Kindergarten bis zu den Schulen und natürlich auch in den Haushalten.

Aber ich hätte eine Bitte an dich, Herr Landesrat, das betrifft den Kanalbau und das Abwasser. Hier haben wir wirklich das Problem im ländlichen Bereich. Man mag denken über die Kleinkläranlagen und über die Kanalanschlußgebühren beziehungsweise über die Großprojekte, wir sind im Reinhaltverband Bad Gleichenberg - es sind dort vier Gemeinden zusammen, ich halte das für eine gute Lösung, weil durch vier dividiert ist es schon einmal vom Personal bis zu

den Betriebskosten sicher billiger, als wenn man alleine besteht. Aber was mir nicht gefällt, das ist der Förderungsschlüssel. Sie dürfen mir nicht böse sein, aber wenn man Jahre später das Geld bekommt, das man eigentlich am Anfang einkalkuliert hat, dann ist das einfach ein Problem der Finanzierung und schlägt sich natürlich dann bei den Betriebskosten nieder, und die müssen die Bürger bezahlen, und das ist dann das, was in der breiten Basis heißt, es ist zu teuer. Ich kann hier wirklich bestätigen, wir könnten wesentlich mehr sparen, wie ich es vorher beim Müll gesagt habe, nach dem Verursacherprinzip. Aber wir könnten auch beim Kanal mit den Gebühren heruntergehen, wenn wir hier wenigstens das Geld bekommen würden, das in Aussicht gestellt wird. Ich würde überhaupt sagen, nachdem nur mehr diese Gebiete jetzt zum Anschließen sind, die meist verstreut im Land sind, müßte hier auch die Förderung von 15 auf 30 Prozent wieder hinaufgehen. Es gibt sicher in Ihrem Ressort Dinge, die vielleicht nicht so wichtig sind wie die. Ich weiß, daß ich das leicht sage, daß das für Sie weniger schwierig sein wird, aber daß man hier wirklich draußen die ländliche Bevölkerung, und für die, sagen Sie immer, sind Sie zuständig, auch mehr stützt und den Förderungsschlüssel erhöht und damit die Betriebskosten senkt. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 18.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (18.32 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich bei allen Damen und Herren des Hauses, die sich so positiv zum Naturschutz geäußert haben, sehr herzlich bedanken. Es sind gute Worte für unser schönes Land. Und ich möchte mich insbesondere bei Ihnen, Frau Zitz, sehr herzlich bedanken für die guten Worte zum Nationalpark, beim Kollegen Getzinger ebenso, vor allem bei der Frau Abgeordneten Karisch und bei einem anderen Freund meiner Fraktion und bei der Freiheitlichen Partei. Alle meinen es so gut mit der Natur, alle meinen, wir brauchen mehr Geld. Das meine ich auch. Aber ich bin ja nicht nur für den Naturschutz, sondern auch für den Menschenschutz zuständig und meine, daß wir die Steuerzahler nicht über Gebühr belasten sollen. Ich habe einen naturwissenschaftlichen Grundsatz und sage immer zu meinen Freunden in der Naturschutzabteilung und beim Umweltschutz da hinten und bei allen, die es so gut meinen mit der schönen Natur, die Natur wird uns alle überleben. Das gibt mir die Gewißheit, daß ich ein schönes Ressort verwalten darf. Und die EU sowieso, das machen wir auch noch, und den Nationalpark machen wir. 23 Jahre dauert im Schnitt die Errichtung eines Nationalparks in Österreich. Liebe Frau Abgeordnete, ich verspreche Ihnen, wenn es bei uns geht, dann geht es schneller! Danke und alles Gute! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - 18.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat Pörtl hat nunmehr das Schlußwort.

Landesrat Pörtl (18.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muß mich ein bißchen zurückhalten, daß ich nicht richtig in Schwung komme.

Meine Damen und Herren, genau darauf habe ich gewartet. Jetzt habe ich doch eine Chance und die Berechtigung, mich zu entfalten. (Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)

Darf ich einmal vorwegschicken: Ihr habt mich anständig massiert, ich habe zum Teil das Gefühl gehabt, daß intellektuelle und naive Bösartigkeit vorhanden war, wo man wider besseres Wissen vor allem ganz massiv versucht hat, den Wahlkampf doch ein bißchen zu stimulieren. Ich bin ja schon so neugierig bei der Gemeinderatswahl, bei den Sprechern der Fraktionen, wie sich dort die Umweltmunicipalitäten präsentieren werden, was sie alles gemacht haben in der Abwasserentsorgung, in der erneuerbaren Energie, in der Frage des umfassenden Umweltschutzes, in der gesamten Pädagogik. Und das, daß es nichts Neues gibt, da möchte ich zurückfragen, für mich war das auch nichts Neues, was ihr da gesagt habt. Das muß ich auch ganz ehrlich sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Weil so einfach geht das sicherlich nicht. Und da möchte ich jetzt einen nach dem anderen ein bißchen rupfen. Das steht mir zu. (Abg. Mag. Zitz: „Massieren, nicht rupfen, massieren!“)

Wenn der Herr Kollege List mit Lust und Leidenschaft mich da angeht, stelle ich fest, daß nach dem Baurecht bei diesem Bauwerk (Abg. List: „Ein Jahr hat es gedauert!“) ein rechtskräftiger Baubescheid da ist. Laß mich ausreden! Zweitens, im Wasserrecht ist diese Berufung vom Landwirtschaftsministerium abgelehnt worden. (Abg. List: „Weil ihr interveniert habt!“)

Drittens: Die Altlastenverdachtsfläche – jetzt halte dich an – wurde laut Schreiben des Umweltbundesamtes für diesen betroffenen Bereich als Verdachtsfläche herausgenommen. (Abg. List: „Weil ihr das Ministerium falsch informiert habt!“) Und weißt du, wer die Verdachtsflächen feststellt, dem Landesrat Schmid seine Abteilung, Fachabteilung 1 a. Red einmal mit dem Michel, wenn da etwas nicht stimmt. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil so einfach geht das wirklich nicht. (Abg. List: „Ihr habt getürkte Rechnungen vorgelegt!“)

In Wahrheit ist es wirklich so ähnlich, jetzt sind gerade die Vögel abgeflogen, fest ins Nest reinmachen und dann abtauchen. Da mache ich sicherlich nicht mit. Das lasse ich mir nicht nachsagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und vor allem die Frau Kollegin Zitz. Sie kommen mir heute sicher nicht aus. Das eine sage ich, weil das geht sich nicht aus. Sie sind angeblich in einer selbsternannten Umweltpartei. Sie tun Gesetze bekämpfen, beschließen die Gradationen, die Pikogramme, rauf bis zur Oberlichten, und wenn es greift, dann um Gottes Willen, nein, da muß man das Geld gleich vom Siedlungswasserbau dem armen Gerhard Hirschmann geben. (Abg. Mag. Zitz: „Genau!“) Und der Gerhard könnte sich gar nicht helfen (Abg. Mag. Zitz: „Vor lauter Geld!“), weil die Natur selber auch noch ein bißchen eine Kraft hat.

Nur, eines steht schon fest, wenn ich Ihre Kombattanten betrachte, dieser schöne Werner Kogler, der bis jetzt eine unheimliche Dynamik entwickelt hat, aber nur mit dem Mundwerkzeug, den täte ich gerne einmal zu einem Kanälröhrl hinführen, wie edel und wie schön dort die Produkte der dynamischen, modernen Informations- und vor allem Industriegesellschaft und der ökologischen Bewegung sind, was dort herauskommt, da täte ich den Herrn Kogler gerne einmal hinhalten, da kann er sofort ein Tücherl umhängen, wenn er dort hin müßte.

Aber folgendes steht fest: Eine doppelseitige Abhandlung in der „Kleinen Zeitung“ (Abg. Mag. Zitz: „Soll ich ihm das ausrichten?“) über die Abwasserentsorgung in Hartl. Zentral, furchtbar gegen die Leute. Was ist passiert? Ein dezentrales Abwasserkonzept ist dort entwickelt mit fünf dezentralen Kläranlagen – da könnt ihr jetzt machen, was ihr wollt, da nehme ich mir jetzt Zeit – (Abg. Mag. Zitz: „Das glaube ich sofort!“), wo eine Anlage mit 100, die zweite mit 380, die dritte mit 35, die vierte mit 25, die fünfte mit 200 und die sechste mit 50 Einwohnergleichwerten ist. Ein unheimlich zentrales Modell, ganz erschüttert ist die Grün-Bewegung. Und die, die sich aufregen, habe 600 Quadratmeter Wohnfläche – das sind ganz arme Teufel, wenn ich das dazusagen darf. Dort wollten wir für drei Wohnhäuser eine Pflanzenkläranlage machen, und der Betreffende hat den Grund nicht hergegeben. Also, wenn das ein Modell ist, daß das die akuten Probleme in der Abwasserwirtschaft sind, muß ich ganz ehrlich sagen, die knüpfe ich mir noch vor, weil so etwas lasse ich nicht durchgehen. Das werde ich auch einmal medial abhandeln.

Und weil so gesagt wird, eines nach dem anderen, der Hausmüll steigt, und der Pörtl Erich ist nicht mehr griffig. Dann gebts mir die Kompetenz, daß Scheidung verboten ist, Heiraten ab 24, dann habe ich nicht mehr 25,3 Prozent Singlehaushalte. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das ist eine faule Ausrede. Das wissen wir schon seit den achtziger Jahren!“) Ich kann mich erinnern, wenn ein Einpersonenhaushalt ist, daß der heutzutage einen Kühlschrank, verschiedene Utensilien bei sich hat plus die ganzen Möbel, und daß der historische Verschleiß das größte Problem in der Umweltpolitik ist. Das ist bei den Möbeln wie bei dem Elektronikschrott (Abg. Vollmann: „Das nehmen alles die Ungarn mit!“), wo wir mit der HTL Weiz getestet haben, daß ein Drittel dieser Produkte nur gereinigt und gewartet werden muß, und sie sind wieder sofort verwendbar, ein Drittel mit kleinsten Reparaturgeschichten. Wir machen jetzt offensive Reparaturgesellschaft, wo nicht nur mit dem Automaten produziert wird (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Mit der Reparaturgesellschaft, da schauen wir uns an mit den Arbeitsplätzen!“), und die ökologische Landentwicklung ist ein neues Projekt. Wollt ihr haben, daß ich die ökologische Betriebsberatung abschaffe? Ihr braucht es nur sagen. Ich tue es auch gar nicht, ihr könnt es auch beschließen, wie ihr wollt.

Da sind wir nicht schlecht unterwegs. Wir gackern nachher, wenn die Eier gelegt sind, nicht vorher die Dinge auslassen. Das muß im Kopf passieren. Das wird selbstverständlich Zeit brauchen.

Bitte, packen wir zusammen und gehen wir auf die Herrengasse und schauen wir die jungen Leute an. Die haben heute Schuhe an, die kann man noch doppeln. Dort kannst noch einen Schuhmacher und eine hochqualitative Arbeit unterbringen. Bei den Patscherln, die obadrukt sind, kannst dem Schuh keine zweite Chance geben. Die jungen Leute haben da schon stärker eingeklinkt, und das sind die ersten Ansätze.

Es gibt ein paar andere Dinge. Große Autokonzerne, auch solche Unternehmungen im Elektrobereich, kommunizieren mit unseren Umweltstrategien, um vor allem die Mehrfachverwendung von verschiedenen Teilen in die Konstruktion einzubauen, und nicht nachher sozusagen auf der Abfalldeponie dort herumgraben, was man vielleicht aus dem durch ein Umweltkunstwerk noch machen könnte.

Die ganze Situation in der Abfallwirtschaft, in puncto thermische. (Allgemeiner Beifall. – Landesrat Pörtl zeigt eine Schautafel.)

Ich muß ganz ehrlich sagen, wie das dargestellt wird. Wir haben von der Fachabteilung 1c (Abg. Dr. Flecker: „Wir wollen es auch sehen!“) über Vorschlag der AVG ein fixes Modell, weil sich ein paar da schon aufgeregt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Land hat sich nicht verabschiedet mit 48 Prozent bei dem Modell, Städtebund, Gemeindebund und STEWEAG inkludiert, erste Phase. Zweite Phase Land Steiermark mit 48, Abfallwirtschaftsverbände, Städte- und Gemeindebund in der Frage der Konzeption und im Umsetzungsbereich die Investoren und die Abfallwirtschaftsverbände. Das heißt, ein fix und fertiges Modell. Und der Gemeinde- und der Städtebund haben dieses Modell nicht angenommen. Ich sage das, ich stelle das da fest. Aber der Städtebund war die treibende Kraft.

Es wurde dieses Modell abgelehnt, und jetzt macht man Zusammenkünfte, daß man den armen Abfallwirtschaftsverbänden helfen soll, für 2004 eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Das haben wir hinter uns. Wir brauchen das nur wieder neu auf den Tisch legen. Wir kooperieren mit den Abfallwirtschaftsverbänden exzellent, leisten für diese gemeinsame Geschäftsführung sogar Landesbeiträge, daß wir vor allem die regionale und effiziente Abfallwirtschaft schaffen. (Abg. Gennaro: „Die Verbände sagen aber etwas anderes, Herr Landesrat. Du muß mit ein paar reden!“)

Da könnt ihr ruhig das so inszenieren. Ich habe auch die Zusammenkünfte in der Obersteiermark erlebt, wie wir das machen haben wollen, wo von dort aus dieses Modell – und wer hat den Antrag in der AVG gestellt, daß die AVG aufgelöst wird? Ich wurde als nicht zuständig erklärt, und der Kollege Ressel hat diese Aufhebung beantragt, wir haben das auch beschlossen, und daher brauche ich da keine Schuldzuweisung in der Vorwärtsstrategie, wie wir bis 2004 ganz konsequent, unternehmerisch, kostensparend, durchschaubar in der Mitverantwortung die Abfallwirtschaft organisieren. Wir haben daher blitzartig den zweiten Weg beschritten.

Der zweite Weg ist, welche Möglichkeiten dieser thermischen Fraktionen können wir am Markt unterbringen, welche Weiterentwicklungen dieser Produkte

sind vor allem auch möglich, um in die Industrieverbrennungsanlagen solche Produkte einzubringen? Wir haben eine qualitative Steigerung von abfallwirtschaftsspartenweisen Produkten. Wir haben eine bessere Sortierung.

Daher ist also der Vorwurf, daß vermehrt diese Sammeltätigkeit nachläßt, genau umgekehrt. Wir haben eine gesteigerte Sammelentwicklung, mit Ausnahme vom Glas, weil die PET-Flaschen ganz massiv zuschlagen. Nur, mit welcher Methode, daß man so etwas eindämmt, da bin ich also nicht zuständig. (Abg. Gennaro: „Betflaschen?“)

Nicht von beten, sondern PET-Flasche.

Das heißt, auf dem Gebiet sind wir jederzeit zu jeder Stunde aus der Hüfte in der Lage, all diese Entwicklungen im Griff zu organisieren. (Abg. Gennaro: „Wir machen gemeinsam so eine Veranstaltung, und dann sollen sie dir das sagen, was sie uns gesagt haben!“) Aber ich werde dort bei dieser Veranstaltung auch darlegen, was sie selber beschlossen und mir geschrieben haben. Daß das auch klar ist. Weil es kommt viel darauf an, vor welchem Publikum sie sich bewegen. Je nachdem, zu welcher Zeit (Abg. Gennaro: „Ganz neutral ausgeschrieben!“)

Wir haben einen Beschluß gehabt für eine gemeinsame Vorgangsweise in der Regierung und bei den Abfallwirtschaftsverbänden. Auf Basis dieser Maßnahmen haben wir das Konzept mit der Holding entwickelt. Und nachher – (Abg. Gennaro: „Herr Landesrat, hat dir der Hofrat Jägerhuber die Probleme nicht mitgeteilt? Lies das Protokoll!“)

Nein, nein, lieber Freund schau, ganz logisch. Auf einmal hat der Bazar getickt. Es sind Angebote gekommen von Deutschland, von Oberösterreich, daß nicht nach unseren Kalkulationen, sondern mit 1200 Schilling, mit 800 Schilling brennbarer Müll gesucht wurde. Da haben die gesagt, was werden wir uns da binden, wir sagen freies Geschäft. Wer günstig ist, dem werden wir verkaufen. Das kann mittelfristig gut gehen, kann aber langfristig schwierig werden.

Daher haben wir den Standort Niklasdorf, der steht – er ist nur beim Verwaltungsgerichtshof beeinsprucht –, und wir haben zwei Standorte in Graz, und wir haben die dritte Schiene, eine Entwicklung von solchen brennbaren Produkten, damit wir in Zementwerken und Papierwerken eine solche Energieform nutzen können. Das ist ja überhaupt der nächste Schritt, daß im Rahmen der Neuregelung in der EU diese Möglichkeit, industriell zu verbrennen, erleichtert worden ist, im Grunde verbessert worden ist. (Abg. Gennaro: „Aber genau das, Herr Landesrat, sind die Befürchtungen. Ich habe Angst, daß der Konsument brennt, und nicht der Müll! Und das wollen wir verhindern!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Ja, ich kann dir ganz locker – ich halte euch auf, aber ich habe es im Kopt – sagen, wie die Dinge ausschauen. 53 Prozent der Müllkosten einsammeln, 53 Prozent! An die 12 Prozent ist vor allem die Umweltberatung im umfassenden Sinn, die ganze Verarbeitungs- und die Strategie, Müll zu vermeiden. Das darf man also nicht unterbinden, was mit der Arge Umwelterziehung und bis zur Abwasserberatung alles passiert. Und die 34 Prozent sind Verarbeitungskosten.

Daher ist der Kostensatz bei einem Dreipersonenhaushalt pro Tag 1,99 Schilling, die Zeitung für einen Dreipersonenhaushalt kostet schon 2,36 Schilling, gar nicht zu reden von anderen Bereichen. Das heißt, an den Müllgebühren wird sicherlich unsere Nation nicht zugrunde gehen. In einer Strategie, wo wir jederzeit unternehmerische Vorteile, vor allem auch im Wettbewerb, nützen können.

Die Kollegin Kaufmann hat beim Schutzwaldprogramm mehr Aktivitäten erbeten. Wir haben ein Landesschutzwaldprogramm in drei Kategorien je nach Bedürftigkeit, Finanzierung passiert über Bund, Land, und wir können sogar das Kompliment aussprechen, daß wir gegenüber anderen Ländern wesentlich weniger im Verhältnis zu den Waldflächen solche Schutzwaldflächen in den Kategorien I haben, weil vor allem die forstwirtschaftliche Nutzung und die Bewirtschaftung gerade auf dem Gebiet eine permanente gute Tradition hat in der Steiermark. Wir finanzieren Projekte in diesen drei Kategorien, das ist keine Frage.

Nächstes Thema, die ganze Frage mit nachwachsenden Rohstoffen. Meine Damen und Herren, wir haben für jedes Projekt blitzartig jede Förderungsmöglichkeit angeboten. Es wird der Kollege Wabl wahrscheinlich noch einmal kommen, auch diese Hanfoffensive – wir haben auch die Flachsoffensive gefördert, ohne Förderung wäre keine Chance gewesen – steht im Förderbereich fest. Wir brauchen aber bitte Unternehmer, die investieren und wo vor allem eine logische wirtschaftliche Betreuung einer solchen Schwerpunktlinie nachvollziehbar ist. Wir halten ebenfalls diese erneuerbaren Dämmstoffe – und unterschätzen wir nicht, was sich auf dem Gebiet abspielt. Weite Bereiche werden heute bereits mit Altpapier gedämmt in einem Verfahren mit kaum aufwendigen Investitionen.

Die Frage der CO₂-Reduzierung. Kein anderes Land hat in der Pionierleistung in der Frage Biodiesel eine solche Offensive, wie wir in der Steiermark, ganz gleich auch wie in der Offensive mit Biogas, um eben CO₂-relevante Dinge vor allem selbst in die Hand zu nehmen.

Nächster Punkt, die Frage Dioxine, sie ist noch nicht direkt angesprochen worden. Wir haben durch Forschungsentwicklungen generell einen Rückgang in den Prüfwertigkeiten derzeit bei den Dioxinen anzutreffen. Das, was bei uns in der Steiermark als Problem am Tisch liegt, das ist eine spezielle Charge, die wir ganz klar festgestellt, vor allem auch vom Unternehmen, im Griff haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber vor allem der Kollegin Karisch herzlich danken für ihren Beitrag. Da kann man im Grunde stänkern wie man will. Ich stelle fest, in der Frage Klimabündnisgemeinden, in der Frage Energieberatung, wo wir 2400 Beratungen haben, wo wir jetzt die regionalen Energieberatungsstellen halten und ausbauen vor Ort und unmittelbar, lasse ich mir in keinster Weise nachsagen, daß wir untätig waren.

Meine Damen und Herren, in Kürze werden wir die 500ste Kleinf Feuerungsanlage eröffnen, die wir mit unserer Förderstrategie konkret und unmittelbar unterstützt haben. Und der Kollege Kinsky hat es schon direkt angesprochen, unsere systematische Zukunfts-

strategie ist einfach die Agenda 21 mit dem Nachhaltigkeitsprinzip im betrieblichen, im Bereich des privaten Konsums und im Bereich der öffentlichen Auseinandersetzung im Rahmen der Stoffflußwirtschaft. Wir werden also diese Strategie der Nachhaltigkeit konsequent und systematisch weitertreiben, und wir werden das auch im Bereich der Abwasserwirtschaft schwerpunktmäßig weitertreiben. Wir haben Fördervoraussetzungen, nur, die neuen Förderrichtlinien, weil ich aufgefordert worden bin, für die kleinen Anlagen sei keine Fördermöglichkeit. Der Entwurf wurde in einer Stellungnahme abgelehnt, weil wir eine Förderumschichtung von den städtischen Ballungsräumen von 10 auf 5 Prozent als Ablehnung registrieren. Ich nehme das zur Kenntnis. Wir werden das also anders machen. Ich möchte aber selbstverständlich auch die Herausforderung in der Finanzierung damit zugleich ansprechen.

Ganz zum Schluß, ich möchte mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken. (Abg. Wiedner: „Zu mir hast du nichts gesagt!“) In diesem konkreten Fall bin ich gerne bereit, wenn ich Name und Adresse habe, es müssen alle Fakten auf dem Tisch liegen, Stellung zu nehmen. Fest steht, damit das angesprochen ist, daß wir das letzte Abwassergesetz einstimmig im Landtag beschlossen haben. Ich möchte nur bitten, auch das zu verstehen, wenn nachher beim Vollzug auf Basis dieser gesetzlichen Grundlagen mit Anschlußverpflichtung 100 Meter agiert wird. Das schauen wir uns konkret an, wenn dort die Gemeinde vor allem in einem solchen Fall die Bereitschaft hat, eine solche Ausnahme im Grunde aus sozialen Gründen zu ermöglichen.

Zum Schluß möchte ich vor allem einen leidenschaftlichen Kämpfer der steirischen Abwasserwirtschaft leider verabschieden, das ist unser Hofrat Roger de Grancy, er ist sozusagen ein großer Fachmann, eine kämpferische Natur mit kooperativen Zügen in unseren Kommunen und Verbänden. Und, lieber Roger, ich möchte dir im Namen der Landesregierung und in dieser Diskussion für deine Tätigkeit als Spitzenbeamter unseres Landes in dieser wahnsinnig spannenden Materie – wir haben gerade in dieser letzten Zeit, die Frau Abgeordnete Karisch hat es angesprochen, von 50 auf fast 80 Prozent der Abwasserentsorgung in kritischen Gebieten und Zeiten diese Abwasserwirtschaft gemeinsam, was die Förderung betrifft, abgewickelt. Ich wünsche dir vor allem für die Zukunft viel Gesundheit und weiterhin diese Energie, damit du noch hohe Berge übersteigen und besteigen kannst. Viel Glück und Gesundheit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen. – 18.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, wir sind nun mit dem ersten Teil der Gruppe 5, Umweltschutz, fertig und kommen zum zweiten Teil der Gruppe 5, Gesundheit. Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erlitz. Er hat das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (18.56 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, gerade in unserer rasanten und schnelllebigen Zeit, die den Menschen in seiner Gesamtheit enorm strapaziert, wird die Gesundheit zum wert-

vollsten Bestandteil unseres Lebens. Und erklärtes Ziel muß wohl sein – für alle Menschen –, eine Erhöhung der Lebensqualität zu erreichen: Allerdings haben die enormen Fortschritte der naturwissenschaftlichen Medizin und die neuen technischen Möglichkeiten in den letzten beiden Jahrzehnten nicht nur die Gesundheitspolitik dominiert, sondern auch zu einer beträchtlichen Kostensteigerung geführt. Das überwiegend individualmedizinisch, kurativ und biotechnisch orientierte System, das jährlich steigende Zuwendungen erfordert, ist sicher an einer Grenze angelangt. Jeder neu investierte Schilling in die kurative Medizin bringt aber nur mehr einen begrenzten Zuwachs an Gesundheit.

Aus diesen angeführten Gründen beschränkt sich die steirische Gesundheitspolitik von Landesrat Günter Dörflinger längst nicht mehr nur auf die Behebung vorhandener Schäden. Kein Land der Welt könnte es sich leisten, immer mehr in die Krankenversorgung zu investieren, um die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Nur eine umfassende Gesundheitsförderung und eine Gesundheitsvorsorge können zu einer wirksamen Verbesserung der Gesundheit der steirischen Bevölkerung, der Bevölkerung insgesamt natürlich, führen. Deswegen hat Landesrat Dörflinger eine Vielzahl von Aktionen mit dem Ziel gesetzt, Krankheit und Unfälle so weit wie möglich zu verhindern beziehungsweise zu vermeiden. Ich nenne hier nur das Mutter-Kind-Paß-Erinnerungsservice. Ich denke da an die Gratisimpfungen. Jährlich werden hier 12 Millionen Schilling ausgegeben. (Abg. Vollmann: „Das Recallsystem hast du vergessen!“) Nein, dieses Recallsystemservice habe ich gesagt. Er hat da für einen Ersatz gesorgt, für einen guten Ersatz gesorgt bei dem Recallsystem.

Ich denke an die Gratisimpfungen. Bis zum 14. Lebensjahr werden jährlich zirka 12 Millionen Schilling ausgegeben. Ich denke an die Kindersicherheit. Im heurigen Jahr wird der Schwerpunkt auf Unfälle in der Freizeit und beim Sport gelegt. Der Snowbobby zum Beispiel erfreut sich größter Beliebtheit und sorgt für Sicherheit auf den Schipisten. Suchtarbeit, hier werden im Jahr 1999 9 Millionen Schilling ausgegeben für die Suchtprävention. Psychosoziale Versorgung, Erhöhung von 20 Millionen Schilling – haben wir schon gehört. Dieser Katalog läßt sich fortsetzen: Krebsvorsorge, betriebliche Gesundheitsvorsorge. Vorhaben bis zum Jahr 2000, Einführung eines Gesundheitsscheckheftes. In der Suchtarbeit Errichtung einer Drogentherapiestation. Oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, nach jahrelangem Kampf im LKH Graz wird hier eine eigene Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie mit etwa 18 Betten eingerichtet werden und so weiter. In der psychotherapeutischen und psychologischen Betreuung in den LKHs werden hier neue Akzente gesetzt. Erstellung einer Gesundheitsmappe, Betreuung von Diabetikern durch die Schulung von praktischen Ärzten. Bis zuletzt, was wir auch hier im Landtag beschlossen haben, die Einführung eines flächendeckenden Neugeborenenhørscreenings.

Das heißt, meine Damen und Herren, die gesundheitsfördernden und präventiven Maßnahmen nehmen in der Steiermark eine bereits wichtige Position

ein und müssen auch in der Zukunft eine Rolle spielen, auch in bezug klarerweise auf die dafür notwendigen finanziellen Mittel.

Zu unterstreichen ist dabei aber auch, daß die Gesundheit nicht ausschließlich Sache der Politik, der Ärzte und der Spitäler ist, sondern wohl auch in der Eigenverantwortung eines jeden einzelnen und mündigen Menschen liegen muß. Gesundheit ist ein individuelles Gut. Die Aufgabe der Politik ist es, das Präventionsverhalten der Menschen oder das Präventionsverhalten der Gesamtbevölkerung zu verändern. Und dabei muß man beim Lebensstil und bei den Lebensbedingungen des einzelnen beginnen, wobei wir aus Erfahrungen im Gesundheitsbereich feststellen können, daß der Lebensstil und die Gewohnheiten nicht durch von oben verordnete zentrale Kampagnen verändert werden können. Das heißt, diese angesprochene Veränderung des Lebensstils kann nur im Lebensraum des einzelnen bewirkt werden, weil dort den Menschen die komplexen Probleme unserer Zeit einfach besser verständlich gemacht werden können.

Und ich denke dabei an Schüler und Schülerinnen, die zu Peers ausgebildet werden und wurden, hier in der Steiermark, und an steirischen Schulen im Bereich der Suchtarbeit und im Bereich Aids eingesetzt werden nach dem Motto „Gleichaltrige informieren Gleichaltrige in einer den Schülern vertrauten Umgebung.“ Ähnliches passiert übrigens auch auf der Universität zum Thema Aids.

Ich meine, daß die Zeit der Info-Broschüren eigentlich vorbei ist. Man muß offensichtlich den Menschen in seiner Lebensumgebung „abholen“, um ihn in seinem negativen Verhalten zu verändern.

Gesundheitsförderung, meint Ilona Kickbusch, sei eine soziale Strategie zur Herstellung und Erhaltung von Gesundheit. Und das Bedeutsame an dieser Feststellung ist, daß man bei der Gesundheitsförderung nicht bei der Krankheit, sondern bei der Gesundheit ansetzt und Gesundheit als ein dynamischer Prozeß gesehen wird. Der Blick in der Gesundheitsförderung richtet sich offensichtlich auf die Gesundheitspotentiale, und nicht auf die potentiellen Krankheiten. Man denkt nicht, was macht uns krank, sondern man legt den Schwerpunkt darauf und sagt, was erhält uns gesund. Das ist das Entscheidende dabei, und das sollte auch gefördert werden. Dieser Aspekt eröffnet der Gesundheitspolitik viele neue Wege und Chancen. Ich bin sicher, daß eine gezielt eingesetzte Gesundheitsförderung ein entscheidender Beitrag für die Verhütung von Krankheiten ist. Und jeder hier eingesetzte Schilling ist nicht gut, er ist bestens angelegt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, das Herzstück der steirischen Gesundheitspolitik bildet aber sicher die Spitalpolitik, nicht zuletzt vom finanziellen Volumen her gesehen.

Die Spitalpolitik des Herrn Landesrates Dörflinger liest sich wie eine Erfolgsgeschichte besonderer Art. Sie ist gekennzeichnet von hohem Verantwortungsbewußtsein, verbunden mit ökonomischer Handlungsbereitschaft. Landesrat Dörflinger ist es nicht nur gelungen, alle Spitalstandorte zu sichern, sondern darüber hinaus auch eine moderne oder moderate Strukturreform innerhalb des Spitalbereiches durch-

zuführen. Die Standortgarantie für alle steirischen Spitäler ist daher keine Phrase, keine leere Phrase geblieben, sondern tatsächlich in die Praxis umgesetzt worden. Der Österreichische Krankenanstaltenplan, der ÖKAP, respektiert diese Krankenhausstruktur, so wie wir sie hier im Lande haben, und zwar deshalb, weil auch das ÖBIG diese Form der Struktur für die richtige hält. Und das vorrangige Ziel der steirischen Spitalpolitik ist es, eine hohe Versorgungsqualität, und zwar in allen steirischen Regionen, zu sichern und anzubieten. Spitzenmedizinische Leistungen sollen nicht nur auf Graz beschränkt werden, sondern auch quasi regionalisiert werden. Auch die Region hat Anspruch auf Spitzenmedizinische Leistungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das kann aber natürlich nicht bedeuten, daß jedes Krankenhaus die gesamte medizinische Leistungspalette anbieten kann. Aber durch entsprechende Schwerpunktsetzungen ergibt sich über die gesamte Steiermark verteilt ein stimmiges Versorgungssystem auf hohem Qualitätsniveau.

Und da spreche ich noch einmal das Landeskrankenhaus Fürstenfeld an. Martin Wabl, ich verstehe dich als Kommunalpolitiker, ich würde mich vielleicht auch einsetzen. Aber es ist halt so, daß es dort keine gynäkologische Abteilung mehr gibt, daß die Geburtsstation verlegt wird auf Grund dieser moderaten Strukturreform. Es ist die Durchführung von rein gynäkologischen Eingriffen, ohne entsprechende Abteilung, rechtlich unzulässig. Die darf es gar nicht geben. (Abg. Dr. Wabl: „Eine Ausweitung, die seit zehn Jahren besteht!“) Strukturreformen, Martin.

Die Spitäler Hartberg und Feldbach stehen Gewähr bei Fuß. In Hartberg ist bereits dafür ein Primar eingesetzt worden, um diese Patienten behandeln zu können. (Abg. Dr. Wabl: „Du kannst das Gesetz nicht lesen. Das ist falsch was du sagst. Das wäre eine Einschränkung!“)

Ich glaube es nicht ganz. Also ich bin da anderer Meinung, wobei, wie gesagt, Fürstenfeld ohnehin gut ausgebaut wird. 100 Millionen sind schon investiert worden, und 200 Millionen werden noch in den nächsten Jahren investiert. Aber das fällt dort unter Strukturreform.

Die steirischen Spitäler, und ich glaube, da stimmen wir überein, sind ja auch ein bedeutender Wirtschaftskörper und ein Motor der heimischen Bauwirtschaft. Bis zum nächsten Jahr, glaube ich, werden insgesamt 6,4 Milliarden Schilling verbaut worden sein. 80 Prozent der Wertschöpfung bleiben hier in der Steiermark. 1200 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und im Baunebengewerbe werden dadurch gesichert.

Allein bei der Obersteiermarkinitiative werden rund 1,2 Milliarden in die obersteirischen Spitäler investiert. Das reicht von Mürzzuschlag über Kapfenberg, Bruck, Leoben bis zum Spitalsverbund Knittelfeld-Judenburg. Und auch dieser Spitalsverbund war eine richtige Entscheidung. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieser Spitalsverbund findet nämlich bereits Nachahmung in Österreich, im Gegensatz zu manch anderer Meinung hier im Haus.

Die Spitäler gehören aber auch meistens zu den größten Arbeitgebern, nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in den Bezirken, und so werden zum Beispiel in diesem Jahrhundertprojekt Graz-West, in dem künftig zusammen im Verbund rund 715 Betten zur Verfügung stehen werden, etwa 1140 Menschen eine Beschäftigung finden. Für die medizinische Standardversorgung in Graz wird das im Bau befindliche LKH Graz-West mit 230 Betten zur Verfügung stehen. Wobei mit der Verlagerung der Standortversorgung von der Klinik im LKH Sankt Leonhard nach Graz-West eine Bettenreduktion verbunden ist, aber die Versorgungsqualität auf Grund des umfassenden Angebotes um ein Vielfaches erhöht wird. Das LKH Graz-West ist eingebettet in ein österreichweit einzigartiges Modellprojekt, das drei Träger, nämlich die KAGES, die AUVA und die Barmherzigen Brüder, unter ein Dach bringt. Mit der Realisierung der Maxime von Landesrat Dörflinger, in allen Bezirksspitalern den medizinischen Standard zu heben, werden in Summe Investitionsprojekte von knapp 2 Milliarden Schilling umgesetzt, und alle Projekte hier vorzustellen, würde den Rahmen natürlich bei weitem sprengen.

Meine Damen und Herren, natürlich wird man sich in Österreich, auch in der Steiermark, den Kopf zerbrechen müssen, wie man die Spitalsaufenthalte reduziert und gleichzeitig die extramurale Versorgung stärkt. Einigkeit scheint es unter den Experten über den notwendigen Ausbau des extramuralen Sektors zu geben. Große Differenzen bestehen allerdings darüber, woher die Geldmittel kommen sollen, und auch darüber, in welchem Ausmaß oder überhaupt Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich sind. Wahrscheinlich wird so lange keine geplante Gesundheitspolitik durchgeführt werden können, meine ich, solange die Finanzierung des Gesundheitssystems nicht in einer Hand liegt. Nur dann scheint mir zumindest eine effiziente Steuerungsmöglichkeit des Gesamtsystems möglich zu sein. Eine wirksame Reform müßte zu einer Reduktion der Aufnahmezahlen in den Spitalern führen. Damit die Versorgung der Patienten aber gewährleistet bleibt, muß zuvor eine Finanzierungsreform den niedergelassenen Bereich darauf vorbereiten und stärken. Bei der Reduktion der Spitalskosten könnte den Sozialversicherungen zusätzlich mehr Geld zur Verfügung stehen, das in den niedergelassenen Bereich investiert werden könnte. Eines muß bei allen Reformen und Reformbestrebungen klar sein, die Strukturen des Gesundheitswesens und der Einsatz der medizinischen Technik dürfen sich nicht an Eigengesetzlichkeiten orientieren oder von außen bestimmt sein. Sie müssen sich ausschließlich an den kranken Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. - 19.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hartinger. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Hartinger (19.09 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, Herr Landesrat!

Danke! Nein, ich bedanke mich nicht bei dir, keine Angst. (Abg. Gennaro: „Naja, wäre nicht schlecht!“) Und du, lieber Kollege Erlitz, hast anscheinend am

Vormittag nicht aufgepaßt, als der Herr Landeshauptmannstellvertreter gesprochen hat, denn er hat gemeint, daß es die Aufgabe von einem Landeshauptmannstellvertreter und auch von Landesräten ist, sich beim Bürger und Steuerzahler zu bedanken, und nicht beim zuständigen Landesrat. Du hast anscheinend geschlafen, als der Herr Landeshauptmannstellvertreter gesprochen hat. Nur, wer bedankt sich jetzt eigentlich beim Bürger? Der Bürger zahlt, er zahlt Steuer, er zahlt Sozialversicherung, und Herr Landesrat Dörflinger beispielsweise gibt alleine für die Öffentlichkeitsarbeit aus dem Gesundheitsbudget, und ich habe das so überschlagsmäßig zusammengerechnet, 10 Millionen Schilling aus, wo er sich vermarktet und so tut, als würde er alle Initiativen aus seiner eigenen Tasche zahlen. Und wie hat der Herr Kollege Erlitz jetzt so treffend gesagt? Info-Broschüren sind out. Also brauchen wir mehr Selbstpropaganda, brauchen wir mehr Selbstbeweihräucherung, das ist anscheinend eure Gesundheitspolitik und euer Stil, weil Info-Broschüren sind ja out, hast du gesagt. Also 10 Millionen Schilling für persönliche Imagewerbung, 16 Millionen Schilling für ein Recallsystem, ein Mutter-Kind-Paß-Erinnerungssystem. (Abg. Mag. Erlitz: „Das aber gut funktioniert, das bestens funktioniert!“) Herr Kollege Erlitz, höre mir zu. Alles nur eine Werbemaßnahme für den Herrn Landesrat, ohne Ergebnis. (Abg. Mag. Erlitz: „Da habe ich Rückmeldungen. Darauf gehen die Leute enorm ein!“ – Abg. Gennaro: „Keine Märchenerzählung!“)

Das Ergebnis bleibt aus. Nur mehr jede fünfte Mutter läßt ihr Kind bis zum vierten Lebensjahr untersuchen. (Abg. Mag. Erlitz: „Die loben dieses System. Du, die loben dieses System!“) Wir Freiheitliche haben etwas anderes gemacht, Herr Kollege Erlitz. Wir Freiheitlichen haben am 10. Juni 1997 einen Antrag gestellt, daß neben dem Geburtsgeld des Bundes weitere 2000 Schilling nach dem vierten Lebensjahr unter der Voraussetzung der durchgeführten Mutter-Kind-Paß-Untersuchung an die Mütter ausbezahlt werden. (Abg. Gennaro: „Schon wieder eine Forderung!“) Leider ist bei vielen Frauen ein finanzieller Anreiz notwendig, daß sie ihre Kinder gratis untersuchen lassen. Diese Umsetzung meines Antrages hätte 13 Millionen Schilling gekostet. 16 Millionen Schilling pro Jahr gibt der Herr Landesrat jetzt für ein Erinnerungssystem aus, welches nicht einmal seitens der Ärzte in allen Bezirken akzeptiert und gelebt wird. Meine Damen und Herren, es wird nicht in allen Bezirken akzeptiert und gelebt! Das heißt, 13 Millionen wären bei unserem Antrag direkt an die Mütter gegangen, hier werden 16 Millionen als Imagekampagne ausgegeben, ohne in der Sache viel zu bewegen, ohne die entsprechenden Anreize zu schaffen, daß wir in der Steiermark gesunde Kinder haben, die, wenn sie älter sind, nicht durch Krankheiten, die man im Kindesalter leicht beheben hätte können, einerseits in der Lebensqualität eingeschränkt werden und andererseits volkswirtschaftlich zur Last fallen. (Landesrat Dörflinger: „Beate, redest du bei den 16 Millionen über das Budget 2000. oder über die Legislaturperiode?“)

Über das Budget 2000. Kennst du deine Ansätze nicht? Ich würde mich an deiner Stelle nicht so oft unterbrechen (Landesrat Dörflinger: „Ich möchte mich

bilden!“), weil du willst ja noch wohin gehen, soweit ich mich erinnern kann. (Abg. Gennaro: „Du, Beate, ich möchte auch wohin gehen, tummel dich! Ich muß wohin gehen!“) Ach, du gehst auch zum GAK-Spiel? (Abg. Gennaro: „Nein, aufs Klosett, aber ich wollte dir zuhören!“) Du, das ist dein Problem, lieber Herr Kollege Gennaro. Beispielsweise kostet ein Hüftimplantat, ein künstliches Gelenk, 150.000 Schilling, ein Hüftscreening im Kindesalter hingegen kann die Erkrankung rechtzeitig erkennen und durch eine Behandlung, die im Gegensatz zum Implantat einen Pappentiel kostet, dies im Alter verhindern. Das heißt, mehr Lebensqualität und langfristig weniger Kosten. Aber was kümmert das den Herrn Landesrat, er denkt ja, hinter sich die Sintflut. Es tut mir wirklich leid zu sehen, Herr Landesrat, welche Gesundheitspolitik du betreibst. Außer, daß du es gut verstehst, statt Gesundheitsinformation dich selbst zu verkaufen – wahrscheinlich ist es halt dein Ziel, höhere Positionen zu erreichen –, ich sehe keinen Volltreffer im Gesundheitsbudget. Ich hoffe, wenigstens der GAK macht jetzt einige Treffer, für dich hoffe ich das. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das hoffe ich auch!“)

1,5 Milliarden Investitionen in Spitäler, diese betreffen fast ausschließlich das LKH 2000. Das ist ein langfristiger Vertrag mit dem Bund, der auch, lieber Herr Landesrat, nicht von dir abgeschlossen wurde, sondern von deinem Vorgänger. Das sollte man auch einmal fairerweise sagen. Aber du stellst dich jetzt hin und baust deine Denkmäler, so gibst du dich zumindest! Deine Aufgabe im Spitalswesen wäre eben nicht zu rudern, sondern zu steuern. Steuern in dem Sinn, daß das Geld so eingesetzt wird, daß strukturelle Schwächen beseitigt werden. Es ist schon richtig, meine Damen und Herren, daß vieles in den Krankenanstalten investiert wird. Aber diese müssen (Abg. Mag. Erlitz: „Sehr vieles, sehr vieles!“), Herr Kollege Erlitz, diese müssen dann auch in den nächsten Jahren qualitativ betrieben werden. Ich nehme an, da sind wir einer Meinung. Viele Bauten, vor allem in den Landesspitälern, werden zeitlich verschoben, weil schon derzeit zu wenig Geld vorhanden ist. (Abg. Mag. Erlitz: „Wir haben bestens geschultes Personal!“)

Beispielsweise wird es passieren, daß es in den Spitälern Zimmer mit Betten vielleicht gibt, aber für den Bau des Herzens des Spitals, nämlich für den OP und die Funktionsräume, in den nächsten Jahren unter Umständen kein Geld mehr zur Verfügung steht. Und gar für den Betrieb? Keiner weiß es. Ein Blindflug? Ach ja, ich vergesse ja, du hast das Motto „Hinter mir die Sintflut“. (Abg. Gennaro: „Ist das eine Märchenstunde oder ist das ein Vortrag?“)

Ich zeichne nur ein Szenario auf. (Abg. Mag. Erlitz: „Du bringst das wie ein Märchenerzähler. Ich warte auf die gute Fee!“) Ich weiß schon, lieber Kollege Gennaro, du kannst dir das nicht vorstellen, aber glaube mir, in den nächsten Jahren werden wir sicher da diskutieren, wieviel Gesellschafterzuschuß die KAGES brauchen wird, und dann bin ich neugierig, wie du dich dazu verhältst. Wie das Geld für den Betrieb unserer Krankenanstalten in den nächsten Jahren gesichert werden kann, interessiert den Herrn Landesrat nicht, denn dann ist er ja wahrscheinlich nicht mehr Landesrat.

Jetzt wären strukturelle Veränderungen vorzunehmen gewesen. (Abg. Gennaro: „Du wirst es sicher nicht lernen, der Herr Landesrat schon!“)

Jetzt hättest du, Herr Landesrat, offensiv sein sollen. Du meinst zwar in der Öffentlichkeit, daß man besonders in der Politik offensiv sein sollte, du selbst lebst es aber leider nicht. Denn du, Herr Landesrat, kümmerst dich zwar, ob ein Spital in einer roten oder in einer schwarzen Gemeinde gebaut werden soll, ob es aber Qualitätskriterien in unseren Krankenanstalten gibt, das läßt dich kalt.

Nämlich eines der wichtigsten Qualitätskriterien ist zum Beispiel die Anzahl der Operationen, die ein Arzt macht. Bei einer Bypaßoperation wissen wir, daß von Ärzten, die das weniger als 50mal pro Jahr machen, jeder sechste Patient stirbt. Wenn ein Arzt diesen Eingriff 250mal pro Jahr macht, dann stirbt nur jeder zweite Patient. Also wäre das ein Steuerungsfaktor. Der Steuerungsfaktor ist somit die Mindestanzahl von einer Operation einer bestimmten Art. Diese muß seitens der Ärzte, eines Ärztegremiums, als Qualitätsnorm festgelegt werden.

Dieses, Herr Landesrat, wäre deine Aufgabe, so etwas zu initiieren, denn das stellt eine Gefahr für den Patienten dar und für den Bürger. Damit könntest du wirklich offensiv sein und damit könntest du wirklich politisch arbeiten.

Meine Damen und Herren, eine Schlagzeile in Schweden – dem Vorbildstaat für die Sozialdemokraten – „Schwedens Gesundheitssystem kostet Patienten das Leben. Ursache: Überforderung des Personals.“ Bei uns Gott sei Dank noch keine Schlagzeile.

Aber ein Aktionskomitee der Universitätsklinik Graz macht in einem Schreiben bereits aufmerksam, daß mit dem vorhandenen Ärztestand nicht mehr verantwortungsvoll gearbeitet werden kann und der Erfüllungsgrad auf 80 Prozent abgesunken ist.

Du, Herr Landesrat, forderst zwar über die Medien deine Parteifreunde im Bund auf, daß die Grazer Klinik gegenüber der Wiener und der Innsbrucker Klinik gleichzustellen sei. Das war aber schon deine einzige Maßnahme. Sonst hast du keine Maßnahmen gesetzt, denn diese personelle Gleichstellung ist weder im Budget des Bundes, noch im Budget für die Klinik oder im Land, ganz im Gegenteil. (Abg. Gennaro: „Geh, horchts ein bißchen zu. Ich weiß nicht. Sie strengt sich so an, und keiner hört zu!“)

War das alles nur eine Beruhigungstablette für dich und das Aktionskomitee, um damit auch dich zu beruhigen? Ich hoffe nicht, daß du aus diesem Narkoseschlaf einmal böse erwachst. (Abg. Gennaro: „So ein qualifizierter Vortrag, und ihr hört nicht zu!“)

Aber nun zur Finanzierung der KAGES. Genau zu wissen, daß der Betrieb aller Spitäler in den nächsten Jahren ohne zusätzlichen Gesellschafterzuschuß nicht finanzierbar ist, das kümmerst dich, Herr Landesrat, nicht. Das hat dein Nachfolger, meinst du, auszulöffeln.

1997 konnten 900 Millionen Schilling durch Auflösung von Pensionsrückstellungen, Abfertigungsrücklagen und Entgeltfortzahlungen durch die Personalarückführung aufgelöst werden. Mit diesem Geld

konntest du dich über diese Legislaturperiode retten. Ansonst hättest du schon längst beim Herrn Landesrat Ressel um zusätzliche Mittel ansuchen müssen.

Das war also der Grund, meine Damen und Herren, für den Sinneswandel bei der SPÖ, betreffend Personalarückführung, und nicht das Argument, daß ein Unternehmen wie die KAGES ein einheitliches Dienstrecht benötigt, das es übrigens überhaupt nicht hat.

Daß du, Herr Landesrat, in erster Linie als Spitals- und nicht als Gesundheitslandesrat agierst, beweist mir nicht nur ein Schreiben an mich, daß du dich für Kassenarztplanstellen nicht zuständig fühlst – (Abg. Gennaro: „Davon weiß ich nichts!“) Ich meine, wenn du die Briefe vom Herrn Landesrat nicht kennst, ist das dein Problem. Er hat mir geschrieben, daß er sich für Kassenarztplanstellen nicht zuständig fühlt –, sondern auch dein Zuschauen, daß es steiermarkweit noch keinen strukturierten, organisierten und finanzierten Bereitschaftsdienst gibt.

Lieber Kollege Gennaro, höre zu, vielleicht kannst du in der Sozialversicherung da auch etwas machen. In der ganzen Steiermark gibt es keinen strukturierten, organisierten und finanzierten Bereitschaftsdienst ab Freitag nachmittag. Das wäre doch auch eine Aufgabe der Sozialversicherung.

Aber der Herr Landesrat fühlt sich ja auch nicht zuständig dafür.

Daß die Gesundheitspolitik des Herrn Landesrates Dörflinger aber nicht einmal von seinen eigenen Genossen ernst genommen wird, beweist mir diese Broschüre. Ich weiß nicht, ob ihr diese kennt. (Abg. Gennaro: „Zeig mir deine Broschüren!“)

SPÖ-Broschüre: Körper und Gesundheit, Ratgeber für Frauen. (Abg. Gennaro: „Kommst du auch vor?“) Die Sozialdemokratinnen.

Das ist eine Hilfe, ein Leitfaden für alle Bundesländer. Da wird Hilfe bei Schwangerschaftsabbrüchen angeboten, über Aids, psychische Probleme alle Informationen. Und hier werden auch Auskunftsstellen und Informationsstellen, Ansprechpartner bekanntgegeben. Nur, was glaubt ihr, ist da die Steiermark angegeben? Die Steiermark ist hier nicht existent. Also existiert für die Sozialdemokratinnen bundesweit nicht einmal die Gesundheitspolitik eures eigenen Landesrates. Das beweist also einiges! (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Mag. Erlitz: „Gesundheitspolitik ist grenzüberschreitend!“)

Zusammenfassend stellen wir Freiheitliche fest, daß eine Gesundheitspolitik, die in erster Linie Ankündigungspolitik ist, Selbstpropaganda, Selbstbeweihräucherung, daß eine Gesundheitspolitik, die für eine gesunde Zukunft jetzt keine strukturellen Veränderungen vornimmt, von uns abzulehnen ist.

Meine Damen und Herren, alle Faktoren in unserem Gesundheitssystem deuten auf einen immer langsameren und qualvolleren Tod unserer Spitäler hin. Dieser ist aber nur am Äußeren nicht erkennbar. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „In so einem Unternehmen arbeitest du, das sterben wird? Da suche ich mir gleich eine andere Beschäftigung!“ – 19.22 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Gennaro für diese hervorragende Zwischenbemerkung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. (Abg. Gennaro: „Herr Präsident, das tut weh, wenn ich etwas sage. So objektiv ist der Präsident da oben, hervorragend!“) Ich konnte nicht umhin, das zu statieren. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (19.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Kurt Gennaro, dein Landesrat will zum Fußballmatch. Und diese Chance geben wir ihm. Ich sage das auch deshalb, weil (Abg. Gennaro: „Gehst du auch mit hinunter?“) ein Niederwölzer, der Sick Gernot, beim GAK spielt. Daher habe ich auch gemeint, man sollte sich dieses Match anschauen, und der Ausschuß heißt ja Gesundheit, Sport und Spitaler. Daher haben wir vielleicht einmal an einem anderen Tag Gelegenheit, sehr ausführlich über diese Gesundheitspolitik in der Steiermark zu diskutieren.

Frau Kollegin Hartinger, die heute ganz in Rot hier aufgetreten ist, hat ja versucht, sehr tief in diese Materie einzusteigen, und viele positive und richtige Geschichten auch gesagt.

Kollege Erlitz, du hast in deiner Rede, Wolfgang, Herr Kollege Erlitz, du bist heute so oft abwesend, du hast in deiner Rede davon gesprochen, Krankheit vermeiden, weniger in die Reparatur zu gehen und mehr für die Vorsorge zu machen, um damit auch zu verhindern, daß letzten Endes viele Patienten im Spital landen. Ich gebe dir völlig recht, nur, in Wahrheit sagen die Zahlen leider etwas anderes. Wir sind anscheinend in Österreich Weltmeister im stationären Aufenthalt, weltweit und europaweit. Und so haben sich auch bei uns in der Steiermark die stationären Aufenthalte von 1996 auf 1998 wieder sehr stark nach oben entwickelt. (Abg. Vollmann: „Ist gar nicht wahr!“)

Natürlich, wir haben im Jahr 1996 255.000 stationäre Aufnahmen gehabt und im Jahr 1998 273.000. Heinz Vollmann, du hast eine falsche Statistik. Es stimmt! Wir haben das in der letzten Fondssitzung auch besprochen. (Abg. Vollmann: „Gut, aber sie bleiben kürzer als früher. Das muß du schon dazusagen!“) Na ja, das ist wieder etwas anderes. (Abg. Vollmann: „Die Verweildauer ist von neuneinhalb Tage auf acht Tage gesunken!“) Heinz, ja, wir haben die Verweildauer um eineinhalb Tage im Schnitt gesenkt. Nur, die Frage ist jetzt, wie oft kommt der Patient wiederum ins Krankenhaus?

Und die Problematik, und da sollten wir uns einmal sehr intensiv darüber unterhalten, weil ich höre immer wieder, mehr in die Vorsorge, mehr in die Prävention, weniger in die Reparatur, nur, dieser Spagat geht sich in Wahrheit nicht aus, weil jetzt wissen wir, daß wir in die Reparatur immer mehr finanzielle Mittel hineinstecken müssen, und auf der anderen Seite alles unternehmen müssen damit wir in der Prävention noch etwas zur Verfügung haben. (Abg. Vollmann: „Kannst du mir das, was du jetzt sagst, auf deutsch sagen?“) Ja, bitte. (Abg. Vollmann: „Heißt das, wenn weniger Patienten mit kürzerer Aufenthaltsdauer im Krankenhaus sind, haltest du das für sinnvoll?“) Was? (Abg. Vollmann: „Wenn bei dir im Krankenhaus weniger Patienten mit kürzerer Aufenthaltsdauer sind!“) Ja, sicher. Weißt du, was ich mir wünsche? Daß wir in Wahrheit die

Spitäler nicht bräuchten, weil alle so gesund sind, damit sie nicht ins Spital gehen müßten. (Beifall bei der ÖVP.)

Faktum ist, daß immer mehr Leute immer mehr krank werden und wir immer mehr finanzielle Mittel ins Gesundheitswesen stecken. (Abg. Vollmann: „Schau mich an!“)

Weißt du was? Heinz, da sind wir zwei uns ja wohl einig, daß keiner von uns ins Krankenhaus will, daß er froh sein muß, wenn er gesund bleibt. Daher muß man alles tun, damit es nicht soweit kommt. (Abg. Mag. Erlitz: „Deswegen die Prävention!“) Ja, natürlich. Und, Wolfgang, du hast auch gesagt, du bedankst dich beim Kollegen Dörflinger, und ich gebe auch zu, daß er vieles auch im Krankenhaus bewegt hat. (Abg. Mag. Erlitz: „Auch in der Vorsorge!“) Nur basierend auf dem Vertrag aus dem Jahre 1994, am 7. Juli geschlossenen Hirschmann, Strenitz, Landesrat Schmid, wo bis Ende 1999 der Gesellschafterzuschuß abgesichert wurde. Und damit wurden das jährliche Geplänkel und die Streiterei eigentlich außer Streit gestellt. Das ist in Wahrheit damals passiert, und das ist ein Erfolg dieses Hauses. (Beifall bei der ÖVP.) Man sollte das auch einmal ganz klar sagen, bitte. Es war letzten Endes auch die Initiative der ÖVP und der Freiheitlichen zu sagen, stellen wir diese Geschichte einmal außer Streit. Der Kollege Dörflinger hat in diesen Jahren in Ruhe arbeiten können. (Abg. Vollmann: „Und auch etwas zusammengebracht!“) Ja, gemeinsam haben wir etwas zusammengebracht. Wir haben damals gemeinsam die Standortgarantie beschlossen. Nur bitte, was ist noch nicht gelöst? Bad Aussee als einziges Landeskrankenhaus bis heute keine Sanierung. Ich möchte einmal wissen, bis wann man da denkt, daß man endlich einmal dort dieser Region auch ein neues Krankenhaus gibt, bitte. Aber auch für Bad Aussee haben wir die Standortgarantie gegeben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vollmann: „Bedeckungs-vorschlag!“)

Wir haben in der Zwischenzeit LKF-Finanzierung eingeführt. Die Kassen haben sich es relativ leicht gemacht, gelt, Kurt Gennaro? (Abg. Gennaro: „Wir? Ja!“) Die haben einen Deckel draufgesetzt und gesagt, so, mit dem Geld müßt ihr auskommen, und alles, was darüber hinausrinnt, weil der Deckel immer mehr hochgeht, das muß das Land übernehmen. (Abg. Gennaro: „Ist gesetzlich vorgesehen!“) So, und jetzt sind wir dort, daß die Ärzte sagen, wir haben immer mehr Patienten, weil die Spitäler immer früher entlassen, nämlich die berühmte Wochenendentlassung am Freitag, und auf der anderen Seite haben wir immer mehr stationäre Patienten. Sagt mir irgendwann einmal eine Lösung, wie man dieses Problem in den Griff bekommt, bitte schön. Weil die Kassen machen sich relativ wenig Gedanken über die Angebotsausweitung. Es ist jedes Mal ein Krampf, wenn irgendeine neue Krankheit auftaucht – ich denke jetzt an gewisse Dinge, wie die künstliche Befruchtung und all diese Dinge –, da wird zuerst abgemauert, wird gesagt, das ist nicht unsere Angelegenheit. Letzten Endes, Gott sei Dank, haben wir für die eine Finanzierung zusammengebracht im Interesse der Betroffenen, anstatt daß man ernstlich einmal darüber nachdenkt, wie können wir diesen Bereich – nicht im stationären Bereich, im niedergelassenen Ärztebereich – wirklich

ausweiten, nämlich so ausweiten, daß der Patient nicht letzten Endes auf der Strecke bleibt. Weil was passiert jetzt? Er muß sich der ganzen Tortur chefärztlicher Untersuchungen stellen und was weiß ich. (Abg. Gennaro: „Wenn du nur 1000 Schilling hast, kannst nur 1000 Schilling ausgeben. Und die muß einsetzen, daß sie zweckerfüllt sind!“) Du, Kurt, die Kasse sagt, wir haben nur 1000 Schilling. Was tun wir beim Land, bitte schön? Wir sind jetzt bereits bei 4 Milliarden Schilling Gesellschafterzuschuß. Und es wird im Jahre 2000 darüber nachzudenken sein, wie wir diese restliche Finanzierung zusammenbringen. Da macht sich die Kasse keine Gedanken, daß plötzlich die anderen auch nur 1000 Schilling im Säckel haben. Die müssen Kredite aufnehmen. (Abg. Gennaro: „Lieber Hans Bacher, wir zahlen ein Drittel des Budgets für die Spitäler, ein Drittel für die ärztliche Versorgung und ein Drittel fast für die Medikamente!“ - Abg. Mag. Hartinger: „Und wieviel für die Verwaltung?“ - Abg. Gennaro: „Und wir haben 550.000 Versicherte und beitragsfrei Mitversicherte mit voller Leistung. Ob er viel oder wenig Krankheiten hat, es muß alles finanziert werden. Und das Land ist gesetzlich verpflichtet, das weißt du genauso gut wie ich, die Spitäler zu erhalten. Und daß wir dementsprechend die Spitäler unterstützen, ist keine Frage!“) Du, Kurt, ich hoffe, das wird nicht von meiner Zeit abgezogen.

Nur, Kurt, diese Diskussion sollten wir in diesem Hause einmal sehr ausführlich führen, nämlich die, daß man sagt, die Kasse sagt, wir haben nur einen bestimmten Anteil Versicherte, wir haben nur ein bestimmtes Volumen an finanziellen Mitteln zur Verfügung, aber das Land hat bestimmte Aufgaben, die müssen den Rest finanzieren. Letzten Endes sind das alles Steuermittel, die wir da einsetzen, und der Schilling wird nur irgendwie umverteilt. Nur, ich sage bitte, wenn wir davon reden, so wie der Kollege Erlitz - und ich gebe ihm 100prozentig recht -, mehr in die Vorsorge zu investieren, dann müssen die, die daran wesentlich beteiligt sind, nämlich finanziell, auch mitziehen. Die können sich dann nicht zurückziehen und sagen, die anderen werden das schon regeln, und wir haben kein Geld zur Verfügung, daher Angebotsausweitung und, und, und. Es muß doch irgendwann einmal nicht nur sich reduzieren, daß die Honorare erhöht werden, sondern daß auch verschiedene andere Angebote verstärkt als Leistung von den Sozialversicherungen übernommen werden. (Abg. Gennaro: „Kariesprophylaxe finanziert die Kasse zu 95 Prozent!“) Ich glaube, es geht nicht anders, weil zur Zeit ist es so - und das muß uns hier im Parlament bewußt sein -, daß das Land nicht mehr auf die Dauer in der Lage sein wird, diese Kosten selbst zu übernehmen. Ich sage es noch einmal, wir sind bereits bei über 4 Milliarden Schilling Gesellschafterzuschuß. Und ich sage heute, zu besten Bedingungen, da unterscheide ich mich ein bißchen gegenüber der Kollegin Hartinger, die wir unseren Patienten in der Steiermark gewährleisten. Standortgarantie, beste Bedingungen in den Spitälern, 15.000 Beschäftigte bitte. Jeder Betrieb soll mir einen zeigen, der einen Anteil von Teilzeitbeschäftigten von 20 Prozent hat - Frau Kollegin Zitz, 20 Prozent Teilzeitanteil hat die KAGES in ihren Spitälern. Ich sage nur, Hochtechnologie in der Medizin, nur in dem Bereich Niedergelassene reden wir da immer, daß der Anteil ganz, ganz wesentlich ist.

Es ist schon wichtig auch, daß ich die Leute erinnere, daß sie zur Mutter-Kind-Paß-Untersuchung kommen. Interessanterweise, es gibt dieses Recallsystem, ich habe vor kurzem eine Tochter gekriegt, die ist sechs Monate in der Zwischenzeit, nur, wir haben bis heute noch nie ein Erinnerungsschreiben bekommen. Vom Kollegen Bartenstein haben wir in der Zwischenzeit schon zwei Schreiben gekriegt. (Abg. Gennaro: „Weil er dich gut kennt!“) Es würde mich wirklich einmal interessieren, wann kriegt jemand diese Erinnerungsschreiben? Und das sind kleine Mosaiksteine. Nur, wenn ich heute bei mir im Bezirk Murau zum Augenarzt gehen muß, da muß ich monatelang warten, bis ich einen Termin kriege. Dann frage ich, was ist denn dort los? Dann mache ich den Vorschlag, es sollte ein zweiter Augenarzt installiert werden, und sofort heißt es von der Ärztekammer auf Grund von der schriftlichen Anfrage bei dir, Herr Landesrat, die Sozialversicherung sagt, es ist alles abgedeckt, die Ärztekammer sagt, es ist alles paletti, nur, der Patient wartet monatelang, bis er einen Termin bei einem Facharzt kriegt. Das kann ja bitte nicht die Wahrheit sein. (Beifall bei der ÖVP.) Das geht quer durch das Land. Ich behaupte heute, daß sich die Kassen zurückziehen und sagen, irgendwer wird es schon machen. Was passiert umgekehrt? Daß unsere Ambulanzen durch unsere ambulanten Patienten wiederum mehr überfüllt werden, daß wir immer mehr Leistungen in den Spitälern wiederum erbringen, daß der Bewertungspunkt im LKF-System immer geringer wert wird, das kann ja letzten Endes auch nicht die Zukunft unseres Gesundheitssystems in der Steiermark sein.

Wenn wir davon reden, Vorsorge vor Behandlung, dann bitte ich jeden in seiner Aufgabenstellung und in seinem Verantwortungsbereich, das auch wirklich einmal in die Realität umzusetzen. Nicht immer schön da herinnen reden, daß man mehr in die Vorsorge investieren muß, und dort, wo man dann Verantwortung trägt, bringt man keinen Millimeter weiter. (Beifall bei der ÖVP.) Der Vorsorgebereich wird nicht gehen ohne Sozialversicherung.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Es ist ja erschütternd, wie sich manche Dinge in Österreich abspielen. Ich nehme den Fall her - und ich habe das auch im Fonds gesagt - (Abg. Schleich: „Ärztekammer!“) Kein billiger Populismus, Kollege Schleich. Nur sollte man es da herinnen einmal sagen, weil da sollte man gewisse Dinge auf den Tisch legen, damit irgendwann einmal einer darauf reagiert. Wir haben im Bezirk Murau ein leukämiekrankes Kind, zwei Jahre. Ich kenne diese Familie sehr gut. Die haben mir erzählt, als sie zum Arzt gegangen sind, hat er ihnen mitgeteilt, ihr Kind braucht dringend einen Knochenmarkspender. Da geht es um eine sehr schwere Erkrankung, die auch relativ rasch einen Spender braucht. Die Familie ist sehr aktiv geworden und hat dann letzten Endes gesagt, bitteschön wir setzen alles in Bewegung. Ich bedanke mich stellvertretend für die Familie, daß viele mittun.

Nur, wissen Sie und wißt ihr, was das Problem ist? Die fallen in ein Loch hinein, wo sie nicht mehr wissen, was passiert. Und jetzt wissen wir, daß diese Erkrankung leider in Österreich zunimmt. Warum reagiert man da nicht? Warum macht man nicht einen gemein-

samen Fonds, wo alle Institutionen hineinzahlen, wo auch öffentliche und private Initiativen mit hineinzahlen? Warum geht man nicht her und sagt, was ist mit der Nabelschnurdatenbank? Wir wissen es von Fachleuten – bitte, in Wien hat es inzwischen einen Kongreß gegeben –, daß man da etwas tun soll. Nein, man sagt, natürlich zahlt die Sozialversicherung dann die Behandlung. Aber was passiert denn vorher? Da gibt es eine Reihe von Dingen, wo ich sagen muß, bitte, da muß man initiativ werden. Man muß diesen Betroffenen helfen in irgendeiner Form. Wißt ihr, womit die alles konfrontiert werden? Daß die zufälligerweise ein Häusl bauen, und da kommen andere und sagen, aha, mit dem Geld, was wir spenden müssen, tuts ihr Häusl bauen. Ich haben den Vater jetzt am Freitag am Abend erlebt, wo er sich hingestellt und gesagt hat: „Liebe Leute,“ – weil es wieder eine Initiative gegeben hat – „ich verwende das Geld, bitte, für mein Kind, damit wir relativ rasch jemanden finden. Und wenn ein Geld über bleibt, wenn Gott sei Dank jemand gefunden wurde, dann werden wir das Geld wieder dem Fonds zuweisen.“ Er muß sich ständig und permanent rechtfertigen, weil irgendwo immer irgendwelche Vermutungen aufgestellt werden.

Ich glaube daher, da haben wir in der Vorsorge in diesem Bereich ganz wesentliche Aufgaben auch zu machen. Wir sollten uns auch nicht permanent immer auf den Bund ausreden und immer auf irgendwelche andere Institutionen, sondern dies in den Griff bekommen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, und ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 19.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klubobfrau Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (19.38 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das, was ich faszinierend finde, ist, bei politischen Debatten zu allen Kapiteln, aber auch zu diesem, daß man nie den Aspekt der Macht mit ins Spiel bringt, zum Beispiel den Aspekt der Macht, wie Hierarchien innerhalb von unterschiedlichen Krankheitstypen laufen.

Ich werde später schwerpunktmäßig zum Bereich sozialpsychiatrische und psychosoziale Beeinträchtigungen sprechen. Eine klare Diskriminierung gegenüber körperlich manifesten Leiden ist da feststellbar mit historisch unterschiedlichen Umgangsweisen, gerade auch in Österreich und in der Steiermark.

Man redet nie über die Hierarchien, die ein Resultat von Machtkonstellationen sind, innerhalb vom Personal im Gesundheits/Krankenapparat. Ich denke daran, daß es in der Steiermark bis jetzt noch nicht möglich war, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu verankern im Rahmen des Krankenanstaltengesetzes. Ich denke daran, daß es schwierig ist, wenn man sich psychotherapeutische Interventionen und Behandlungsangebote von der Kassa remunerieren lassen möchte. Da muß man schon gröber beeinträchtigt sein,

um da entsprechend das zurückzubekommen, was bei anderen, wie gesagt körperlich manifesten, Erkrankungen durchaus möglich ist.

Das letzte Thema ist noch, daß man inzwischen feststellen kann, wie freizügig man mit dem Begriff „life science“ oder „Lebenswissenschaften“ umgeht. Ich sage das auch ganz bewußt, weil ich einen Aspekt in unsere Diskussion einbringen möchte, der bis jetzt ziemlich ausgespart wurde, nämlich, daß das Gesundheits/Krankensystem natürlich eine wirtschaftspolitische Dimension hat. Wenn ich mir anschau, etwa im Bereich der Pharmazeutika, wieviel Mittel unterschiedlicher Ausrichtung im Bereich von Depressionen am Markt sind, weil es eine – unter Anführungszeichen – eher mittelständische Erkrankung ist, und wie wenig pharmazeutische Angebote es für die Personen gibt, die auf Grund einer sehr frühen Erkrankung sehr früh schon aus dem System herausfallen, denke ich, da gibt es ganz klare Ungerechtigkeiten, die einfach auch Ausfluß unseres politischen, unseres wirtschaftspolitischen und unseres machtpolitischen Systems sind.

Ich komme jetzt auf das Thema, das ich am Anfang kurz angesprochen habe, zurück. Ich möchte auch am Anfang danken, trotz einiger Kritikpunkte, die noch kommen werden, Herr Landesrat, dem Team um Sie herum beziehungsweise der Fachabteilung für das Gesundheitswesen und den anderen gesundheitsrelevanten Abteilungen, wo für mich die Sozialabteilung übrigens dazugehört, weil ich die Erläuterungen zum Budget als durchaus kritikwürdig, aber nachvollziehbar gefunden habe.

Jetzt zum Bereich „psychosoziale Landschaft“ in der Steiermark. Wir haben im letzten Sommer – vor ziemlich genau einem Jahr – das Konzept zur psychosozialen Betreuung beschlossen, wo vorne alles drinnen steht, was wahr und gut und schön ist im Sinn der WHO-Definition, nämlich einer Gleichstellung von körperlichen und seelischen Leiden. Und dennoch ist die Diskriminierung so stark. Ich war bei einer Notschlafstellentagung der Caritas in einem Arbeitskreis, wo man sich sehr ausführlich darüber unterhalten hat, warum in ganz Österreich in Obdachlosenherbergen zunehmend Personen vor der Tür stehen, die aus stationären Einrichtungen rausgeflogen sind, weil sie LKF-mäßig relativ wenig bringen. Das sind ältere Personen, die massiv psychisch beeinträchtigt sind, vorrangig Männer, nachdem das System der Obdachlosenbeherbergung ja eines ist, wo auch Männer dominant präsent sind und dementsprechend die Spielregeln laufen. Ich denke; wenn ich das jetzt extrapoliere, kann man sagen, daß für Personen, die innerhalb des Gesundheits- und Krankensystems am Rande stehen, die Verquickung mit einer sozialen Ausgrenzung, die Verquickung mit einer Ausgrenzung, die natürlich auch über die Hierarchien von Krankheitsbildern laufen, so weit geht, daß die Personen nicht in adäquaten ambulanten oder mobilen Betreuungseinrichtungen – Stichwort betreute Wohnformen – unterkommen, in ganz Österreich, aber besonders auch in der Steiermark, sondern letztendlich in diversen Schlupfhäusern, Obdachlosenasylen, Bahnhofsmissionen von Caritas und Co. landen.

Da wünsche ich mir eine ganz klare Umverteilung, eine Umverteilung, die aber auch – und das ist ein Kritikpunkt, den ich immer wieder anbringen werde – auf einer besseren Koordination zwischen dem Sozial- und dem Gesundheitsressort und auf – das ist meine persönliche inhaltliche Vorgabe oder mein Wunschbild – einer eigenen gesetzlichen Absicherung für den Bereich psychosoziale Betreuung basiert. Der Herr Landesrat hat in einer Stellungnahme an den Sachwalterverein festgehalten, daß er sich das auch vorstellen könnte. Ich denke, eine eigene rechtliche Absicherung in diesem Rahmen würde einerseits psychisch beeinträchtigte Leute davor schützen, automatisch zu Behinderten gemacht zu werden, und würde psychisch beeinträchtigte Leute davor schützen, automatisch zu einem Sozialfall gemacht zu werden. Realität ist, daß seelisch beeinträchtigte Personen automatisch der einen oder anderen Gruppe zugeordnet werden. Ich halte das aus menschenrechtspolitischen Gründen, um diesen Begriff zu strapazieren, für sehr, sehr problematisch. Ich halte es aber auch für problematisch, weil eine Kofinanzierung und eine koordinierte, kohärente inhaltliche Vorgangsweise da ein Stück zurückhinkt.

Zweiter Punkt, den ich noch einbringen möchte, Martin Wabl hat mich gebeten, einen Antrag zu stellen, was ich jetzt in seinem Namen mache.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die KAGES weiterhin die Durchführung von gynäkologischen Eingriffen im LKH Fürstenfeld in der bisherigen Form ermöglicht.

Ich ersuche um Annahme dieses Entschließungsantrages und lege jetzt noch einen Antrag nach, bezogen auf die SKAFF-Mittel für psychosoziale und sozialpsychiatrische extramurale Dienste in der Steiermark.

Antrag der Grünen, eine Entschließung.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, daß die Erhöhung des Prozentsatzes der Mittel für extramurale Dienste des SKAFF um 0,75 Prozent zugunsten der psychosozialen/sozialpsychiatrischen Versorgung sofort umgesetzt wird.

Ich möchte mich auch bedanken, daß ich einiges an Argumenten geliefert bekommen habe, warum das rechtstechnisch, finanztechnisch, organisationstechnisch nicht so leicht ist. Es ist für uns nach wie vor aber eine politische Positionierung, die ich in dieser Form einbringen möchte.

Ja, ad LKH. Zu einem Teil meiner Ausführungen, Herr Landesrat, haben Sie mich provoziert, als ich im April an Sie eine Anfrage gestellt habe, wie es mit Frauen in Leitungspositionen in Ihrem Ressort ausschaut, und Sie mir da so geantwortet haben, daß ich einigermaßen irritiert war. Sie haben nämlich darauf hingewiesen, daß im Bereich Ihres persönlichen Teams in Regierungsbüro erfreulicherweise etliche Frauen in A-wertigen Positionen tätig sind, und den Rest Ihrer Besetzungsmodalitäten, für die sei eigentlich Landesrat Hirschmann, und nicht Sie zuständig.

Ich denke, das ist zuviel der Abgabe an Macht an den Kollegen einer Koalitions/Oppositionspartei, wenn ich mir die Budgetreden vom gestrigen und

heutigen Tag anhöre, und es ist zuviel an Abgabe der Macht von einer Partei, die immer wieder mit Begriffen wie Gleichbehandlung und Gleichberechtigung ziemlich attraktive PR macht.

Herr Landesrat, wir sind jetzt hergegangen und haben ein bißchen im Internet nachgeschaut und uns auf der KAGES-Homepage den Frauenanteil in den 19 LKHs in der Steiermark angeschaut, den Frauenanteil in leitenden Funktionen. Stand Juni 1999, ärztliche LeiterInnen Frauenanteil 5,3 Prozent, BetriebsdirektorInnen Frauenanteil 5,3 Prozent bei diesen 19 LKHs, das ist inklusive LPH Schwanberg und LNKH Graz natürlich. Und im Pflegedirektorbereich sind wir genau bei einer umgekehrten Zahlenvariante, Frauenanteil 84,2 Prozent bei den PflegedirektorInnen, und ich denke, daß diese Ungleichbesetzung von leitenden Funktionen im ärztlichen Bereich, im betriebsleitenden Bereich und im Pflegebereich einfach auch klassisch eine Rollenzuteilung im Gesundheits- und Krankheitsbereich widerspiegelt. Das ist ein Biotop, das alles andere als frauenfreundlich ist.

Ich möchte daran erinnern, daß wir vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht haben, der eigentlich auf einer Studie basiert hat, die Sie selber in Auftrag gegeben haben zusammen mit Stadträtin Kaltenbeck, wo es darum gegangen ist, frauen- und mädchen-spezifische Maßnahmen in der Gesundheitsvorsorge und -förderung breitenwirksamer umzusetzen. Dieser Antrag, wo wir nur die Maßnahmen im Resümee der von Ihnen beauftragten und von Ihnen finanzierten Studie zusammengeschrieben haben, ist leider von ÖVP und SPÖ und den Freiheitlichen niedergestimmt worden.

Ja, das, was ich mir letztendlich wünschen würde, wäre, Modalitäten um den Bereich psychosoziale Versorgung in der Steiermark so weiterzuentwickeln, daß es eine Gleichbehandlung von körperlichen und seelischen Leiden gibt, zweitens daß es gesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen gibt, wo man sehr wohl unterschiedliche Unterdrückungs- und Machtstrukturen wieder thematisiert, auch im medizinischen, im gesundheitspolitischen Diskurs, den ich oft als unglaublich technoid, abgehoben und „verarztend“ im sehr problematischen Sinn des Wortes verstehe. Und letztendlich, Herr Landesrat, bin ich sehr neugierig, was Sie beitragen werden, um den Frauenanteil in den leitenden Funktionen in Ihrem persönlichen Ressort zu heben, und ich habe mir erlaubt, dazu heute im Laufe des Nachmittags eine schriftliche Anfrage an Sie zu stellen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 19.49 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Das Schlußwort hat der Herr Landesrat.

Landesrat Dörflinger (19.49 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich einmal vorweg bedanken für die faire Form der Diskussion, möchte aber auch dazu-sagen, daß drei derer, die heute geredet haben, nämlich der Abgeordnete Erlitz, der Abgeordnete Bacher und die Abgeordnete Hartinger, ja auch im Fonds